



Legale und illegale Zeitungen der KPD im Herbst 1919

DER KAPP-PUTSCH

„Die Republik ist in Gefahr“

Die mit Hilfe der Sozialdemokratie erstarkte militärisch-monarchistische Konterrevolution sog aus allen Blüten der bürgerlichen Republik neue Kraft. Die außenpolitische Lage der Republik begünstigte das Wachstum der Konterrevolution. Der Abschluß des Versailler Friedensvertrages war nicht geeignet, die Sympathien für die sozialdemokratisch-zentrümliche Regierung und für die Republik im allgemeinen zu steigern. Die Unterzeichnung wirkte in den nationalistischen Kreisen um so mehr als Schwäche und Schimpf, weil bis zum letzten Augenblick davon die Rede war, gegen ein zu hartes Friedensdiktat bewaffneten Widerstand zu leisten. *Noske* wurde in diesen Tagen ganz offiziell aus den Kreisen der militärischen Konterrevolution angeboten, an die Spitze einer nationalen Diktatur zu treten. Seinen Ausgang sollte das Unternehmen im Osten Deutschlands nehmen, wo seit langem unter dem Schlagwort des Schutzes vor dem Bolschewismus unter den Augen der Regierung und mit ihrer aktiven Unterstützung größere Truppenmassen zusammengezogen waren, die noch durch die Baltikumtruppen verstärkt wurden*.

Die im Versailler Friedensvertrag festgelegten Rüstungsbeschränkungen, der verlangte Abbau der Reichswehr machte für hunderttausende Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften den Kampf gegen die Vertragsbestimmungen und gegen jede Regierung, die bereit war, diese Bestimmungen zu erfüllen, zu einem Kampf um die Existenz, der nur notdürftig mit einem nationalistischen Mäntelchen verkleidet wurde.

Die nationalistische Welle erhielt durch den Antrag der Ententestaaten auf Auslieferung der Kriegsverbrecher neuen Antrieb. 900 deutsche Offiziere sollten den Gerichten der Ententestaaten ausgeliefert werden. *Noske* konstatierte, daß in der deutschen Republik keine physische und materielle Macht bestehe, die imstande wäre, diese Forderung der Entente, 900 Offiziere auszuliefern, zu erfüllen, weil sich die wirkliche Macht in den Händen eben dieser 900 Offiziere und ihrer Kollegen befinde. Die Ebert-Regierung, die noch vor Monaten den Friedensvertrag angenommen hatte, der eine ungeheure Last für die Volkswirtschaft bedeutet, war so sehr Gefangene der Generals- und Offiziersclique, daß sie den Auslieferungsantrag ablehnte. Anfang Januar 1920 hatte General *von Lüttwitz* an die Reichsregierung folgende Bedingungen gestellt:

„Überschwemmung durch Bolschewismus vom Osten, Bürgerkrieg im Innern und der Zusammenbruch des Reiches kann nur verhütet werden, wenn die Regierung in Lebensfragen der Nation fest bleibt oder wird. Die Organisationen, die gegen den Bolschewismus geschaffen sind (Reichswehr, Sicherheitspolizei, Einwohnerwehren), dürfen nicht angetastet werden.

Ausgedehnte Streiks, die den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen, müssen verhindert werden. Wenn sie ausbrechen, so muß die unmittelbare Verfügung des Reichsausnahmezustandes die Grundlage für ihre Bekämpfung schaffen. Sie sind augenblicklich nicht als gewöhnliche Lohnbewegung anzusehen, sondern haben beinahe durchgehend politische Motive. Schärfste Abwehrmaßregeln gegen sie sind durch das Recht der Notwehr geboten. Die Regierung muß auch in Ehrenfragen der Nation fest bleiben. Unter keinen Umständen dürfen gegen die Deutschen, deren Auslieferung von der Entente gefordert wird, Zwangsmaßnahmen von der Regierung gebraucht werden. Die Reichswehr würde dafür nicht zu haben sein.“ („Rote Fahne“ vom 11. Januar 1920.)

---

* Kapp war die Seele der geplanten Erhebung Ostpreußens. Der damalige Oberst und Befehlshaber der ostpreußischen Truppen, Heye, sagte darüber im Jagow-Prozeß im Jahre 1921 u. a. aus: „Das, was er, Kapp, wollte, hatte ich ja kurz vorher auch gewollt. Deshalb stimmte ich ihm durchaus zu: Wenn es möglich sei, dann wären wir ja alle dafür. Namentlich, da ich wußte, die Regierung wird, wenn wir so etwas machen wollen, und wenn das Volk dahinter ist, gewissermaßen freudig überrascht sein, wenn wir es tun.“

Schließlich fand die Auslieferungskrise ihre Lösung in einem Kompromiß. Die Entente begnügte sich mit der Verpflichtung der deutschen Regierung, die Kriegsverbrecher vor deutschen Gerichten zur Verantwortung zu ziehen. Das bedeutete selbstverständlich eine erhebliche Rückenstärkung für die gegenrevolutionären Kräfte in Deutschland. Die Entente war in diesem Entschluß nicht ganz frei. So sehr die französische Bourgeoisie den Skalp der deutschen Kriegsverbrecher zur Unterhaltung der Siegesstimmung im eigenen Lande benötigte, mußte sie sich schließlich doch dem Drucke Englands fügen. England, das durch den Krieg einen ungeheuren Machtzuwachs erfahren hatte, hatte zugleich mit erhöhten Schwierigkeiten im eigenen Lande gegenüber der Arbeiterklasse zu rechnen. Weltpolitisch waren ihm neue Rivalen erstanden. Die Unabhängigkeitsbestrebungen in den englischen Besitzungen nahmen an Kraft und Umfang zu. Die von dem ersten proletarischen Staat, Sowjetrußland, ausgehende Welle der proletarischen Revolution erhöhte die Schwierigkeiten des englischen Imperiums. Wollte England den Bolschewismus bekämpfen, dann durfte es die Konterrevolution in keinem Lande schwächen. Diesem Umstande dankten die deutschen Nationalisten ihren Erfolg in der Auslieferungsfrage. Ihm verdankten sie, daß die Reichswehr zunächst 200 000 Mann stark, daß die Einwohnerwehr bestehen bleiben durfte.

Aber auch die *wirtschaftliche Entwicklung* der Nachkriegszeit trieb die monarchistisch-militärische Gegenrevolution zur Aktion gegen die Republik. Das der militärischen Konterrevolution bluts- und seelenverwandte Agrarkapital sah sich im Kampf um die Früchte der Ausbeutung der breiten Schichten des ländlichen und industriellen Proletariats gegenüber dem Industrie- und Handelskapital stark benachteiligt. Während letzteres völlige Freiheit der Ausbeutung genoß, wurde die Profitrate der Grundbesitzer durch die, wenn auch schon stark durchlöcherte Zwangswirtschaft beschnitten. In diesem Ringen zwischen dem Industrie- und Handelskapital einerseits und dem Agrarkapital anderseits um den größeren Anteil an der Ausbeutungsquote wurde die ökonomische Kraft des Agrarkapitals stark vermindert. Dieser Interessenkampf fand im Kapp-Putsch seine höchste Steigerung. Einstweilen führten die Agrarier einen fortgesetzten Kampf gegen die staatliche Zwangswirtschaft. Diese war im Kriege eine reiche und sichere Gewinnquelle, setzte jedoch dem hemmungslosen Preiswucher des Agrar- wie des Industriekapitals gewisse Schranken. In der Nachkriegszeit fielen die Schranken der Zwangswirtschaft für industrielle Erzeugnisse sehr rasch. Das Agrarkapital war dadurch dem Industriekapital gegenüber im Nachteil und antwortete zunächst mit Anbau- und Lieferungssabotage. Nach einer Feststellung des bayrischen Landwirtschaftsministeriums wurden vom 1. August 1918 bis 15. Januar 1919 1 573 274, vom 1. August 1919 bis 15. Januar 1920 nur 762 581 Doppelzentner Brotgetreide abgeliefert. Also 810 693 Doppelzentner weniger als im Vorjahre. Reichsernährungsminister *Schmidt* teilte im Parteiausschuß der Mehrheitssozialdemokratie mit, daß die Menge des abgelieferten Brotgetreides in einigen preußischen Provinzen unglaublich gering sei. Schlesien habe 26, Westpreußen 18 und Ostpreußen 13 Prozent des Lieferungssolls abgeliefert. 9000 Tonnen Getreide seien täglich nötig, aber nur 4- bis 5000 Tonnen würden eingebracht. In einzelnen Teilen Deutschlands wurden Felder, die mit Winterroggen bestellt waren, umgeackert und mit Hafer bestellt, angeblich, weil die Saat gelitten hätte. Hafer brachte höheren Gewinn, da die Zwangsbewirtschaftung für Hafer aufgehoben war. Tonangebend für diese Sabotagepolitik waren u. a. Leute wie der damalige Vorsitzende des Reichslandbundes *v. Wangenheim,* einer der Führer im Kapp-Putsch und einer der Hauptangeklagten im Jagow-Prozeß, der jahrelang, wie beim Prozeß festgestellt wurde, keine Einkommensteuer bezahlt hatte, weil sein Gut ihm angeblich nichts einbrachte. Die Agrarier hatten Erfolg mit ihrer Erpresserpolitik. Ende Januar 1920 faßte der Hauptausschuß des Städtetages den Beschluß, alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse, außer Getreide und Milch, für den freien Handel freizugeben. Für die Milch müßten erhöhte Preise bewilligt, außerdem dürfe der Verbrauch der Erzeuger nicht beschränkt werden. Die Höchstpreise wurden durch Mindestpreise ersetzt, die für 1920 doppelt so hoch waren wie die ersteren. Das be-







Erfahrene

Panzerwagenfahrer und Kraftfahrer!

meldet Euch sofort für den Grenzschutz Ost

in der Kraftfahrer-Kaserne, Lankwitz, Marienfelder Str., Block III, Zimmer 34, Panzerkraftwagenpark.

Wer sein Vaterland liebt,

wer seine Heimat gegen spartakistischen Umsturz im Innern, gegen Angriffe von außen schützen will, trete sofort ein ins

Freikorps Hülsen!

Abzeichen: Goldenes Eichenlaub am Kragen.

Werbezentrale: Charlottenburg

Deutsche Männer und Frauen, die gewillt sind, in ihren Kreisen für unsere Sache zu wirken, werden gebeten, ihre Adresse einzusenden an Freikorps Hülsen Abt. I. d. Charlottenburg, Berliner Straße

Färben ■ Reinigen ■ in 14 Tagen.

Freikorps „Dohna"

für Grenzschutz OS

Graf zu Dohna

Flieger! Achtung!

Für Kampfgeschwader Sachsenberg werden Freiwillige gesucht.

Kampfgeschwader Sachsenberg, Jüterbog.

REIN®HARD

Schützt Euch selbst vor Spartakus!

Fernsprecher, Blinker, Funker, Offiziere und Einjährige, Infanteristen, Kavalleristen, Artilleristen, braucht sofort die

Brigade Reinhard

(5. Garde-Infanterie-Brigade)

Kautabak

Zigarren Zigaretten

Wiederverkäufer

Musiker gesucht.

Zur Neuaufstellung eines Musikkorps

Berufsmusiker aller Instrumente

Freiwillige vor!

Flakleute

Königsberg i. Pr.

Batterie Schmidt

Freiwilligen-Batterie des Fußartillerie-Bataillons 26, Landsberg a. W.

Schmidt, Hauptmann u. Batterieführer.

Angediente Freiwillige zu den Fahnen der brandenburgischen 5. Inf.-Division

Der Soldatenrat. 5. Inf.-Division

Freiwillige

meldet Euch zum Schutz Ostpreußens bei

Freiwilligen-Eskadron

2. Garde-Dragoner-Regiment

Berlin, Blücherstraße 26.

Fernsprecher, Funker (Funkermechaniker) u. Blinker

Freiwillige

aller Dienstgrade und aller Truppengattungen zur Grenzwacht und Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung stellt ein das

Festungs-Freikorps Thorn.

Ehemalige Pioniere und Freiwillige (Schüler) für „Grenzschutz-Ost"

Freiwillige für M.-G.

5. Infanterie-Division.

Euch kampferprobte Kameraden des Inf.-Reg. 341

Detachement Weyergang

Eiserne Eskadron

der Garde-Kavallerie-Schützen-Division

Grenzschutz Ost

Handwerker, Kraftfahrer

Disziplinierte Truppe.

Werbestelle d. Eisernen Eskadron

Untergang unserer Ostmark.

Das Deutschtum im Osten darf nicht untergehen!

Grenadier-Regiment zu Pferde Freiherr von Derfflinger (Neumärkisches) Nr. 3, Bromberg.

Marinesoldaten!

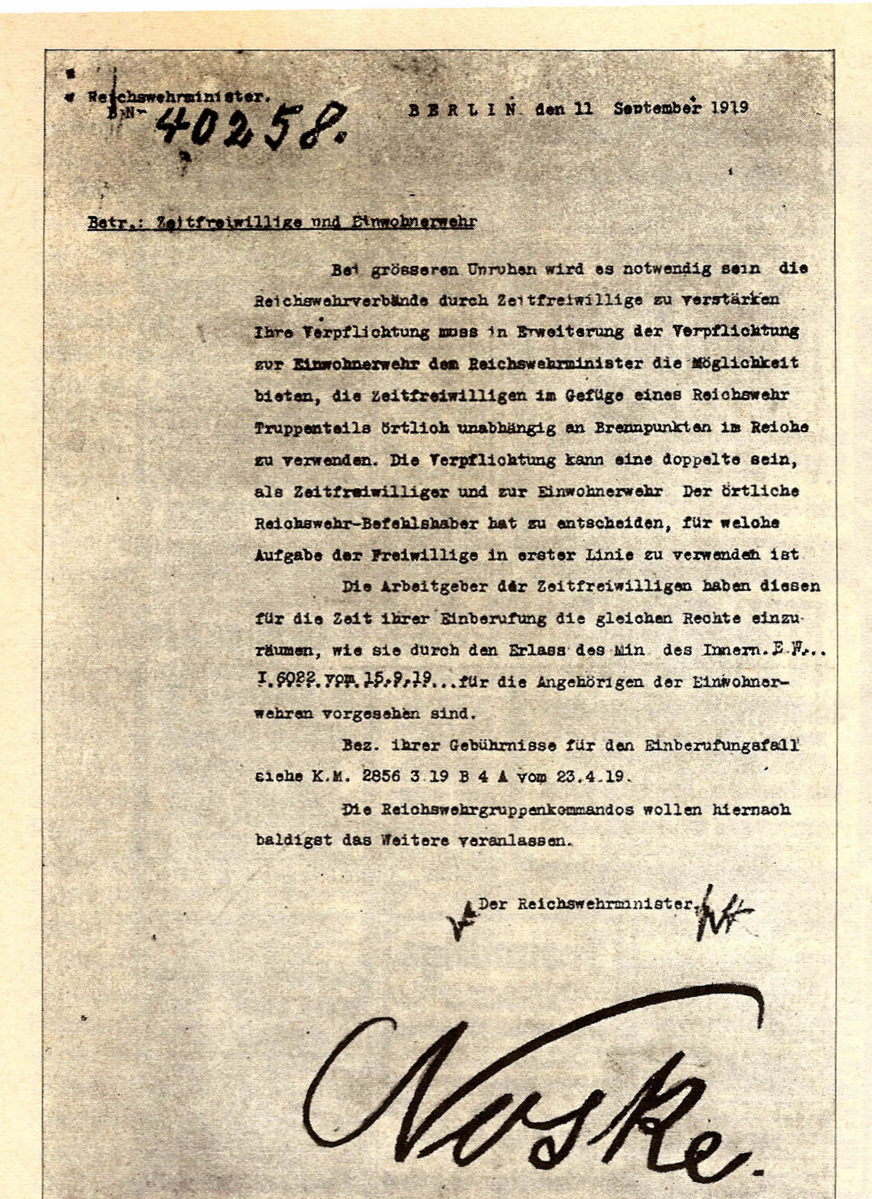
Freiwilligen-Zentrale der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, Berlin, Nürnberger Str. 70/71.

Marineregiment Madlung.

Eingraner Kopf

Freikorpswerbung im „Vorwärts"

So sahen die Anzeigenseiten des „Vorwärts" in den ersten Monaten des Jahres 1919 aus. Diese Seite ist dem „Vorwärts" vom 23. Februar 1919 entnommen.



Reichswehrminister.
B.Nr. 40258.

BERLIN, den 11 September 1919

Betr.: Zeitfreiwillige und Einwohnerwehr

Bei grösseren Unruhen wird es notwendig sein die Reichswehrverbände durch Zeitfreiwillige zu verstärken. Ihre Verpflichtung muss in Erweiterung der Verpflichtung zur Einwohnerwehr dem Reichswehrminister die Möglichkeit bieten, die Zeitfreiwilligen im Gefüge eines Reichswehr Truppenteils örtlich unabhängig an Brennpunkten im Reiche zu verwenden. Die Verpflichtung kann eine doppelte sein, als Zeitfreiwilliger und zur Einwohnerwehr. Der örtliche Reichswehr-Befehlshaber hat zu entscheiden, für welche Aufgabe der Freiwillige in erster Linie zu verwenden ist.

Die Arbeitgeber der Zeitfreiwilligen haben diesen für die Zeit ihrer Einberufung die gleichen Rechte einzuräumen, wie sie durch den Erlass des Min. des Innern. E.V.. I. 6022 vom 15.9.19...für die Angehörigen der Einwohnerwehren vorgesehen sind.

Bez. ihrer Gebührnisse für den Einberufungsfall siehe K.M. 2856 3.19 B 4 A vom 23.4.19.

Die Reichswehrgruppenkommandos wollen hiernach baldigst das Weitere veranlassen.

Der Reichswehrminister.

Noske.

Noske verfügt die Schaffung der Zeitfreiwilligen-Verbände

deutete unbeschränkten Preiswucher.

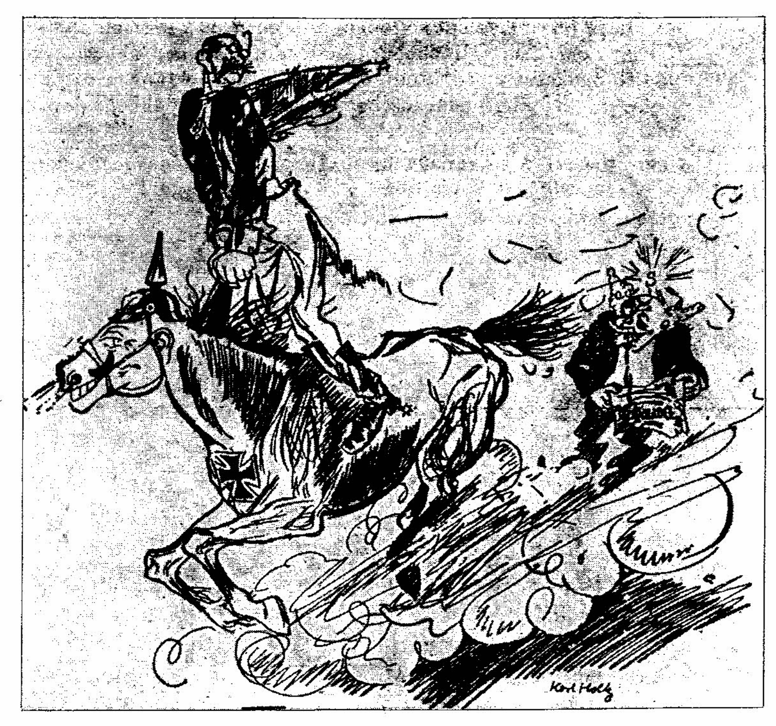
Die Ernährungslage wurde immer katastrophaler. Denn zur Sabotage der Großagrarier kam noch der Verlust von Anbaufläche durch die auf Grund des Versailler Vertrages abgetrennten Gebiete Deutschlands und der Verlust der Viehbestände, die an die Entente abgeliefert werden mußten. Der Brotpreis für ein 3,5-Pfd.-Brot, das in Berlin vor dem Kriege 0,50 Mk. kostete, stieg höher und höher. Vom 1. April bis 1. Oktober 1919 kosteten 2350 Gramm 1,34 Mk., vom 1. Oktober bis 5. Januar 1920 1,88 Mk., vom 5. Januar bis 9. Februar 2,76 Mk., am 9. Februar 3,16 Mk. Nach den Berechnungen des Berliner Statistischen Amtes betrugen die Aufwendungen für die Ernährung einer erwachsenen Person im Juli 1919 26,25 Mk., im Januar 1920 bereits 63,90 Mk. wöchentlich. Die Lohnerhöhungen hielten mit der Geldentwertung nicht im mindesten Schritt. Die Lage der Arbeiterklasse verschlechterte sich rapid. Nach der Bluttaufe des Betriebsrätegesetzes am 13. Januar 1920 knebelte *Noske* die Arbeiter noch mehr. In dem Buch „Von Kiel bis Kapp" schreibt er:

„Wegen der drohenden Gesamtlage im Reiche hatte ich im Kabinett mit kurzen Darlegungen schärfste Abwehrmaßregeln beantragt, die auch ohne lange Debatte beschlossen wurden. Über das ganze Reichsgebiet, mit Ausnahme von Bayern, Württemberg und Baden, wurde der Ausnahmezustand verhängt. (In Bayern und Württemberg war das Dauerzustand.) Die vollziehende Gewalt wurde mir vom Präsidenten übertragen. Jede Betätigung durch Wort, Schrift oder andere Maßnahmen, die darauf gerichtet seien, lebenswichtige Betriebe zum Stillstand zu bringen, wurde verboten. Als lebenswichtige Betriebe galten die öffentlichen Verkehrsmittel sowie alle Anlagen und Einrichtungen zur Erzeugung von Gas, Elektrizität und Kohle.

Das war das Streikverbot u. a. für Eisenbahner und Bergarbeiter. Wie mit einem Schlage wurde die Presse der Unabhängigen und Kommunisten in Berlin und im Reiche von mir unterdrückt. Eine Anzahl

der Wortführer ließ ich in Schutzhaft nehmen*."

Der gemeinsame Feind aller kapitalistischen Interessengruppen, das revolutionäre Proletariat, war niedergeschlagen. Das hatten die *Noske* und *Ebert* im Verein mit den kaiserlichen Generalen und Offizieren besorgt. Je mehr im Proletariat das Vertrauen zur Sozialdemokratie sank, desto mehr lehnte sich die SPD an die Bourgeoisie, an die offene Konterrevolution, an. Jetzt rüsteten die Offiziers- und Junkerkaste und alle dem alten Regime verbundenen Kräfte gegen die republikanischen Machthaber. Der Kapp-Putsch war die offene Austragung dieses Kampfes. Während die Novemberrevolution formell durch Veränderung der Staatsform sanktionierte, was ökonomisch längst Tatsache war, nämlich, daß sich das Schwergewicht der Klassenkräfte im Lager der Bourgeoisie zugunsten des Industrie-, Handels- und Finanzkapitals verschoben hatte, versuchten das Agrarkapital und die ihm verbundenen reaktionären Schichten ihre politische Vormachtstellung, die sie unter der Monarchie einnahmen, wiederherzustellen. Selbst ein kaiserlicher General, *von Maercker,* hatte in den Revolutionskämpfen schnell und im wesentlichen richtig erfaßt, um was es ging, und er stellte sich als Haudegen dem Industrie- und Handelskapital und den republikanischen Machthabern gegen das revolutionäre Proletariat zur Verfügung. In seinem Buch „Vom Kaiserheer zur Reichswehr" schreibt er den Kappisten, denen er innerlich nahestand, ins Stammbuch:



Noske auf hohem Roß

Scheidemann: Aber Justav, wo willst Du denn hin?
Noske: Weiß ich? Frag's Pferd! (Aus „Freie Welt", 1. November 1919)

„Tatsächlich hatte Dr. *Kapp* die Zeichen der Zeit nicht erkannt. Auf dem von ihm gewählten Weg war das Ziel nicht zu erreichen. Dr. Kapp hatte übersehen, daß sich das Schwergewicht Deutschlands von der Stelle, wo sein persönlicher Einfluß lag, nämlich vom Nordosten des Reiches nach dem Westen verschoben hatte. Das wirtschaftliche und politische Schwergewicht des Reiches ist heute nicht mehr wie vor fünfzig Jahren das landwirtschaftliche Ostelbien, sondern der gewerbliche Westen. Wer wußte dort etwas von Kapp? Dieser glaubte Deutschland zu beherrschen, wenn er über Berlin verfügte. Das war ein gefährlicher Irrtum."

Das Herannahen des Militärputsches war seit Monaten kein Geheimnis mehr. Die das Losschlagen der militärisch-monarchistischen Konterrevolution vorbereitende politische Propaganda der Rechtsparteien ging Hand in Hand mit den militärischen Rüstungen. In der Tagespresse, besonders in der Presse des Spartakus-Bundes und der Unabhängigen, wurde die Gefahr seit Monaten signalisiert. In einem Rundschreiben der Zentrale der KPD (Spartakus-Bund) von Anfang März 1920 hieß es.

„Die militärische Gegenrevolution arbeitet sich zunächst mit den Mitteln, die ihr die demokratische Verfassung bietet, vorwärts. Sie rechnet darauf, in den kommenden Reichstagswahlen sowie in der Präsidentenwahl einen entscheidenden Schritt vorwärts zu tun. Es hieße blind sein, wenn man nicht sehen

---

* Am 14. Januar meldete die „Deutsche Tageszeitung" von der Berliner Fondsbörse: „Neue Kurssteigerungen im Vertrauen auf N o s k e, von dem erwartet wird, daß es gelingen werde, die Radaubrüder niederzuhalten. Es herrscht unentwegte Festigkeit bei stellenweiser lebhafter Kauflust, besonders für Montanpapiere."

wollte, daß die große Masse des großen, mittleren und kleinen Bürgertums und der Bauernschaft sich in raschem Tempo der Linie Hindenburg-Ludendorff wieder nähert. Wenn jedoch die militärische Gegenrevolution sich zunächst mit Mitteln, die ihr die Einrichtungen der Republik in die Hand geben, vorwärts arbeitet, so wäre es jedoch eine grobe Täuschung, zu glauben, daß damit die Mittel der Gewalt für sie ausscheiden.

Gleichzeitig mit der Propaganda und Vorarbeit auf sogenanntem demokratischen Weg geht Hand in Hand die systematische Vorbereitung von Pogromen und Putschen größten Stils. Die geschichtliche Erfahrung zeigt, daß der Bonapartismus, der mit dieser gegenrevolutionären Bewegung in erneuter Gestalt in Deutschland seinen Einzug hält, diese beiden Mittel, die brutale Gewalt und die Demokratie vereinigt. Die militärische Gegenrevolution, wie jede wirtschaftliche Macht, läßt sich in ihrer Aktion von demselben Grundsatz leiten, den die Partei in ihren taktischen Leitsätzen formuliert hat: ‚daß sie nämlich kein politisches Mittel ausschließen, sondern alle zur gegebenen Zeit und am gegebenen Ort anwenden'."

Die Vorbereitung des Militärputsches

Der agrarische Osten und die von deutschen Truppen besetzten Randgebiete Rußlands bildeten seit 1918 die Hauptbasis der Konterrevolution. Hier versuchte sich der deutsche Imperialismus, als die Aussichtslosigkeit seiner Pläne im Westen feststand, schadlos zu halten. Der Finnlandfeldzug unter Führung des Generals v. d. Goltz leitete diesen Kurs ein. Auch nach der Novemberrevolution in Deutschland wurden diese Absichten nicht aufgegeben. Ein Geheimbefehl des Generals Groener vom November 1918, nach Ausbruch der deutschen Revolution, an die Oberbefehlshaber des „Oberostgebietes" bezeichnete die Räumung des Oberostgebietes, der Ukraine und des baltischen Gebietes als nicht im nationalen Interesse liegend. Seit dieser Zeit waren die monarchistischen Generale und alle konterrevolutionären Kreise fortgesetzt bestrebt, im Osten Deutschlands, zum Teil außerhalb der deutschen Landesgrenzen, die Kräfte des nationalen Widerstandes zu einer Erhebung gegen die Siegerstaaten und „zur Erneuerung Deutschlands" zu sammeln. Namentlich General Lüttwitz verfolgte nach dem Zeugnis Maerckers „mit einer fast krankhaften Zähigkeit" den Gedanken, das „verkommende Vaterland durch eine Yorktat zu retten". Eine möglichst starke militärische Position im Osten zu erhalten, lag ganz besonders im Interesse der Junkerkaste und der ostdeutschen Großgrundbesitzer. Gefördert wurden diese Absichten durch die Revolutionsregierung. So wurden der Osten Deutschlands und die baltischen Provinzen eine der Brutstätten der militärischen Konterrevolution und des übelsten Landsknechts- und Banditenwesens. Die Führer unterschieden sich dabei in keiner Weise von den Geführten. Es sei denn durch die größere Raub- und Mordlust. Die ostelbischen Junker hatten sich mit den russischen Weißgardisten verbunden. Wiederholt lehnten sich die Landsknechtsführer gegen die Reichsregierung in offener Meuterei auf. Hier züchteten die *Roßbach, Bischoff, Berchthold* die Soldateska, die später im Kapp-Putsch wie entmenschte Bestien unter den deutschen Arbeitern hauste. Als im Dezember 1919 die letzten Reste der Baltikumer nach Deutschland zurücktransportiert und auf den Gütern im Osten und Norden Deutschlands in „Arbeitsgemeinschaften" untergebracht waren, hatte die militärische Konterrevolution einen erheblichen Machtzuwachs erhalten. Diese Menschen, in langen Kriegsjahren zu Landsknechten geworden, angeworben mit reichlichen Versprechungen auf Siedlungsgelegenheit, ans Freibeuterdasein gewöhnt, sich den meistbietenden Kriegsherren verkaufend, voll Haß gegen die Revolution und gegen die Republik, waren das geeignete „Material" für die Zwecke der militärischen Konterrevolution.

Die für die Republik entscheidende militärische Krise wurde durch die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages hervorgerufen, der bis 10. April 1920 die Reduzierung des Heeres auf 200 000 Mann, bis 10. Juli 1920 auf 100 000 Mann verlangte. Nach den sicher zu niedrigen Angaben Noskes betrug die Gesamtstärke des Heeres zu diesem Zeitpunkt etwa 400 000 Mann, die sich zur Hälfte auf das Baltikum und auf die Ost- und Südgrenzgebiete, zur anderen Hälfte auf das Innere Deutschlands verteilten. Allein im Baltikum standen zirka 40 000 Mann. Wenn später, nach dem Kapp-Putsch, von bürgerlicher Seite in bezug auf die Ehrhardt-Brigade geschrieben wurde: „Die Söldner schlagen



Parademarsch der Generale

Die Auflösung der Lichterfelder Kadettenanstalt wurde unter Führung Ludendorffs zu einer monarchistischen Parade gestaltet

los, weil sie ihre Löhnung nicht verlieren wollen", so war an diesem Wort viel Wahres. Die „Welle des Nationalismus", die bei Bekanntwerden des Friedensdiktats das Heer der Republik durchflutete, war mehr eine Welle des nackten Existenzkampfes hunderttausender Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten. Die Forderung nach Auslieferung der Kriegsverbrecher steigerte die nationale Welle. Von den monarchistischen Offizieren wurde die allgemeine Empörung des Heeres gegen das Friedensdiktat geschickt gegen jene geleitet, die bereit waren, das Diktat anzunehmen und es später unterzeichneten, gegen die Regierung der Republik. Aber auch gegen die Republik selber als Produkt der Novemberrevolution wurde geschürt, weil durch sie die alte kaiserliche Macht zerstört und die allgemeine Not heraufbeschworen worden sei.

Die tiefe Krise im Heer war nur ein Symptom für die Tiefe der allgemeinen innerpolitischen Krise in Deutschland. Mit mathematischer Sicherheit näherten sich die Verhältnisse jenem Augenblick, wo die militärische Konterrevolution zum Schlage ausholte gegen die, mit denen sie gemeinsam das Proletariat auf die Knie gezwungen zu haben glaubte. Die Ausrufung der Militärdiktatur wurde ernsthaft erwogen. Mitte Juli 1919 forderte Oberst *Bauer* General *Maercker*, der von *Noske* zum Schutz der Weimarer Nationalversammlung beordert war, auf, die Nationalversammlung aufzulösen und „eine Regierung der Tat" einzusetzen. Zur selben Zeit sprach Hauptmann *Pabst* in einer Kommandeurversammlung des Garde-Kavallerie-Schützenkorps dafür, die Regierung zum Teufel zu jagen. Pabst stand nachdem noch lange in Noskes Dienst. Noske wurde von den Generalen aufgefordert, die Diktatur auszurufen. Der Generallandschaftsdirektor *Kapp* stattete in dieser Zeit Ehrhardt seinen ersten Besuch ab. Die Verschwörer der militärischen Konterrevolution, die Macher des Kapp-Putsches, erhoben bereits im Sommer frech ihr Haupt, ihre Pläne verdichteten sich mehr und mehr, ihre militärischen und politischen Vorbereitungsarbeiten geschahen nach einheitlichem Plan. In der Öffentlichkeit wurde die Frage der Militärdiktatur immer offener erörtert. Die Massenkündigungen bei den Truppen, die Umorganisierung des Heeres nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Auflösung der Freikorps und ihre teilweise Überführung in die Reichswehrformationen, die Rückkehr der Baltikumer verschärften die militärische Krise. Die Reichswehr war noch keineswegs ein zuverlässiges Instrument der Republik, aber wie der Kapp-Putsch gezeigt hat, auch für die Zwecke der monarchistischen Konterrevolution



Vorbeimarsch der Marinebrigade vor Noske

nicht mehr brauchbar. Die Herausbildung des republikanischen Staatsapparates hatte doch schon festere Formen angenommen. Die Reichswehr war nach Gliederung, Bewaffnung und Verteilung der Standorte ausschließlich als Bürgerkriegsarmee organisiert, und ihre Führer waren dieselben, die die Freikorps geführt hatten. Die durch den Versailler Vertrag diktierte zahlenmäßige Begrenzung der bewaffneten Kräfte der Republik suchte man durch die Organisierung von Einwohnerwehren und deren zentrale Zusammenfassung und durch illegale Formationen anderer Art zu umgehen. In diesem Bestreben trafen sich die Interessen der monarchistischen Konterrevolution mit denen der republikanischen Machthaber, wenn auch zum Teil aus anderen Motiven.

Als politisches, militärisches und organisatorisches Zentrum der konterrevolutionären Verschwörung wurde im August 1919 die „Nationale Vereinigung" gegründet. Gründer und Geschäftsführer war Hauptmann *Pabst*, nachdem er bei der Auflösung der Garde-Kavallerie-Schützendivision, deren Gründer und eigentlicher Leiter er war, seine Entlassung erhalten hatte. In den Revolutionskämpfen war Pabst der Inspirator und intimste Berater Noskes. Die Entlassung erfolgte, als Pabst selbst für die Begriffe von Noske zu offen mit seinen Diktaturplänen hervortrat. Neben einer Reihe aktiver Offiziere, zu denen als einer der militärischen Hauptorganisatoren der im Kapp-Putsch von Arbeitern in *Harburg* erschlagene Fliegerhauptmann *Berchthold* gehörte, standen Pabst als Propagandisten *Dr. Schnitzler* und *Dr. Grabowski* zur Seite. Oberst *Bauer*, im Kriege Leiter der Nachrichtenabteilung bei der Obersten Heeresleitung, gehörte zu den Hauptdrahtziehern der „Nationalen Vereinigung". General von *Lüttwitz*, Dr. *Kapp*, von *Jagow*, Dr. *Schiele* und andere waren mit im Bunde. *Ludendorff* wurde in Reserve gehalten. Er sollte „von jeder Verquickung mit derartigen Angelegenheiten für den Fall des Zugriffs der Regierung bewahrt bleiben".

Das Programm der „Nationalen Vereinigung" hatte nach außen einen harmlosen Charakter. Sie erstrebte politisch die „Zusammenfassung der gesamten nationalen Bewegung ... das Endziel ist die Einheitsfront aller Nationalgesinnten ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit". Militärisch richtete sie sich „gegen die Bestrebung, die Truppe, die Einwohnerwehr und Zeitfreiwilligenorganisationen usw., in republikanisch-sozialistischem Sinne zu beeinflussen. Das Ziel ist, die militärische Macht des neuen Deutschlands nicht hinter eine einzelne Partei oder hinter eine einzelne Person zu stellen, sondern auf den Boden des deutschen Vaterlandes ... Es sollen ferner die verabschiedeten Offiziers-, Unteroffiziers- und Mannschaftsvereinigungen ... in das nationale Fahrwasser geleitet und die Vertretung ihrer wirtschaftlichen Forderungen in den Parlamenten von nationaler Seite übernommen werden." Weniger harmlos als dieses „Programm" war das Aktionsprogramm für den geplanten Putsch. Bei der Verhaftung Dr. *Schnitzlers*, am 11. März 1920, wurden eine Reihe von Schriftstücken, Gesetzentwürfen und das Aktionsprogramm der „N. V." gefunden. Die Dokumente erwiesen, daß der Putsch sorgfältig bis in alle Einzelheiten vorbereitet war. Aufrufe an das Volk und die Truppen, Belagerungszustand, Not-


Ehrhardt


von der Goltz


Roßbach

verfassung, Militärdiktatur, Zusammensetzung der neuen Regierung unter Heranziehung von Sozialdemokraten *(Noske, Heine, Lensch)* usw. waren vorgesehen. In Aufzeichnungen über die unmittelbare Inszenierung des Putsches hieß es:

„1. Einen Tag vorher: Einvernehmen mit *Loßberg* und *Watter*.
2. Am zweiten oder ersten Tag vorher: Exodus der nationalen Parteien.
3. Am Tage vorher: Heranziehung der zuverlässigsten Truppen, bindende Abmachungen mit den Führern der Sipo, Mitteilung des Datums an die Landbünde, Provinzialverbände usw., mit der Bitte, sofort durch Erklärung auf unsere Seite zu treten.
4. Nachts 1 bis 6 Uhr: Verhaftung des Reichs- und Preußenkabinetts, Sperrung des gesamten Telephon- und Telegraphenverkehrs, Besetzung der Funkstationen. Festnahme Eberts, doch mit Wahl, zu bleiben. Dasselbe mit Noske. Durchführung der Verhaftungen gemäß Listen, Besetzungen usw. gemäß militärischen Mobilmachungsplans, Amtsantritt der neuen Regierung. Kapp, Kanzler und preußischer Ministerpräsident.
5. Morgens: Verschärfter Belagerungszustand, sofortige Mobilmachung der Einwohnerwehr, freiwilliger Offiziersdienst, Technische Nothilfe, Kriegsrecht für Eisenbahnen.

Proklamation 1 bis 8, Mitteilung an die Entente, Mitteilung an die Bundesstaaten, Verordnung zur Sicherstellung der Truppen. Von hier ab folgen gesetzliche und Verwaltungsmaßnahmen der neuen Regierung."

Die gesetzgeberischen Vorarbeiten, an denen außer Schnitzler Dr. *Hermann* und Dr. *Schiele* (Naumburg) beteiligt waren, setzten bereits im Oktober 1919 ein. Die Entwürfe wurden mit *Kapp, Jagow* und *Ludendorff* beraten. Ebenso exakt wurde die organisatorische Erfassung aller verfügbaren militärischen Kräfte betrieben. Besonderes Augenmerk hatte man dabei auf *Bayern* gerichtet. Dort war Hauptmann *Berchthold* mit einem Stab von Werbeoffizieren an der Arbeit, um seine „Eiserne Schar" zu organisieren und alle nationalistischen Kräfte zu mobilisieren. Zunächst wurden die Reichswehroffiziere bearbeitet. Aber auch alle Zeitfreiwilligenverbände, Einwohnerwehren, Regierungsstellen und Behörden wurden in Rechnung gestellt. Besonderer Wert wurde auf die Studentenkorporationen gelegt*. Wie ein Sitzungsprotokoll vom 21. Februar 1920 ausweist, war an den Putschvorbereitungen in Bayern auch *Dr. Heim*, der bayrische Bauernführer, beteiligt. Der Verlauf des Militärputsches hat gezeigt, daß in Bayern die Aktion „programmäßig" verlaufen ist.

Die politische Kampagne zur Vorbereitung des Militärputsches im Reiche wurde in der Hauptsache von den beiden Rechtsparteien bestritten. Wenn von den Deutschnatio-

* In einer Denkschrift sagte B e r c h t h o l d dazu: „Mit Vertrauensmännern der Studentenschaft ist vom Mobilmachungsausschuß sofort Fühlung zu nehmen, inwieweit Studenten organisiert und welche Teile noch abseits stehen. Hier ist ganz besonders wichtig, ob wir evtl. Teile als Gegner, da es sich dann um Fanatiker handelt, die unschädlich zu machen sind, haben. Grundsatz muß bleiben, daß die Studentenschaft in eigenen Kompagnien, bzw. Marschtruppen organisiert wird und als Hauptreserve Verwendung findet, denn in der Studentenschaft ruht unsere Hauptstärke."



Werbeflugblatt der Einwohnerwehr

nalen und von der Deutschen Volkspartei nach der mißglückten Aktion auch jede Teilhaberschaft abgestritten wurde, so ist es doch keine Zufälligkeit, daß die Geschäftsräume der „N. V." im selben Hause in Berlin lagen, in dem auch die Deutschnationale Volkspartei die ihrigen innehatte. Außerdem waren Dr. *Schiele* und andere am Kapp-Putsch Beteiligte prominente Mitglieder der Deutschnationalen Volkspartei oder der Deutschen Volkspartei. *Kapp* gehörte zum Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei, *von Wangenheim* war Vorsitzender des Reichslandbundes. Auffallend war die Übereinstimmung der politischen Losungen der „N. V." und der Rechtsparteien. Die parlamentarische und außerparlamentarische Tätigkeit dieser Parteien konzentrierte sich monatelang darauf, die Regierung, besonders einige ihnen besonders verhaßte Mitglieder, wie *Erzberger,* zu mißkreditieren. In welchem Ansehen dieser im Lager der militärischen Konterrevolution stand, geht aus dem Bericht eines Berchtholdschen Werbeoffiziers hervor, der schreibt: „Erzberger wird an jedem Abend x-mal aufgehängt." Und *Ehrhardt,* aus dessen Organisation „Consul" später Erzbergers Mörder kamen, schreibt: „Ein Mann war es, dem dies alles zu verdanken war; ein Mann, der dafür auch noch einmal würde büßen müssen ... Diese Eiterbeule am deutschen Volkskörper war der Verräter des Vaterlandes!"

Der Prozeß *Helfferich-Erzberger* wurde zu dem Zweck der Mißkreditierung Erzbergers und der Republik von den Deutschnationalen inszeniert. Er schleppte sich von Mitte Januar 1920 bis zum 12. März, dem Vorabend des Kapp-Putsches, hin. Der von den Deutschnationalen beabsichtigte Zweck wurde erreicht. Dieser Prozeß war eine raffinierte politische Stimmungsmache für die Absichten der Rechtsparteien und der ihnen verbündeten militärischen Konterrevolution. In der Presse, in Versammlungen und im Parlament spielten sich die Rechtsparteien als die Vorkämpfer für die in der Weimarer Verfassung niedergelegten demokratischen Rechte auf. Sie forderten die Auflösung der Nationalversammlung — deren Existenz mit der Verabschiedung der Verfassung nach deren Bestimmungen nicht mehr berechtigt war — Neuwahl des Reichstages und Neuwahl des Reichspräsidenten durch Volksabstimmung. Diese Losungen waren monatelang der Angelpunkt der Agitation der Rechtsparteien.

Je ärger das Proletariat durch Belagerungszustand und Strangulierung der revolutionären und linksradikalen Presse geknebelt wurde, um so hemmungsloser konnten die Rechtsparteien ihre Agitation entfalten. Am 9. März legte das Mitglied der deutschnationalen Fraktion der Nationalversammlung, Frau *Schirrmacher,* vor dem Denkmal Wilhelms I. in der Wandelhalle des Reichstages demonstrativ einen Lorbeerkranz mit schwarzweißroter Schleife nieder. Am gleichen Tage wurde in der Nationalversammlung der deutschnationale Antrag behandelt, der Auflösung der Nationalversammlung zum 1. Mai 1920 und sofortige Neuwahlen forderte. Daß dies der parlamentarische Auftakt für den Militärputsch sein sollte, geht daraus hervor, daß tags darauf General *Lüttwitz* der Regierung folgende Forderungen unterbreitete:

> „Keine Verringerung der Reichswehr; keine Abgabe von Waffen und Munition an die Entente; Entlassung des Reichswirtschaftsministers *Schmidt* und des preußischen Landwirtschaftsministers *Braun;* Neuwahl der Nationalversammlung; Neuwahl des Reichspräsidenten durch Volkswahl."

Die Regierung machte der Nationalversammlung keine Mitteilung von diesem Vorstoß Lüttwitz'. *Löbe* berichtete darüber am 16. März in der mehrheitssozialistischen Fraktion

und sagte: „Der Regierung größte Sorge bestand darin, daß vielleicht die Reichswehr vernichtet werden würde und daß sie dann gegen Spartakisten und Plünderer keinen Schutz mehr hätte." Alle Anzeichen sprachen für den unmittelbar bevorstehenden Militärputsch. Es bestanden wohl noch geteilte Ansichten über den Zeitpunkt des Losschlagens — aber die Dinge spitzten sich rasch zu. Politische Hemmungen wegen des Zeitpunktes bei einem Teil der Putschisten, auch *Kapp* gehörte nach seiner späteren Äußerung dazu, wurden durch den in Gang gesetzten militärischen Apparat beiseite geschoben. Im Döberitzer Lager stand seit langem die Marinebrigade Ehrhardt marschbereit. Kapp hielt sich in den Märztagen wiederholt im Döberitzer Lager auf. Am 29. Februar wurde die Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt verfügt. Am 1. März fand in Döberitz eine große Parade der Ehrhardt-Truppe statt, zu der Noske demonstrativ nicht geladen und die von General *von Lüttwitz* und Admiral *von Trotha* abgenommen wurde. In der Ansprache sagte Lüttwitz: „Ich werde nicht dulden, daß mir eine solche Kerntruppe zerschlagen wird*." Noske war von der Parade und den Ansprachen unterrichtet. Er unternahm nichts. „In den Tagen, die dem 1. März folgten, fanden eingehende Besprechungen zwischen *Kapp, Lüttwitz* und dem General *v. Oven* statt ... Damals tauchte *Lincoln-Trebitsch* auf, der Journalist mit den verschiedenen Nationalitäten ... Man hatte damals das Gefühl, vor einer Explosion zu stehen." *(Ehrhardt.)* Diese Stimmung wurde seit langem in der Truppe planmäßig erzeugt und gesteigert. Im Januar wurde die Ehrhardt-Brigade, die auf 20 Ortschaften verstreut lag, auf Anordnung von Lüttwitz im Döberitzer Lager zusammengelegt. Die Marinebrigade *Loewenfeld,* die in Schlesien untergebracht war, mobilisierte bereits im Februar ihre Zeitfreiwilligen. Die im „Vorwärts" vom 27. März 1920 veröffentlichte Order lautet:



Werbeplakat des Freikorps Lützow

Sturmbataillon der 3. Marinebrigade (Kiel)
B-Nr. G 14

z. Zt. i. Schles.
Deutsche Feldpost 292, den 23. 2. 1920.

Herrn Fähnrich z. See G.....

Hochwohlgeboren

Da der 3. Marinebrigade und speziell dem Sturmbataillon *von Arnault* als dem Kern der Brigade in den allernächsten Tagen die wichtigsten und folgenschwersten Aufgaben bevorstehen, und dann das Sturm-

* Ehrhardt: Abenteuer und Schicksale.

bataillon die berühmte Elitetruppe sein muß, ergeht an sämtliche Zeitfreiwilligen die Aufforderung, sich klar zu halten. Es steht so unendlich viel und Großes auf dem Spiele, daß es überhaupt keine Bedenken geben kann. Daß Sie nur in den wichtigsten Fällen benachrichtigt werden, ist klar. Die telegraphische Aufforderung wird Sie unter dem Stichwort erreichen: Beerdigung am ..., Datum ..., Ort ..., Unterschrift ... Georg, was also heißen soll, daß Sie sich an dem angegebenen Ort, an dem angegebenen Tage einfinden sollen. Zusage erbeten sofort an meine Adresse.

gez. *Georg Mengrohl*,
Oberleutnant und Ordonnanzoffizier.

Es brennt! Wir rechnen auf Sie!

Mit kameradschaftlichem Gruß

gez.: Unterschrift.



Major Bischoff

Die Regierung war von den Putschvorbereitungen unterrichtet. Am 8. März erhielt sie einen Geheimbericht des Staatskommissars *v. Berger*. Noske behauptet, ihn erst am 10. März erhalten zu haben. Am gleichen Tage war die Unterredung zwischen *Ebert, Noske, Lüttwitz* und dessen Stabschef von *Olbershausen* und Generalleutnant *von Oven*, Kommandeur des Wehrkreises 3. Lüttwitz trug die bekannten Forderungen vor. Inzwischen war am selben Tage *Ehrhardt* zum Chef des persönlichen Stabes von Noske geladen worden. Ehrhardt verpflichtete sich, wenn die Regierung einen von Ehrhardts Vorgesetzten gegebenen Marschbefehl aufhebe, der Regierung Folge zu leisten. Das war ein neuer Trost für Noske. Tags darauf erklärt sich Ehrhardt gegenüber Lüttwitz bereit, einer in Form eines Befehls gekleideten Anordnung von ihm, gegen Berlin zu marschieren, zu folgen. Nach seinen eigenen Worten erhielt Noske am 9. März Mitteilungen über die gesteigerte Tätigkeit *Kapps* und *Pabsts*. Am 11. März wurde Noske erneut gewarnt. Jetzt erst erließ er Haftbefehl gegen *Kapp, Pabst* und *Schnitzler*. „Der Polizeiapparat funktionierte nicht. *Froböse* machte Ausflüchte und schob die Sache an eine andere Abteilung. Die Folge war, daß die beiden Haupttreiber sich in Sicherheit bringen konnten." *Noske* stellt diese Tatsache betrübt fest. Regierungsrat Froböse von der Abteilung IA der Berliner Polizei, deren Präsident der Sozialdemokrat *Eugen Ernst* war, hatte die Kappisten gewarnt. Sie entgingen dadurch der geplanten Haussuchung und Verhaftung. *Doyè*, der Chef der Sicherheitspolizei, war der zweite wichtige Verbindungsmann der Kappisten zur Polizei. Auf diese Weise erhielt Noske von der Polizei wie vom preußischen Staatskommissar für öffentliche Ordnung stets beruhigende Nachrichten. Noske war wohl die verkörperte Brutalität gegenüber der Arbeiterklasse, das liebte die Reaktion an ihm. Er war aber alles andere als die Verkörperung von Intelligenz. Das diente der Reaktion. Am 12. März schlugen die Berliner Zeitungen bereits Alarm:

„Die in Döberitz liegenden, noch nicht entlassenen Teile der Baltikumtruppen sind bereits seit einiger Zeit in dauernder Alarmbereitschaft mit Küchen und Gesamtbagage. Der Putsch war angeblich bereits für den vergangenen Sonnabend geplant. Es sollte eine Überrumpelung der Berliner Regierung stattfinden, an die sich eine Erhebung der organisi rten Trupps, die im Lande verteilt sind, anschließen sollte . . ."

Die Regierung jedoch erließ durch das Wolffsche Telegraphenbüro folgende Beschwichtigungsnote:

„Berlin, 12. März. Amtlich.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: In Berlin hat seit einiger Zeit das Treiben einer rechtsradikalen Clique eingesetzt, deren Bestrebungen auf gesetz- und verfassungswidrigen Umsturz hinauslaufen und die versucht hat, auch militärische Stellen für ihre Pläne zu gewinnen. Es kann festgestellt werden, daß die in Opposition gegen die Regierung stehenden Rechtsparteien der Nationalversammlung sowie der preußischen Landesversammlung dieser Sache fernstehen. Selbst weite Kreise altkonservativer Richtung lehnen die Desperadopolitik dieser rechtsspartakistischen Clique restlos ab. Immerhin ist gegen eine derart mit nationalistischen Schlagworten arbeitende Gruppe besondere Vorsicht am Platze. Die Reichsregierung wird diese Vorsicht walten lassen und mit schärfsten Mitteln gegen die Drahtzieher und Leiter der Bewegung einschreiten. Daher ist auch gegen eine Reihe von beteiligten Persönlichkeiten die Schutzhaft verhängt worden."

Die Verhaftung von Oberst *Bauer* und Polizeihauptmann *v. Kessel* ordnete *Noske* erst am 13. März an. Inzwischen fuhr *Lüttwitz* am 11. März, nachdem er seine Entlassung erhalten hatte, nach Döberitz. *Ehrhardt* kam ihm im Kraftwagen entgegen.

„Wir hielten. Auf der Heerstraße nahm er (Lüttwitz) mich beiseite und erklärte mir: der Augenblick zum Handeln ist gekommen . . . Ich will nach Berlin marschieren und die Annahme meiner Forderung erreichen . . . Er fragte: ‚Können Sie morgen marschieren? Das sicherte ich zu . . . Ich fuhr darauf ins Lager zurück und erließ den Befehl: Alarmbereitschaft! Die Zustände in Berlin spitzen sich zu. In unseren Händen liegt die Sicherheit der Reichshauptstadt. Wir müssen jeden Moment bereit sein, zu marschieren.' Kein Mensch glaubte an die Begründung dieser Befehlsanordnung. Aber mit um so größerer Begeisterung wurden die Vorbereitungen zum Alarm getroffen. Übrigens erhielten wir im Laufe des Nachmittags *von der Regierung selbst den Alarmbefehl* . . . (In einem von *Noske* gezeichneten, von seinem Adjutanten verfaßten Alarmbefehl vom 12. März, 11 Uhr vormittags, waren tatsächlich die Garnisonen Berlin, Potsdam, Spandau, Döberitz, Zossen, Jüterbog und die Berliner Schutzpolizei alarmiert worden. Der Verf.) Noch am selben Tage gingen drahtlich die Stichworte nach ganz Deutschland hinaus. Bereits am nächsten Tage waren Hunderte von Zeitfreiwilligen zur Stelle. Am andern Morgen erschien General *von Lüttwitz* bei mir im Lager . . ., er wollte Sicherheit haben, ob alles klappte.

Es wurde vereinbart, ich sollte am andern Morgen um 6 Uhr an der Spitze meiner Brigade am Brandenburger Tor stehen. Dort sollte ich weitere Befehle erhalten . . . Am späten Nachmittag ließ ich das Offizierskorps zusammenkommen . . . Ich gab den Befehl: ‚Die Brigade steht um 10 Uhr abends vor dem Lager auf der Chaussee und marschiert unter Marschsicherung nach Berlin. Die Sturmkompanie nimmt die Spitze. Widerstand, den irgendwelche Elemente leisten, wird rücksichtslos gebrochen . . .' Um 7 Uhr 30 stand alles fix und fertig bereit . . ." (Ehrhardt.)

Die Regierung war noch im Unklaren. *Noske* schreibt darüber:

„In einer Kabinettssitzung am Abend des 12. März vermochte ich bestimmte Angaben über ein etwa geplantes Unternehmen immer noch nicht zu machen. Um festzustellen, ob in Döberitz Außergewöhnliches vorgehe, erhielt deshalb Admiral *von Trotha*, nachdem mir dringend abgeraten worden war, micht selbst von der Lage zu überzeugen, Anweisung, nach dem Lager hinauszufahren und sich umzusehen."

Trotha verständigte Ehrhardt von seinem bevorstehenden Besuch telephonisch. Ehrhardt hatte daher „Ruhe" für seine Truppen angeordnet. Trotha meldete an Noske, „er habe das Lager ganz ruhig gefunden". Auf die Meldung hin, daß die Brigade antrete, waren die Generale *von Olbershausen* und *von Oven* nach Döberitz gefahren. Ihnen formulierte Ehrhardt seine Forderungen, die die Forderungen von Kapp-Lüttwitz waren. *Von Oven* war durch Noske zum Nachfolger von Lüttwitz bestimmt. Als solcher war er Vorgesetzter Ehrhardts und oberster Befehlshaber der Reichswehrtruppen von Berlin. Ihm unterstanden auch die militärischen Sicherheitsmaßnahmen für Berlin. „Die zuständige Kommandostelle beschränkte sich jedoch auf den Schutz des sogenannten Regierungsviertels", stellte *Noske* noch in denselben Nacht fest. Ein anderer Reichswehrgeneral, dessen Truppen für die Sicherung Berlins bestimmt waren und „der mit Lüttwitz ständig in Verbindung stand", General *von Hülsen*, hatte Ehrhardt schon am Nachmittag des 12. März besucht:

„Hin und her redete er und hoffte, von mir die Antwort zu erlangen, ich würde nicht marschieren . . . Er erklärte, er würde marschieren, führte aber das Unternehmen in dieser Nacht so durch, daß er mit einem Teil seiner Brigade ein Stückchen nach Berlin einrückte, mit dem anderen zu Hause blieb. Auf diese Weise war er gedeckt, je nachdem es gut oder schlecht ging." (Ehrhardt.)

Noch um 12 Uhr nachts war Noske, gestützt auf die Versicherungen seiner Generale, taub gegen alle Warnungen. Sein Parteifreund *Erich Kuttner schrieb* darüber am 3. April 1920 im „Vorwärts":

„Am Freitag, dem 12. März, abends um 12 Uhr, hatte ich eine letzte telephonische Unterredung mit Genossen Noske, wenige Stunden, bevor der Putsch ausbrach. Noske erklärte mir am Telephon, daß er seinen bisherigen Optimismus nicht fahren lasse, an das Gerede aufgeregter Leute von einer bevorstehenden militärischen Katastrophe glaube er nicht. Ehrhardt sehe gar nicht so aus, als ob er auf Berlin marschieren wolle, in Döberitz sei es ganz ruhig, und im übrigen habe er alle Vorkehrungen getroffen."

Der 13. März

Die Ehrhardt-Truppen waren im Anmarsch. Auf der Pichelsdorfer Brücke hielt *Ehrhardt* Ansprachen an seine Truppen und legte ihnen den Zweck des Marsches auf Berlin dar. In Berlin wurden sie von der Einwohnerwehr, die von der Regierung zur Abwehr



Lüttwitz

Kein Monarchistenputsch!

Die alte Regierung einschließlich des Reichspräsidenten ist geflohen. Die Truppen rückten mit klingendem Spiel ein und besetzten alle Regierungsgebäude ohne Widerstand. Der Tag ist ohne jedes Blutvergießen verlaufen. Kein Schuß ist gefallen.

Es handelt sich um keine Reaktion und keinen Monarchistenputsch. Es gehen verleumderische Gerüchte um über Wiedereinführung der Wehrpflicht und neue Kriegsabsichten. Die Regierung will den Frieden nach außen wie nach innen. Besprechungen mit der Arbeiterschaft über die neue Lage sind eingeleitet. Die Regierung will das Versprechen: Friede, Freiheit, Brot aus einem hohlen Wort zur Tat machen.

Der Reichskanzler
Kapp.



Kapp

alarmiert worden war, mit Jubel begrüßt. In den frühen Morgenstunden hatten die Truppen den Tiergarten erreicht.

„Um fünf Uhr morgens kam einer der Generale, der draußen mit mir verhandelt hatte. Er überbrachte mir den Bescheid der Regierung, sie müsse meine Forderungen ablehnen. Mir machte das nichts aus, da ich diese Forderungen nicht entworfen hatte, und unterhielt mich im übrigen mit diesem Herrn ganz ausgezeichnet. Die grüne Sicherheitswehr, deren Spitzen am großen Stern standen, hatte sich in aller Gemütlichkeit zurückgezogen. Die Abziehenden riefen meinen Männern zu: ‚Gut, Jungens, daß ihr uns ablöst!'." (Ehrhardt.)

Ehrhardt rückte mit seinen Landsknechten nach dem Brandenburger Tor vor. Die Reichswehrposten räumten nach kurzer Verhandlung das Feld. Hier gaben sich nun die Führer des Kapp-Putsches das historische „zufällige" Stelldichein. *Ehrhardt* stellte es so dar: „Ich bemerkte im Hintergrunde einige Herren im Gehrock und Zylinder, zu ihnen gesellte sich als ‚Morgenspaziergänger' General *Ludendorff*. Erst später wurde es mir klar, daß diese Gruppe Zylinderträger Herr Kapp und seine künftigen Minister waren." Wer sieht bei diesen Worten nicht das zynische Grinsen dieses Landsknechtsführers?

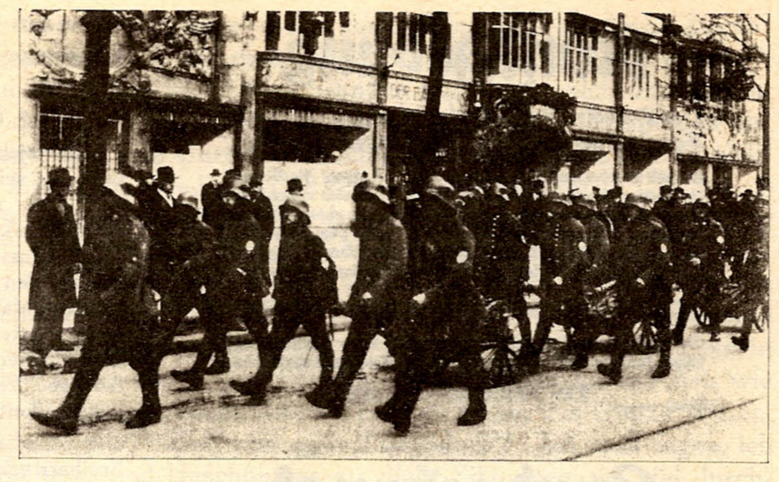
„Mit dem Glockenschlage sieben erschien Exzellenz Lüttwitz. Sein Gesicht strahlte, als er mitteilte, die Regierung wäre geflohen. Reichswehr und Sicherheitspolizei Berlins hätten sich ihm unterstellt. Daraufhin erteilte er mir den Befehl, das Regierungsviertel, die Linden, Friedrichstraße und den ganzen Bezirk am Reichswehrministerium zu besetzen und unbedingt zu halten. Unter den Klängen ‚Deutschland, Deutschland, über alles!' marschierte die Spitzenkompanie durch das Brandenburger Tor. Der Besetzungsbefehl ward ausgeführt, alles war bisher ohne einen Schuß gegangen." (Ehrhardt.)

Und was tat der „starke Mann", Noske? Was tat die Ebert-Regierung? Die von Noske zu Ehrhardt entsandten Generale waren in der Nacht aus Döberitz zurückgekehrt. Hören wir *Noske:*

„In meinem Zimmer saßen und standen General *Reinhardt*, mein Stabschef Major *von Gilsa*, die Generale *von Seeckt*, *von Olbershausen*, *von Oven*, Admiral *von Trotha*, mehrere andere Offiziere und der Ministerialdirektor *Rauscher* ... Meiner Aufforderung, zu den Truppen zu gehen und sie zum Kampfe zu führen, wollten jedoch nur General *Reinhardt* und Major *von Gilsa* entsprechen. Die übrigen Herren machten Einwände, Reichswehr werde nicht auf Reichswehr schießen, Polizeioffiziere habe man auf dem Wege nach Döberitz gesehen; der Kampf würde höchstens zu einem fürchterlichen Blutbad führen, mit einer unvermeidlichen Niederlage für die zu schwachen Berliner Truppen."

Die Generale übten passive Resistenz. Innerlich waren sie bei den Kapp-Rebellen. Unter diesen Generalen war auch *von Seeckt*, der von der Ebert-Regierung wenige Tage später zum Chef der Reichswehr ernannt wurde und den Feldzug gegen das Proletariat leitete. *Reinhardt* sagte im Jagow-Prozeß aus, daß „die Brigade Oven durchaus kampffähig und gut war". Noskes blutige Mission im Dienste der Konterrevolution hatte damit zunächst ihren Abschluß gefunden. Den Mann, der Verbrechen um Verbrechen am Prole-

tariat begangen hatte, spie jetzt die Konterrevolution verächtlich als wertlos aus. In einer dieser Schmierenszene folgenden Beratung der Regierungsmitglieder wurde dann die Flucht aus Berlin beschlossen. Der Demokrat *Schiffer* blieb in seinem Ministerium als Mittelsmann. Die sozialdemokratischen Minister *Schlicke* und *Schmidt* waren während der Kapp-Tage gleichfalls in Berlin, aber nicht im Amt. Außerdem war auch die Preußenregierung in Berlin geblieben. Die Reichsregierung floh in den ersten Morgenstunden, bevor das bis 7 Uhr befristete Ultimatum der Kappisten abgelaufen war, in einigen Kraftwagen nach *Dresden*, „um Blutvergießen zu vermeiden". Das sagten Männer, die Ströme von Blut vergossen hatten und wieder zu vergießen bereit waren im Bürgerkrieg gegen das Proletariat.



Kapp-Truppen ziehen durch die Potsdamer Straße in Berlin ein

Unter den Fittichen des Generals *Maercker* glaubten sich die Ebertiner geborgen. Maercker war aber Fleisch vom Fleische der Lüttwitze, Blut vom Blute der Konterrevolutionäre, die den Tag der Abrechnung mit den republikanischen Machthabern gekommen sahen. *Lüttwitz* hatte an Maercker telegraphiert, die geflohene Regierung zu verhaften. Er stand im regen telegraphischen Verkehr mit den Kappisten. Maercker gehörte zu den Vorsichtigen. In einer Unterredung mit Noske schlug er vor, nach Berlin zu fahren und zu vermitteln, in Wirklichkeit, um sich zu orientieren. *Noske* sagte: „Wenn es Ihnen Spaß macht, dann fahren Sie nach Berlin und sehen Sie sich diese Leute an." So war die zweite Brücke der Ebert-Regierung zu den Kappisten geschlagen. Das Verhalten Maerckers dürfte nicht unwesentlich dazu beigetragen haben, daß sich die Ebert-Noske erneut auf Reisen begaben. Sie landeten in *Stuttgart*. Hier waren sie zunächst in Sicherheit, die ihnen die Sicherheits- und Einwohnerwehren der Studenten, Bourgeoisiesöhne, Kleinbürger und Bauern boten, die sich für die Demokratie und gegen den „Bolschewismus" schlugen. Nach Stuttgart wurde die Nationalversammlung einberufen. Von hier wurden große Reden gegen die Kappisten gehalten, die Fäden zu den Kappisten weiter gesponnen und der Grund gelegt zur erneuten gemeinsamen Schlacht der Ebertiner und Kappisten gegen das deutsche Proletariat. Der damalige württembergische Polizeidirektor *Hahn*, der schwäbische Noske in Westentaschenformat, dem die zur Sicherung der Nationalversammlung in Stuttgart bestimmten Sicherheitskompanien und Einwohnerwehren unterstanden, macht sich in seinen „Memoiren" über die Kapp-Tage und die Reichsregierung auf seine Art lustig:

„Im runden Saal des Ostturms vom alten Schloß tagte die Reichsregierung, im davorliegenden ‚Grauen Saal' wurde geredet, verhandelt, ‚interviewt'. Auf dem Vorplatz drängten sich Minister, Offiziere und Pressevertreter. *Scheidemanns* Miene ließ für die Nationalversammlung eine schön zurechtgelegte, wortreiche und tönende ‚Philippika' erwarten, General *Maercker*, der Unterhändler zwischen Reichsregierung und Kapp, spielte seine zweifelhafte Rolle mit viel Stimmaufwand und schlechtem Gewissen; der englische Geschäftsträger rannte um ein Flugzeug herum . . . *Noske* erklärte und grollte, sein vielgeschäftiger Adjutant Major *von Gilsa* schwadronierte und schrieb Befehle, schrie nach Telephon, Telegraph und funkte, der Pressechef der Reichsregierung machte in öffentlicher Meinung, man sah fliegende Rockschöße, sie gehörten dem Außenminister *Müller*. Man bekam einen Begriff von der Schwierigkeit des ‚Reichsregierens', namentlich wenn man den beängstigend aufgeregten und viel redenden Innenminister *Koch* beobachtete . . ."

Bis auf das Entwischen der Regierung war der Putsch der Kapp-Lüttwitz-Ludendorff am Morgen des 13. März programmäßig verlaufen. Eine Flut von Erlassen, Dekreten und

Kundgebung

Das Mandat der Nationalversammlung zum Erlaß einer Verfassung und zum Abschluß des Friedens ist erloschen.

Es fehlt ihr jedes moralische Recht zu weiterer Tagung. Ihr Versuch, die Wahlen hinauszuschieben und dadurch ihr Mandat eigenmächtig zu verlängern, widerspricht dem Volkswillen. Die eben beschlossene Verfassung wird willkürlich von ihr wie ein Fetzen Papier behandelt. Schon will die Mehrheit die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch die Gesamtheit des Volkes, sondern durch das Parlament vornehmen.

Die Nationalversammlung wird hiermit aufgelöst.

Sobald die innere Ordnung wiederhergestellt ist, werden wir zu verfassungsmäßigen Zuständen zurückkehren und Neuwahlen ausschreiben

Der Reichskanzler: Kapp

Kundgebung!

Die preußische Landesversammlung

wird in Anbetracht der veränderten politischen Lage

aufgelöst

Der preußische Ministerpräsident
Kapp.

Gesetzen der Kapp-Regierung wurde erlassen. Die erste Kundgebung lautete:

KUNDGEBUNG!

Die bisherige Reichsregierung hat aufgehört, zu sein. Die gesamte Staatsgewalt ist auf den mitunterzeichneten Generallandschaftsdirektor Kapp (Königsberg i. Pr.) als Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten übergegangen. Zum militärischen Oberbefehlshaber, gleichzeitig als Reichswehrminister, wird vom Reichskanzler der General der Infanterie Freiherr *von Lüttwitz berufen.* Eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat wird gebildet.

Kapp, Reichskanzler.
Freiherr *von Lüttwitz,* General der Infanterie.

Ein weiteres Flugblatt „Kein Monarchistenputsch!" unterzeichnet von Kapp, verkündete, daß die alte Regierung geflohen sei und daß es „sich um keine Reaktion und keinen Monarchistenputsch" handle. Ein anderer Erlaß Kapps erklärte die Nationalversammlung und die preußische Landesversammlung für aufgelöst und stellte baldige Neuwahlen in Aussicht. Die programmatische Kundgebung versprach, den Friedensvertrag, soweit es möglich sei, zu erfüllen, die Finanz- und Steuerhoheit der Staaten wiederherzustellen, Sicherstellung der Kriegsanleihen und ihre Rückzahlung, wirtschaftliche Freiheit für den Grundbesitz. Den Arbeitern wurde in Aussicht gestellt, sie „zum Zwecke der wirtschaftlichen Neuordnung in hervorragendem Maße ... neben den anderen Berufs- und Erwerbsständen heranzuziehen". Die Kapp-Regierung wolle „die Versicherungsgesetzgebung mit einem freiheitlichen Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter ausstatten, ... dem zurückgesetzten Beamtentum wieder zu seinem Rechte verhelfen, den Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen ihre wohlverdienten Bezüge sicherstellen*.

Trotz aller langen und eingehenden Vorbereitungsarbeit zeigte schon der 13. März, daß diese „nationalen Erneuerer", die nie laut genug nach einer Regierung der „Fachminister" rufen konnten, erbärmliche Stümper waren. Wer war Kapp? Kapp trat 1916 das erstemal vor die breitere Öffentlichkeit. Er schrieb eine Broschüre gegen *Bethmann Hollweg,* der ihn deshalb im Reichstag als „Piraten der öffentlichen Meinung" bezeichnete. Darauf antwortete Kapp mit einer Duellforderung an Bethmann. Im Sommer 1917 gründete Kapp die berüchtigte „Vaterlandspartei" — die Partei der Kriegshetzer. Er brachte also alle Qualitäten zur Erneuerung Deutschlands mit. Am Tage seines Regierungsantritts irrte er ratlos in der Reichskanzlei umher und suchte *Schnitzler:* „Wo ist nur Schnitzler? Wenn ich Schnitzler nicht habe, kann ich nicht regieren." Schnitzler aber, der eben aus der Haft befreit war, beklagte sich bei Ehrhardt, daß er mit *Grabowsky* die ganze politische Vorarbeit gemacht habe und nun kaltgestellt sei. Zum Pressechef wurde der Kapitänleutnant *Lensch* bestimmt, der den Syndikus *Bredereck,* der früher als Rechtsanwalt Mündelgelder unterschlagen hatte, bat, ihn zu unterstützen, da Lensch nichts von Presse-

* Über seine tatsächlichen Ziele äußerte sich Kapp später in einem Brief wie folgt:
„Das Unternehmen vom 13. März war für mich er letzte Versuch des altpreußischen Beamtenstaates. Er hätte, wenn er geglückt wäre, mit einem Ruck die Herrschaft der Journalisten, Gewerkschaftler und das jüdische Regiment abschütteln können, wie das in Ungarn geschehen ist. Aber die Einigkeit reichte eben nicht aus." („Berliner Tageblatt", 9. Dez. 1921.)

geschäften verstehe. *Kessel*, der neue Polizeigewaltige von Berlin, hatte sämtliche Zeitungen verboten und die Druckereien mit Sipo besetzen lassen. Selbst die „Kreuzzeitung", die mit fliegenden Fahnen zur Kapp-Regierung übergegangen war, durfte nicht erscheinen. Bredereck wurde bei *Kessel* deshalb vorstellig. „Er sagte mir, daß er das Erscheinen der Presse verboten habe. Ich sagte ihm, daß Unruhe entstehen werde, wenn die Presse nicht erscheine. Er erklärte kurz: ‚Links um, erledigt! Die Presse erscheint nicht'."

Minister *Oeser* sagte im Jagow-Prozeß aus: „Der ganze Eindruck war der einer Schieber- und Ämter-Börse." Oberfinanzrat *Bang*, der von Kapp als Finanzminister vorgesehen war, schilderte den 13. März in der Reichskanzlei wie folgt: „Das war keine Regierung, das war eine Schwatzbude, das war ein Tohuwabohu ... Eine sogenannte Kabinettssitzung hat es nur am 13. März gegeben über die Frage ‚Was tun wir, wenn in Bayern die Königsfrage vorher gelöst wird?' ... Die beste Bezeichnung für die Art, wie es dort aussah, hat wohl Herr *Schnitzler* gehabt, der, als er kam, sagte: Um Gottes Willen, das ist ja hier die reinste Judenschule!" Und was sagte *Ludendorff?* „Ich muß sagen, ich habe etwas menschlich Kläglicheres und Unschöneres als diese Sitzungen, wo viel durcheinander gesprochen und eigentlich kein Beschluß gefaßt wurde, nicht erlebt." *Von Jagow*, der Innenminister Kapps, faßte das Urteil über die obersten Häupter des Putsches so zusammen: „Am 13. März war eine herrliche Truppe einmarschiert und ein nervenstarker Mann, wie Kapp, hatte mir die Sachlage geschildert; am 17. März war alles ganz anders: Oberst *Bauer* zitterte und bebte, so daß er kein Wort mehr hervorbringen konnte; auch Kapp war in einem Zustand, daß er mir gar nicht mehr imponierte. *Pabst* war völlig zusammengebrochen."

Die Regierung blieb unvollständig besetzt. *Severing* sollte Reichswirtschaftsminister werden. Kapp telegraphierte am 13. März an General *Watter:* „Bitte Severing, wenn



Unter den Linden in Berlin
Flieger Kapps werfen Flugblätter ab

entbehrlich, veranlassen, sofort zu wichtiger Besprechung mit mir herzukommen. gez. Kapp." Außer *Severing* und *Heine* hatte noch *Südekum* das Vertrauen der Kappisten, und sie sollten deren Regierung ergänzen. Ein weiterer Sozialdemokrat, der Berliner Polizeipräsident *Ernst*, versah seinen Dienst weiter. Der sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen, *Winnig*, bekannte sich offen zu Kapp. Folgendes Telegramm sandten er und der General v. *Estorff* am 14. März an Kapp:

„Die Umbildung der Regierung ist bisher ohne Blutvergießen verlaufen. In Berlin und ganz Preußen herrscht Ruhe. Das Volk hat sich mit der Neubildung der Regierungsgewalt abgefunden. Damit ist eine neue Tatsache geschaffen worden, die auch unsere Provinz Ostpreußen zur Stellungnahme zwingt. Wir Ostpreußen, rings von feindseligen Nachbarn umgeben, müssen jede Entwicklung begrüßen, die unserer Provinz Ruhe und Schaffensmöglichkeiten verheißt. Die neue Regierung verspricht unter Ablehnung jeder Reaktion freiheitliche Fortbildung des Verfassungslebens. Sie wird, gestützt auf die Arbeiterschaft, mit Nachdruck für den Wiederaufbau der Wirtschaft eintreten und der internationalen Lage durch Erfüllung des Friedensvertrages gerecht werden.

Gestützt auf diese Erklärung und von dem Bestreben geleitet, die Ordnung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, erkennen wir die neue Regierung als die Inhaberin der tatsächlichen Macht an, indem wir sie in der Durchführung ihres bekanntgegebenen Programms unterstützen.

gez. *Winnig* gez. *v. Estorff*."

Die sozialdemokratischen Minister hatten als letzte Tat vor ihrer Flucht noch einen später abgestrittenen Aufruf zum Generalstreik gegen die Kapp-Regierung erlassen. Dagegen und gegen die einsetzende Abwehr der Arbeiter und Beamten folgten eine Reihe weiterer Verordnungen der Kappisten, worin sie die Maske fallen ließen und ihren arbeiterfeindlichen Charakter restlos enthüllten. Den Beamten wurde bei Nichtaufnahme der Arbeit sofortige Entlassung und Entzug des Pensionsanspruchs angedroht. Ein anderer Erlaß droht widersetzlichen Beamten Geldstrafen bis zehntausend Mark und Dienstentlassung an. *Lüttwitz* zeigte, was er von Noske gelernt hatte. Er erließ eine Verordnung zur „Sicherstellung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe". Zuwiderhandlung brachte Gefängnisstrafe nicht unter sechs Monaten, Sabotageakte Zuchthaus nicht unter fünf Jahren. Eine weitere Verordnung Kapp-Lüttwitz' stellte die Streikbrecher der Technischen Nothilfe unter besonderen Schutz. Ganz im Geiste Noskes hieß es:

„Berlin, 15. März, amtlich.

Verordnung.

§ 1. Die Rädelsführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die *Streikposten mit dem Tode bestraft.*

§ 2. Diese Verordnung tritt am 16. d. M., 4 Uhr nachmittags, in Kraft.

Der Reichskanzler, gez. *Kapp*."

Eine Verordnung vom gleichen Tage lautet:

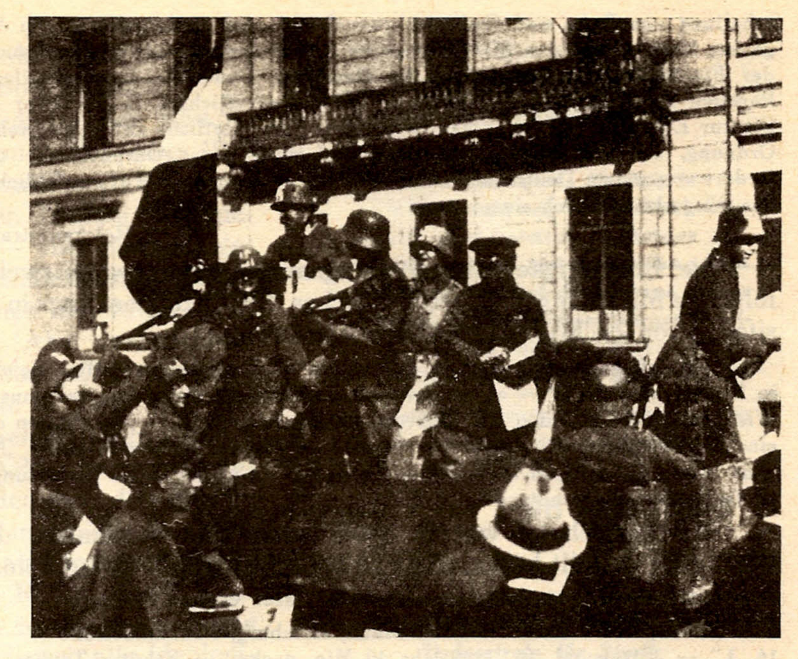
„Ich verbiete hiermit jegliche Hetzpropaganda gegen die Regierung, sei es durch Wort oder Schrift, und stelle hohe Strafen, ja, in schweren Fällen die Todesstrafe, für diejenigen in Aussicht, die sich unterfangen, in irgendeiner Weise gegen die Regierung zu wirken.

gez. Freiherr *v. Lüttwitz*."

In einem Befehl der Ehrhardt-Brigade vom 15. März wird die Bekanntgabe der Regierungsverordnung angeordnet, die, „um die Streiklust einzudämmen", Ausgabe von Verpflegung an Streikende verbietet. Gleichartige Befehle erließen die Kappisten auch in der Provinz. Vom Reichs-

Lager der Kapp-Truppen auf dem Wilhelmplatz in Berlin

wehr-Brigadekommando 9 in *Schwerin* gab General von *Lettow-Vorbeck* am 16. März 1920 einen Befehl zur Sprengung einer Arbeiterversammlung, in dem bestimmt wurde: „Die zuerst auf den Feind stoßende Kolonne hat die Versammlung durch Angriff zu zerstreuen, bewaffnete Arbeiter sind ohne weiteres zu erschießen." — Die Bundesgenossen der Kappisten traten auf den Plan. Die *Deutschnationale Volkspartei,* die schon wenige Tage später in Wort und Schrift von diesem Putsch ihrer Freunde abzurücken versuchte, da er angeblich ihre Kreise nur gestört und ihren nah gewesenen Sieg auf legalem Wege verhindert habe, veröffentlichte am 13. März einen Aufruf, in dem sie sich „auf den Boden der Tatsachen" der neuen Regierung stellte. Eine Reihe von Provinzorganisationen der Deutschnationalen Volkspartei jubelten der Kapp-Regierung zu. Der Landesverband *Mittelschlesiens* „begrüßt es mit tiefer Befriedigung", daß Kapp ans Ruder gelangt ist. Der Kreisverein *Königsberg* machte es jedem „nationalgesinnten Deutschen zur Pflicht, ... die neue Regierung ... zu unterstützen ... und wenn es nottut, zu kämpfen". Der *Pommersche Landbund* erklärte sich für die „neuen Männer". „Ihre wirtschaftlichen Ziele sind die des Landbundes."



Kapp-Truppen durchfahren die Straßen Berlins und werfen Flugblätter ab

Aber auch die Partei Stresemanns, die *Deutsche Volkspartei,* beeilte sich, am *13. März* einen Aufruf für die Kapp-Regierung zu erlassen, in dem die entscheidenden, die Anerkennung der Kapp-Regierung enthaltenden Sätze lauten: „Nunmehr hat sich eine neue Regierung gebildet ... Die liberalen Grundsätze der Deutschen Volkspartei bleiben durch die Umwälzung unberührt. Daher fordern wir die schnelle Überleitung der heutigen provisorischen Regierung in eine gesetzmäßige." Stresemann wollte sich damit den Weg zur Kapp-Regierung offenhalten. Den beiden Rechtsparteien hatte Lüttwitz sein Vorhaben bereits Anfang März bekanntgegeben.

Die *Deutsch-Demokratische Partei* wandte sich in einem Aufruf zwar gegen die Kappisten. Aber ihr Minister *Schiffer* blieb als Mittelsmann der Ebert- zur Kapp-Regierung in Berlin. Schiffer führte die Verhandlungen mit der Kapp-Regierung, bei denen auch der Zentrumsabgeordnete *Trimborn* mitwirkte. Die vom Demokraten *Freiherr von Reibnitz* geführte Mecklenburg-Strelitzer Regierung, die von Lettow-Vorbeck für abgesetzt erklärt wurde, erkannte in einem Aufruf vom 14. März die Kapp-Regierung an. Offiziell wandten sich Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten als Koalitionsparteien in einem gemeinsamen Aufruf gegen Kapp.

Die Kappisten mobilisierten jetzt auch ihre militärischen Reserven. Die von sozialdemokratischen Ministern gezüchtete Einwohnerwehr gab am 13. März folgenden Aufruf ihrer Zentralstelle bekannt:

„An die Einwohnerwehren Deutschlands!

Die Wiederherstellung einer ordnungsmäßigen Regierung stellt die deutschen Einwohnerwehren vor neue, schwerste Aufgaben. Jetzt muß sich erweisen, ob die Einwohnerwehren die Hoffnung Deutschlands erfüllen und unter allen Umständen die öffentliche Sicherheit gewährleisten. Gegründet zur Aufrecht-

erhaltung von Ruhe und Ordnung, zum Schutz des niedergebrochenen Vaterlandes, stellen sie sich mit ganzer Kraft hinter den Mehrheitswillen des deutschen Volkes. Die neue Regierung der Arbeit hat nach der Flucht der Reichsregierung die Geschicke Deutschlands einstweilen in die Hand genommen, alle Parteien zur Mitarbeit aufgefordert und sich verpflichtet, in kürzester Frist Neuwahlen anzuberaumen. Bis zur Entscheidung des Volkes bewaffnen sich sämtliche Einwohnerwehren zum Schutze von Ruhe und Ordnung, zur Verteidigung von Heim und Herd gegen Unruhestifter und Verbrechertum. Die Stunde fordert von jedem Deutschen, welcher Partei er auch sei, in treuer Pflichterfüllung für die Verhinderung des Bürgerkrieges sich einzusetzen!

Reichszentrale der Einwohnerwehren."

Die Eindeutigkeit der Stellungnahme der Einwohnerwehren für Kapp wird durch folgende Mitteilung des demokratischen Abgeordneten *Haas* in der Nationalversammlungssitzung von 29. März 1920 noch unterstrichen:

„Da ruft es im Ministerium des Innern in Karlsruhe an: Hier Reichszentrale der Einwohnerwehren in Berlin. Wer dort? — es meldet sich ein Offizier. ‚Ach, das freut uns sehr, daß gerade Sie hier sind. Wie stehen Sie in Baden zur Regierung Kapp-Lüttwitz?' — ‚Wir halten die Regierung Kapp-Lüttwitz für eine hochverräterische; wir stehen hinter der Regierung Ebert-Bauer.' ‚Na', sagt Berlin, ‚da müssen Sie ganz falsch unterrichtet sein. Diese Regierung ist ja gar keine verfassungswidrige, im Gegenteil, sie will ja die Verfassung schützen' . . ."

Die Hochschulen wurden geschlossen, „um Studenten, die sich der Regierung zur Verfügung gestellt haben, nicht zu benachteiligen". Telegraphische Orders zum Einrücken der Zeitfreiwilligen wurden erlassen. Hier einige Proben:

„Trompeter-Vizewachtmeister Mahn, Hamburg, Rönnhaidstraße 9. — Sofort einrücken. Art.-Reg. 23. 16. 3." — „Stralsund, 16. 3., 5 Uhr 40 Min. nachm. — Schütze Taubert, Gr.-Grumsdorf bei Weimar. — Division wird zusammengestellt. Sofort kommen. Ausweis durch nächste Kommandantur beschaffen. 4. Kompagnie." — „Leutnant v. Katzler, ‚Goldene Traube', Anklam. — Division Zossen neu aufgestellt, baldmöglichst kommen. 2. I.-R." — „Altengrabow, 15. 3., 11 Uhr 30 Min., mittags. — Eiserne Division Stade. Erfolgt Neuaufstellung. M.-G.-Abteilung Kraft."

Der militärische Apparat der Konterrevolution spielte. Die Reichswehrgenerale erklärten sich teils offen für Kapp, zum größten Teil nahmen sie eine schwankende und abwartende Haltung ein.

Die sozialistischen Parteien, die Gewerkschaften und der Putsch

Die Konterrevolution glaubte sich aller Chancen des Sieges gewiß und hatte nicht mit einer wuchtigen Antwort der Arbeiterklasse gerechnet. Das deutsche Proletariat hatte in den vergangenen Kämpfen Position um Position preisgeben müssen. Es kämpfte in der Verteidigung gegen weitere Verschlechterungen seiner Arbeits- und Lebensbedingungen. Aber trotz aller Niederlagen erhob die proletarische Revolution im Kapp-Putsch wieder trotzig ihr Haupt. Alle in der Novemberrevolution ungelösten Probleme der proletarischen Revolution wurden erneut aufgerollt; aber auch alle Halbheiten und Schwächen, alle Unreife und Widersprüche der Revolution, die nochmals ihre Niederlage bedingten, kehrten wieder. Die Probleme der sozialen Kämpfe des letzten Jahres, der Kampf der Bergarbeiter im Ruhrgebiet um die Sechsstundenschicht und um die Sozialisierung, der nur mit Hilfe des Belagerungszustandes niedergehalten wurde; der Kampf um die Räte, die Organe der proletarischen Revolution, der eben erst in den Januartagen durch Blut gedämpft worden war; der Kampf der Eisenbahner und Beamten, die ihres Streikrechts und ihrer Errungenschaften wieder beraubt waren; der Kampf der Landarbeiter, die herausdrängten aus den mittelalterlichen Lebensbedingungen — all diese Fragen standen erneut auf der Tagesordnung und drängten zur Lösung. Die Fesseln der Noske-Diktatur waren zerrissen. Die Ketten der Diktatur der Junker- und Militärkaste bedrohten die Lebensmöglichkeiten des Proletariats. Einmütig stand das Proletariat von der ersten Stunde an im Abwehrkampf. Der Generalstreik wurde mit seltener Geschlossenheit durchgeführt. Die bewaffneten Kämpfe waren von nie dagewesenem Umfang und elementarer Wucht. Und dennoch ging aus diesem Kampf nicht der Sieg des Proletariats, sondern das Bündnis der schwarzrotgoldenen mit der schwarzweißroten Konterrevolution hervor. Diese Koalition triumphierte nochmals über die Revolution. So war der Kapp-Putsch der

Abschluß einer Etappe des proletarischen Befreiungskampfes und die Einleitung einer neuen Etappe der Herrschaft der Bourgeoisie.

Verordnung!

§ 1. Die Rädelsführer, die sich der in der Verordnung zur Sicherung volkswirtschaftlich wichtiger Betriebe und in der Verordnung zum Schutze des Arbeitsfriedens unter Strafe gestellten Handlungen schuldig machen, werden ebenso wie die Streikposten mit dem Tode bestraft.

§ 2. Diese Verordnung tritt am 16. März 1920, nachm. 4 Uhr in Kraft.

Der Reichskanzler
Kapp

Todesstrafe für Streik

Die Gründe dieses Ausgangs der Kämpfe waren dieselben, die auch am 9. November 1918 den Sieg der proletarischen Revolution noch nicht brachten. Wohl waren seitdem verschiedene Bedingungen gereift — aber nicht ausgereift. Die revolutionäre Kommunistische Partei, die Vorhut der proletarischen Revolution, existierte im Spartakus-Bund. Aber dessen ideologischer Einfluß war weitaus größer als seine organisatorische Basis, hatte er doch in Berlin nach den die Organisation zerrüttenden Auseinandersetzungen mit der KAPD nur einige hundert Mitglieder gegenüber den etwa 100 000 der SPD und der USPD. Nur in einigen Bezirken war er eine in den Massen auch organisatorisch verwurzelte Partei. In den Reihen des Spartakus-Bundes und vor allem in dessen Führung spiegelten sich beim Kapp-Putsch alle ideologischen und organisatorischen Schwächen der deutschen Revolution wider. Seine Schwächen waren die Schwächen und die Unreife der proletarischen Revolution in Deutschland. So wurde das Fehlen einer starken, in den Massen verwurzelten, ideologisch reifen Kommunistischen Partei wiederum zu einer der entscheidenden Ursachen des Rückschlags, den die proletarische Revolution in Deutschland im Kapp-Putsch erfahren mußte.

Das Losschlagen der militärischen Konterrevolution am 13. März war für die Arbeiterklasse keine Überraschung. Namentlich der Spartakus-Bund hatte seit Monaten auf den bevorstehenden Militärputsch hingewiesen. Im zentralen Rundschreiben Nr. 5 wird zwar für den Fall eines militärisch-monarchistischen Staatsstreiches mit der Möglichkeit völliger Passivität des Proletariats gerechnet, aber gleichzeitig betont, „die Parole der Partei muß in jedem Fall eine aktive sein. Sie muß streben, die Aktionsbereitschaft zu schaffen, sie muß ihr das revolutionäre Ziel weisen, sie muß, im Falle, daß Aktionen der Arbeiterklasse einsetzen, ihre Führung zu gewinnen trachten, indem sie die konkreten politischen Losungen für sie ausgibt." Wesentlich war, daß die Forderungen in bezug auf die Betriebs- und Arbeiterräte noch durch folgende Forderung ergänzt wurden: „Großer Wert ist auch zu legen auf die Bewegung in den Landbezirken. Falls die Großgrundbesitzer und das Großbauerntum zur Nahrungsmittelsperre greifen — es geschieht dies heute schon vereinzelt — so möge man dem Landproletariat die Losung geben: Kontrolle und Verwaltungsübernahme der landwirtschaftlichen Großbetriebe zur Versorgung der Städte." Am Schluß des Rundschreibens wurde aufgefordert, „die allgemeinen Losungen den Massen schon jetzt vertraut zu machen, um im Fall der Aktion das Höchstmaß revolutionärer Energie zu erzielen".

Die Organisationen des Spartakus-Bundes waren fast im ganzen Reich vom Beginn der Gegenaktion gegen die Kappisten die treibende Kraft, die über den Rahmen der von den Scheidemännern und USPdisten beabsichtigten Aktion hinausdrängte. Diese Tatsache wurde auch durch die anfänglich schwankende Haltung des damals in Berlin anwesenden Teils der Zentrale des Spartakus-Bundes kaum beeinträchtigt. Bestimmt durch den geringen organisatorischen Einfluß unter der Berliner Arbeiterschaft veröffentlichte die Zentrale des Spartakus-Bundes in der „Roten Fahne" vom 14. März einen Aufruf vom 13., in dem es hieß:

„Sollen die Arbeiter in diesem Augenblick sich zum Generalstreik erheben? Die Arbeiterklasse, die gestern noch in Banden geschlagen war, von den Ebert-Noske, waffenlos, unter schärfstem Unternehmer-

druck, ist in diesem Augenblick nicht aktionsfähig. Wir halten es für unsere Pflicht, das klar auszusprechen. Die Arbeiterklasse wird den Kampf gegen die Militärdiktatur aufnehmen in dem Augenblick und mit den Mitteln, die ihr günstig erscheinen. Dieser Augenblick ist noch nicht da. Er ist da, wenn das Gesicht der Militärdiktatur sich enthüllt haben wird."

Das war eine falsche, pessimistische Einschätzung der Situation, die tags darauf durch die Tatsachen und durch die eigene Einsicht korrigiert wurde. Ein schwerer Fehler in der propagandistischen Vorarbeit des Spartakus-Bundes wurde schon am ersten Tage des Militärputsches durch den Schrei der Arbeiter nach Waffen korrigiert. Die propagandistische Vorbereitung des Proletariats für dessen Bewaffnung war ebenso notwendig wie die entsprechende Vorbereitung für die Räte und die Diktatur des Proletariats. Ohne die Forderung nach Bewaffnung des Proletariats, noch dazu angesichts eines bevorstehenden Militärputsches, fehlte der revolutionären Propaganda in dieser Situation das Kernstück. Es handelte sich hier nicht um ein bloßes Vergessen. Der bevorstehende Abwehrkampf der Arbeiterklasse wurde durch den Spartakus-Bund so eingeschätzt, daß zunächst revolutionäre Machtpositionen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur zurückgewonnen werden müßten. „Die auf diesem Wege zurückzulegenden Etappen sind nicht im voraus zu bestimmen. Sie regeln sich aus den im gegebenen Zeitpunkt vorliegenden Machtverhältnissen und der Kampfbereitschaft der proletarischen Massen." (Rundschreiben Nr. 5.) Dennoch war die Unterlassung der Propagierung des Gedankens, daß die Arbeiter im Besitz der Waffen sein müssen, wenn die Konterrevolution aufs Haupt geschlagen werden soll, ein schwerer Mangel. Aus den Fehlschlägen der Kämpfe des Jahres 1919 und dem Bestreben, putschistischen Tendenzen in der Arbeiterschaft entgegenzuwirken, sind solche Wendungen zu erklären, wie: „Es kann sich nicht um *technische* Vorbereitungen für den Tag handeln ... Sie (die Vorbereitung) ist keine technische .. sie ist politisch allgemein" (Rundschreiben Nr. 5), oder im Leitartikel der „Roten Fahne" vom 14. März: „Die Mittel in diesem Kampfe können zunächst nur die wirtschaftlichen Machtmittel des Proletariats sein. Sie werden unwiderstehlich, sobald die entscheidenden Arbeiterschichten geschlossen zusammenstehen." Es fehlte die Parole: Bewaffnung des Proletariats! auch noch in dem Flugblatt der Zentrale des Spartakus-Bundes vom 14. März, in dem sie zum Generalstreik aufrief. Die Mehrheit der Zentrale hatte die Aufnahme der Bewaffnungsparole abgelehnt. Die Losungen des Spartakus-Bundes waren:

„Für den Generalstreik! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der bürgerlichen Demokratie! Alle Macht den Arbeiterräten! Die Kommunisten sind gegen die Regierung Ebert-Noske-Bauer, gegen die Wiederaufrichtung einer Regierung mit bürgerlichem Unterbau, mit Parlament und Staatsbürokratie, gegen die Neuwahl der Nationalversammlung. Arbeiter in Stadt und Land! Eure nächste Aufgabe in allen Orten ist: Sofortiger Zusammentritt in allen Betrieben zur Neuwahl von Arbeiterräten. Sofortiger Zusammentritt der Räte zu Vollversammlungen, die die Leitung des Kampfes zu übernehmen und die über die nächsten Maßnahmen zu beschließen haben. Sofortiger Zusammentritt der Räte zu einem Zentralkongreß der Räte. Innerhalb der Räte werden die Kommunisten kämpfen: für die Diktatur des Proletariats, für die Räterepublik. Arbeiter! Geht nicht auf die Straßen, versammelt euch täglich in den Betrieben! Laßt euch nicht von den Weißen Garden provozieren!

15. März 1920.

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakus-Bund)."

Die Gewerkschaften, die Sozialdemokratische Partei und die Unabhängigen erließen bereits am 13. März Aufrufe zum Generalstreik. Die Sozialdemokratie, deren erster Aufruf zum Generalstreik von den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern mitunterzeichnet war, obwohl Noske später in einem Telegramm an General v. Watter diese Unterschriften ableugnete, beschränkte sich darauf, zum Schutz der Republik und der wackelnden Ministersessel der sozialdemokratischen Minister aufzurufen. Dieser Appell hinderte die Sozialdemokratie und ihre Minister nicht, schon nach wenigen Tagen mit all ihrer Brutalität gemeinsam mit der militärischen Konterrevolution gegen das kämpfende Proletariat vorzugehen. Einen Appell ähnlicher Art erließ die Ebert-Regierung am 14. März von Dresden aus an die Beamten. Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei rief in einem Flugblatt vom 13. März gleichfalls zum Generalstreik auf. Aber schon in diesem Dokument war die ganze Unentschlossenheit und Halbheit, die diese Partei seit ihrer

Geburt und die sie auch im Kapp-Putsch auszeichnete, enthalten:

„Männer und Frauen, es gilt den Kampf um die Freiheit! Es gilt den Kampf für den revolutionären Sozialismus! Gegen die Militärdiktatur! Gegen den weißen Schrecken! Gegen die Wiederherstellung der Monarchie! Tretet in geschlossener und einiger Kampffront in den Generalstreik! Vereinigt euch zur Verteidigung eurer Rechte! Nieder mit der Militärdiktatur! Nieder mit der Reaktion der Offiziere und Monarchisten!"

Das war echt USPD. Keine positive Stellung zur Machtfrage. Kein Wort über den nächsten Weg und die Organe der proletarischen Revolution, über die Räte, und selbstverständlich kein Wort über die Bewaffnung des Proletariats. In ihrem Aufruf vom 15. März, in dem sie das Regime Ebert-Noske anprangert, steigert die USPD ihre Forderungen bis zur Losung: „Auf zur Befreiung von jedweder Unterdrückung und Ausbeutung und für die Errichtung eines sozialistischen Gemeinwesens! Nieder mit der Reaktion! Alle Macht der Arbeiterklasse!" Aber auch hier kein Wort über die Organe, die die Träger des Kampfes um die Macht sind, die Arbeiterräte. Die Realisierung dieser Losung sabotierte die USPD während des ganzen Kampfes in fast allen Teilen des Reiches mit Erfolg. Dabei traf sie sich mit der Sozialdemokratie, die in offener Gegnerschaft zu den Räten stand. Auch gegen die Losung der Bewaffnung der Arbeiter, die der Spartakus-Bund alsbald erhob, wehrte sich die USPD bis auf einige Bezirks- und lokale Organisationen, die sich um die Anweisungen der zentralen Instanzen ihrer Partei nicht kümmerten. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) und die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (Afa) vom 13. März riefen ebenfalls zum Generalstreik auf und gaben als Hauptlosungen aus: „Die deutsche Republik ist in Gefahr — der gesamte Arbeiterschutz ist bedroht!"

Die Zentrale des Spartakus-Bundes forderte in ihren Aufrufen und Flugblättern, nachdem die anfängliche Schwankung durch die Ereignisse im Reich und durch den unerwartet zähen Widerstand der Arbeiterschaft offen und energisch korrigiert war, als „nächste Ziele und Maßregeln":

Arbeiter! Parteigenossen!

Der Militärputsch ist da! Die Baltikum-Landsknechte, die sich vor der befohlenen Auflösung fürchten, haben den Versuch unternommen, die Republik zu beseitigen, und **eine diktatorische Regierung** zu bilden.

Mit Lüttwitz und Kapp an der Spitze!

Arbeiter, Genossen!

Wir haben die Revolution nicht gemacht, um uns heute wieder einem blutigen Landsknechtregiment zu unterwerfen. Wir paktieren nicht mit den Baltikum-Verbrechern.

Arbeiter, Genossen!

Die Arbeit eines ganzen Jahres soll in Trümmer geschlagen, Eure schwer erkaufte Freiheit vernichtet werden.

Es geht um alles! Darum sind die schärfsten Abwehrmittel geboten.

Kein Betrieb darf laufen, solange die Militärdiktatur der Ludendorffe herrscht!

Deshalb legt die Arbeit nieder! Streikt! Schneidet dieser reaktionären Clique die Luft ab. Kämpft mit jedem Mittel um die Erhaltung der Republik! Laßt allen Zwist beiseite! Es gibt nur ein Mittel gegen die Diktatur Wilhelms II.:

Lahmlegung jeden Wirtschaftslebens!
Keine Hand darf sich mehr rühren!
Kein Proletarier darf der Militärdiktatur helfen!
Generalstreik auf der ganzen Linie!

Proletarier vereinigt Euch! Nieder mit der Gegenrevolution!

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Regierung:
Ebert. Bauer. Noske. Schlicke. Schmidt. David. Müller.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei:
Otto Wels.

Der später abgeleugnete Aufruf zum Generalstreik

„1. *Bewaffnung der Arbeiter!*
d. h. Ausgabe von Waffen an alle organisierten Arbeiter durch die Streikleitung, Zusammenfassung der bewaffneten Arbeiter zu *Arbeiterwehren!*
2. Unschädlichmachung der gegenrevolutionären Offiziere!
3. Keine Wiederkehr der Ebert-Noske-Regierung!
4. *Wahl von Arbeiterräten!*
zur einheitlichen Leitung des Kampfes. Tretet sofort betriebsweise zusammen."

Besondere Aufrufe im Sinne dieser Losungen wandten sich an die Soldaten, an die Eisenbahner und an die Post- und Telegraphenangestellten und -arbeiter. Ein Aufruf vom 19. März an die Proletarier Berlins schloß mit den Forderungen: „1. Einteilung der Arbeiter in bewaffnete Kaders; 2. zentrale Kampfleitung; 3. planmäßiges Zusammenwirken mit der siegreichen Arbeiterschaft der Provinz; 4. einheitspolitisches Organ der Arbeiterklasse: Der Arbeiterrat. Die Generalität hat bedingungslos zu kapitulieren. Lehnt sie ab, so gilt für das gesamte Berliner Proletariat die Losung: Kampf bis zur Vernichtung!"

Die Front gegen das Proletariat

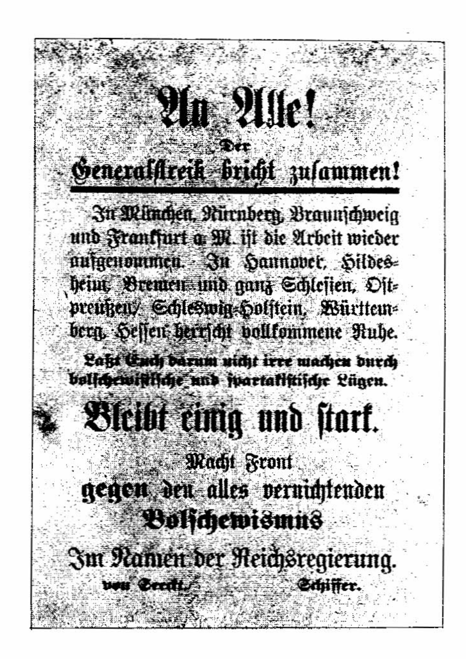
Der Spartakus-Bund hämmerte seine Losungen täglich in die Köpfe der Arbeiter. Im Reich waren die Arbeiter in einigen Bezirken längst zu entsprechenden Handlungen geschritten. In Berlin lähmten die zentralen Instanzen der Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei und der Gewerkschaften die Schwungkraft der Massenbewegung. In der Phrase kamen namentlich die Unabhängigen dem revolutionären Drang der Arbeiter weit entgegen, in der Tat entlarvten sie sich ebenso wie die Mehrheitssozialisten nur zu bald als Verräter am kämpfenden Proletariat.

Der Generalstreik der Arbeiter, der namentlich in Berlin von ungeheurer Wucht und Geschlossenheit war, die bewaffnete Auflehnung der Arbeiter in einzelnen Teilen des Reiches und die eigene Unfähigkeit der Kappisten zeitigte schon in den ersten Tagen alle Symptome des Zusammenbruchs des Unternehmens. Die Kappisten suchten nun möglichst glimpflich aus der Affäre herauszukommen, wobei sich die Wünsche der „neuen" mit denen der „alten" Regierung begegneten. Die Ebert-Noske-Bauer-Regierung, die den Geist des revolutionären Proletariats in ihrer Not angerufen hatte, wollte ihn jetzt so schnell wie möglich bannen. Die Kapp-Regierung ebnete den Weg der Verständigung durch eine amtliche Bekanntmachung vom 15. März, in der sie sagte: „Verhandlungen zwischen der alten und neuen Regierung haben begonnen und sind in gutem Fortschreiten." Am 16. März gab die Kapp-Regierung amtlich bekannt, daß „mit der früheren Regierung Ebert-Noske auf deren Wunsch in Verhandlungen eingetreten" worden sei.

Am 14. März schon wurden die preußischen Minister *Südekum* und *Dominicus* und der Reichsverkehrsminister *Oeser* bei Kapp vorstellig, angeblich, um ihn angesichts des Verkehrsstreiks und der sich daraus ergebenden Folgen zum Rücktritt zu veranlassen*. In der Nacht vom 14. zum 15. März kam *Maercker* aus Dresden als Unterhändler an. Er fuhr mit Zustimmung *Eberts* und *Noskes* nach Berlin und reiste am 15. mit den Bedingungen der Kapp-Regierung nach Stuttgart, um sie der Reichsregierung zu unterbreiten. Es wurde verlangt: Neuwahl des Reichstags, des Reichspräsidenten, Ernennung von Fachministern und Amnestie für die Kappisten. In Stuttgart markierten die Vertreter der Reichsregierung und der Regierungsparteien im Vertrauen auf die Unfähigkeit und Schwäche der Kappisten den starken Mann. Solange das Kapp-Regime noch nicht sturmreif schien, waren die Ebertiner, um gegenüber der Arbeiterschaft das Gesicht zu wahren, in ihrer Haltung unversöhnlich. In Berlin wurde einstweilen von *Schiffer* mit den Beauftragten Kapps verhandelt und Neuwahlen und Amnestie versprochen. Die Kappisten fühlten sich in ihrer Haut nicht mehr sicher. In der Schupo und Reichswehr kriselte es.

---

* Der Sozialdemokrat Südekum stand in keinem schlechten Ansehen bei den Kappisten. v. Jagow sagte in seinem Prozeß auf die Frage des Oberreichsanwalts, ob er in eine Regierung mit Sozialdemokraten eingetreten wäre: „Jawohl, mit Heine, Südekum und Severing." Die Zuneigung beruhte auf Gegenseitigkeit. Geheimrat Doyè erklärte im Jagow-Prozeß: „Südekum wollte Kapp als Minister und Hindenburg als Reichspräsidenten in Kauf nehmen."



An Alle!

Der

Generalstreik bricht zusammen!

In München, Nürnberg, Braunschweig und Frankfurt a. M. ist die Arbeit wieder aufgenommen. In Hannover, Hildesheim, Bremen und ganz Schlesien, Ostpreußen, Schleswig-Holstein, Württemberg, Hessen herrscht vollkommene Ruhe.

Laßt Euch darum nicht irre machen durch bolschewistische und spartakistische Lügen.

Bleibt einig und stark.

Macht Front

gegen den alles vernichtenden

Bolschewismus

Im Namen der Reichsregierung.

von Seeckt. Schiffer.

Im Justizministerium, dem Amtssitz *Schiffers*, wurde gekuhhandelt. *Hergt* und *Stresemann* brachten ein Kompromiß zustande. Danach sollten die Neuwahlen bis spätestens Juni stattfinden. Der Reichspräsident sollte durch das Volk gewählt und die Reichsregierung umgebildet werden. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien verpflichteten sich außerdem, für Amnestie der Kappisten einzutreten. In den folgenden Tagen tauchten in den Reden der Vertreter der bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung bereits alle diese Forderungen auf. Selbst die Demokraten waren plötzlich für Fachminister, und *von Payer* meinte, das „Tempo der Entwicklung zum Einheitsstaat müsse man bremsen". Mit dem angenommenen Kompromiß waren die Rechtsparteien und die ihnen verbündeten Kappisten politisch gedeckt. Der Generalstreik im Reich hatte inzwischen seinen Höhepunkt erreicht. In verschiedenen Gebieten war es zu bewaffneten Kämpfen gekommen. Am 17. März dankte Kapp ab, wenige Stunden später darauf Lüttwitz. Er war ganz beruhigt und ging mit der Bemerkung ab, er falle ja auch unter die Amnestie.

Nun galt es, die entfesselten Kräfte des Proletariats zu drosseln. Wollten die Ebert-Scheidemann und ihre Partei nur die Rettung *ihrer* Republik, so kämpften die Arbeiter zum Teil bereits um eine Republik, wie sie ihren revolutionären Begriffen entsprach. Dagegen verbündeten sich alle Feinde der Revolution. Der nach dem Rücktritt von Lüttwitz zum Oberbefehlshaber der Reichswehr ernannte Generalmajor *v. Seeckt*, der nicht gegen die Kappisten kämpfen wollte, wurde Generalissimus des Feldzuges gegen die Arbeiter. Die Kappisten waren von der politischen Bühne abgetreten mit dem Ruf: Zusammenschluß aller Kräfte gegen den Bolschewismus! *Seeckt-Schiffer* griffen dies Stichwort freudig auf. „Gegen den Bolschewismus" — das wurde zum einigenden Band, das die Kappisten von gestern und die Ebertiner umschlang. Über ganz Deutschland wurde durch Flugzeuge ein Aufruf Seeckts und Schiffers gegen den Bolschewismus abgeworfen.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung sekundierte mit einem Aufruf vom 18. März, in dem es heißt:

„Kapp und Lüttwitz sind erledigt, aber junkerliche und syndikalistische Empörung bedrohen noch immer den deutschen Volksstaat. Ihnen gilt der weitere Kampf, bis auch sie sich bedingungslos unterwerfen. Für dieses große Ziel ist die republikanische Front noch inniger und fester zu schließen. Der Generalstreik trifft bei längerer Dauer nicht nur die Hochverräter, sondern unsere eigene Front. Wir brauchen Kohlen und Brot zur Fortführung des Kampfes gegen die alten Mächte, deshalb Abbruch des Volksstreiks, dafür aber stets Alarmbereitschaft."

Ein Aufruf der Reichsregierung *(Schiffer)* und der Preußenregierung *(Hirsch)* vom 19. März nahm Polizei, Reichswehr und das Reichswehrministerium in Schutz:

„Der verbrecherische Staatsstreich vom 13. März, den einzelne Führer und Politiker auf dem Gewissen haben, wird vielfach in unverständiger oder gewissenloser Weise allen Offizieren und Truppen der Reichswehr und der Sicherheitspolizei zur Last gelegt. *Das ist falsch!* Man weiß in der Öffentlichkeit offenbar nicht, daß die Reichswehrtruppen in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend befehlsgemäß auf ihrem Posten zur Verteidigung der Regierung standen, aber wegen der schlechten Erfolgsaussichten des Nachtkampfes vor Ankunft der Aufständischen in ihre Kasernen entlassen wurden . . ."

Diese Rehabilitierung der meuternden Soldateska war notwendig, sollte sie unter der Fahne der Ebertiner, gegen die sie eben noch rebellierte, das revolutionäre Proletariat niederschlagen. Bis auf die Knochen blamiert, mußte *Noske* in der Versenkung verschwinden. Der „Fachmann" *Seeckt* führte den Noske-Kurs unverändert, mit „fachmännischem Schneid" fort. Am 19. März wurde der Belagerungszustand durch *Schiffer-Seeckt* erneut verhängt. Für Berlin trat er sofort in Kraft; in den übrigen Teilen des Reiches wurde die Verkündigung dem Belieben der Militärbefehlshaber überlassen

Als am 17. März die Kapp-Regierung zurücktrat, verlangte die Arbeiterschaft dort, wo sie sich Waffen und Räte erkämpft hatte, Sicherung dieser Errungenschaften. Überall verlangten die Arbeiter reale Garantien, die die Wiederkehr eines Militärputsches unmöglich machten — also Garantien gegen die Wiederkehr des Ebert-Noske-Regimes. Aber der Verrat am Proletariat wirkte auf der ganzen Linie. Bereits am 17. März wurde der Eisenbahnerstreik abgeblasen. Ein Aufruf Ebert-Bauer stellte den Zusammenbruch der Kapp-Regierung fest und versicherte: „Die Verhandlungen über den Abbruch des Generalstreiks sind im Gange. Durch ihren siegreichen Kampf für die Demokratie hat sich die Arbeiterschaft einen untilgbaren Anspruch auf Sicherstellung und Erweiterung ihrer wirtschaftlichen und politischen Rechte erworben." Die Basis dieser Verhandlungen zur Abwürgung des Generalstreiks waren die berüchtigten *neun Punkte der Gewerkschaften*, auf die sich Gewerkschaften und Regierungsparteien am 20. März einigten:

1. Daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesetzgebung eingeräumt wird, unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch und am Umsturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen sowie der Beamten, die sich der ungesetzlichen Regierung zur Verfügung gestellt haben.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltung und der Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und ihre Ersetzung durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller im öffentlichen Dienst aus politischen oder gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Beamten und Angestellten volle wirtschaftliche und soziale Gleichberechtigung gewährleisten. Schnelle Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechts.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dafür reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission; Einberufung der Sozialisierungskommission; Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats auf das Reich.



Seeckt

7. Wirksame Erfassung und gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und schärfste Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung dieser Pflichten.

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen gegenrevolutionären Truppenverbände und ihre Ersetzung durch Verbände aus den Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei dieser Reorganisation bleiben wohlerworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet.

9. Rücktritt von *Noske* und *Heine*, die ihre Abschiedsgesuche bereits eingereicht haben.

Daraufhin forderten der von *Legien* geführte ADGB und der Afa-Bund zum Abbruch des Streiks und zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Dem schloß sich die Berliner Gewerkschaftskommission an, die von Unabhängigen beherrscht wurde, die dem rechten Flügel ihrer Partei nahestanden. Auch die Zentralleitung der USPD trat für Streikabbruch ein. In der zentralen Streikleitung in Berlin gab es einen heftigen Kampf wegen dieses Beschlusses. Die Berliner Arbeiter beschlossen, trotz der Bekanntgabe der neun Punkte in den von der Streikleitung einberufenen Versammlungen am 21. März, weiterzustreiken. Nachdem die Arbeiter sich mit diesen leeren Versprechungen nicht begnügten, fanden neue Verhandlungen statt. Sozialdemokratische Vertreter, *Legien* an ihrer Spitze, warfen

in Verhandlungen mit Vertretern der USPD die Frage des Bruches der Koalition mit dem Bürgertum und die Bildung einer rein sozialistischen Regierung auf. Diese Frage wurde in der Zentralstreikleitung heftig diskutiert. Auch an die Vertreter der KPD wurde die Frage gestellt, wie sich die Partei zu einer solchen Regierung verhalten werde. Die kommunistischen Vertreter erklärten, daß sie für den Fall des Zustandekommens einer solchen Regierung ihr gegenüber „loyale Opposition" treiben würden*. Zur Bildung einer solchen Regierung kam es natürlich nicht, denn selbst für sie wären Entwaffnung des Bürgertums und Bewaffnung der Arbeiter Voraussetzungen gewesen, von denen die Vertreter der SPD nichts wissen wollten. Nach neuen Verhandlungen riefen die beiden sozialdemokratischen Parteien und die Gewerkschaften gemeinsam zum Abbruch des Generalstreiks am 23. März auf, ohne die geringste reale Garantie auch nur für Ausnutzung der Positionen, die sich die Arbeiterschaft im Kampfe errungen hatte. Ein glatter Verrat. Der Aufruf lautete:

„Nachdem die Vertreter der Regierungsparteien sich verpflichtet haben, für die Durchführung der acht gewerkschaftlichen Forderungen, die das Ergebnis des Generalstreiks zusammenfassen, in ihren Fraktionen einzutreten, und die sozialdemokratische Nationalversammlungsfraktion sich entschlossen hinter diese Forderungen gestellt, der Vorstand der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sie als Mindestforderung anerkannt hat, nachdem weiter die Reichsregierung die bindende Erklärung abgegeben hat,

1. daß die Truppen in Berlin bis auf die Spree-Linie zurückgezogen werden;
2. daß der verschärfte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird;
3. daß die bewaffneten Arbeiter, insbesondere im Ruhrrevier, nicht angegriffen werden sollen;
4. daß mit den gewerkschaftlichen Verbänden über die Einreihung der Arbeiter in die Sicherheitswehren in Preußen verhandelt werden soll, daß sie auf Grund der Anerkennung dieses gewerkschaftlichen Programms und der besonderen Zugeständnisse der Regierung den Arbeitern, Angestellten und Beamten im ganzen Reiche, insbesondere in Berlin und Umgegend, empfehlen,

den Generalstreik mit Beginn des 23. März zu beendigen und
die Arbeit allenthalben wieder aufzunehmen.

Die unterzeichneten Gewerkschaften und Parteien verpflichten sich, falls die Forderungen der Gewerkschaften nicht erfüllt und die Zugeständnisse der Regierung gebrochen werden, von neuem zusammenzutreten und über die erneute Aufnahme des Generalstreiks zu entscheiden.

Berlin, 22. März 1920, nachts 12 Uhr.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund. *Legien.*
Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend. *Rusch.*
Die Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände. *Aufhäuser.*
Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands. *Juchacz.*
Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. *Crispien.*"

Der Spartakus-Bund forderte die Arbeiter auf, weiterzukämpfen: für die Entwaffnung der Baltikumer, der Reichswehr, der Sicherheitswehren und Einwohnerwehren, für die Bewaffnung der Arbeiter, für die Freilassung der politischen Gefangenen. — Alle Macht den Arbeiterräten. Aber alle Anstrengungen der Kommunisten, gegen die vereinigte Front des Verrats und der offenen Konterrevolution von Crispien-Legien bis Ehrhardt-Seeckt die Arbeiter erneut in den Kampf zu führen, blieben erfolglos. Alle Kräfte der vereinigten Konterrevolution wurden gegen die Herde des revolutionären Widerstandes konzentriert. Mit einem Wall von Proletarierleichen dämmte die vereinigte Konterrevolution die revolutionäre Flut ab, die den Bestand der kapitalistischen Gesellschaft bedrohte.

Der Kampf der Arbeiter in Berlin

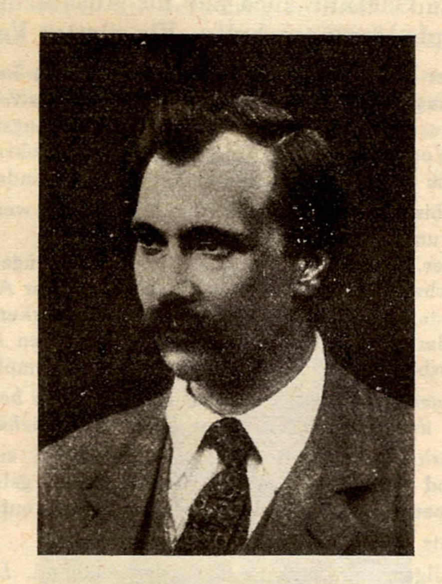
Obwohl die politische Öffentlichkeit auf den Militärputsch vorbereitet war, kam der Einmarsch der Ehrhardt-Truppen in der Nacht vom 12. zum 13. März in Berlin dennoch überraschend. Auch die Arbeiterschaft reagierte nicht gleich in den ersten Stunden auf den Schlag der Konterrevolution. Das Vertrauen zur Sozialdemokratischen Partei und zur Noske-Regierung, die als erste zum Generalstreik aufforderten, war gerade in Berlin bei der Arbeiterschaft gering. Erst als im Laufe des Tages durch das Auftreten der Kappisten

---

* Diese Stellungnahme der kommunistischen Vertreter hat in der Folge zu lebhaften Auseinandersetzungen in der KPD geführt und wurde von Parteiausschuß und Parteitag fast einstimmig mißbilligt. (Siehe dazu u. a. Artikel in der „Kommunistischen Internationale", 2. Jahrgang Nr. 12, 7. Jahrgang Nr. 4, und Lenin: „Die Kinderkrankheit des ‚Radikalismus' im Kommunismus.")

und ihrer Soldateska den Arbeitern die Größe der Gefahr zum Bewußtsein kam und die Gewerkschaften und Unabhängigen ihrerseits gleichfalls zum Generalstreik aufriefen, setzte sich in Berlin der Generalstreik allmählich durch. In den Betrieben war die Stimmung sehr geteilt. Welcher klassenbewußte Arbeiter wollte für Ebert-Noske einen Finger rühren! Einen raschen Gegenstoß der Arbeiter hemmte — namentlich im Reiche — auch der Umstand, daß am Sonnabend bereits in den Mittagsstunden Betriebsschluß war. In Berlin waren die Verkehrsbetriebe fast noch den ganzen Tag im Gang. Aber schon am zweiten und dritten Tage nahm der Generalstreik der Arbeiter, Beamten und Landarbeiter im ganzen Reiche eine Ausdehnung an, die alle bisherigen Massenstreiks in Deutschland weit übertraf. — Vom Berliner Regierungsviertel und den Stadtteilen, wo die auf Truppen und Zeitfreiwillige gestützte Bourgeoisie dominierte, entwarf die „Berliner Volkszeitung" (24. März 1920) folgendes Bild:

„In den Straßen Berlins am Sonnabend und Sonntag ein Treiben der Militärs wie in den Tagen vor dem Kriege. Die feldgraue Uniform war bei den Offizieren verbannt, man hatte das echte altpreußische zweierlei Tuch wieder hervorgeholt, die langgespitzte Pickelhaube blinkte und gleißte wieder im Sonnenlicht. Gardestern und Gardelitze kamen zu ihrem Recht, und die Herren mit dem Monokel reckten den Hals weit über den hohen, roten Kragen hinaus. Man war ganz in den Tagen des alten Regimes . . . Kadetten, Fähnriche und die jungen Leutnants am Arm schwarzweißrotbebänderter begeisterter junger Damen, Primaner und Studenten mit schwarzweißroten Bändchen im Knopfloch, bildeten die scheu bewundernden Trabanten . . . Selbst alte Herren, grauhaarig, bebrillt und gebeugt, im schwarzen Frack und der Angströhre, hatten den ganzen Klempnerladen, der ihnen einst gnädigst verliehen worden war, auf der linken Seite der teutschen Heldenbrust zur Schau gestellt. Man unterließ es auch nicht, das Feldlager der modernen jungen Landsknechte zu bewundern, die Fahnen wehten stolz im Winde, die Feldküchen brodelten, Kriegslieder wurden gesungen. Der Alkohol hatte hier die Begeisterung schon höher getrieben, als den Regisseuren lieb war. Hohnworte gegen die Republik und beutegierige Drohungen gegen die Juden verrieten die Schürer und Hetzer . . ."



Hermann Duncker

1920 Sekretär des Arbeiterrates Gotha, wurde nach dem Sieg der Gothaer Arbeiter über die Kapp-Truppen mit dem Volksbeauftragten Grabow nach Berlin gesandt, um die angedrohte Reichswehrexekution gegen Gotha zu verhindern. Seeckt ließ beide verhaften und in das Lager der aus Berlin abgerückten Ehrhardt-Brigade nach Döberitz verschleppen, wo die wegen des Sieges der Arbeiter besonders verhaßten „Gothaer" mit Beschimpfungen und Mißhandlungen empfangen wurden. Da Dunckers ursprünglich mit verschleppte Tochter über den Verbleib der Verhafteten berichten konnte, gelang es einer energischen Intervention bei der Reichsregierung, beide noch rechtzeitig den Klauen der Döberitzer Landsknechte zu entreißen.

In den Arbeitervierteln war zunächst die Luft von verhaltenem Grimm geschwängert. Am Sonntag hatten die Wasserwerke vorübergehend den Betrieb eingestellt. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung war unterbunden. Am Montag war der Generalstreik gänzlich durchgeführt. Kapp erließ die bekannten Erlasse gegen den Streik. Streikposten und Streikführern wurde Todesstrafe angedroht. Auf die Aktion der Arbeiter blieb das ohne Wirkung. Die Spannung verstärkte sich. In den Arbeitervierteln kam es zu den ersten Reibereien zwischen Arbeitern und Truppen. Die Landsknechte wollten ihr Handwerk ausüben. *Kapp* und *Lüttwitz* stellten ihnen in einer besonderen Verordnung einen Freibrief für alle ihre Schandtaten im voraus aus. „Bitte allen Führern und Unterführern bis herab zu den Gruppenführern in meinem Namen bekanntzugeben, daß ich jede entschlossene Dienstauffassung, auch wenn sie im Zwange der Not gegen einzelne bisherige Bestimmungen verstoßen sollte, unbedingt anerkenne und persönlich decke . . ." Ein anderer Erlaß Kapps ordnete an, „bei bestehenden Unruhen mit rücksichtsloser Schärfe zu verfahren". Diese Erlasse waren geeignet, den ohnehin kaum zu bändigenden Tatendrang der Landsknechtsscharen und Zeitfreiwilligen noch zu verstärken. Die Ehrhardt-Truppen und Baltikumer zogen mit klingendem Spiel provozierend durch die Straßen.

Als die Pleite der Kapp-Lüttwitz offenbar wurde und außer *Ehrhardt* und zwei anderen Offizieren keiner der in Berlin anwesenden Truppenführer mehr zu *Lüttwitz*

stand, als selbst die Autorität Ludendorffs nicht mehr vermochte, die Offiziere umzustimmen und *Kapp* und *Lüttwitz* infolgedessen zurücktraten, wurde *Ehrhardt* von dem inzwischen von der Ebert-Regierung zum Oberbefehlshaber der Reichswehr ernannten General *von Seeckt*, der nicht gegen die Kappisten marschieren wollte, zum „Kampf gegen den Bolschewismus" verpflichtet. Die Ehrhardt-Truppen räumten das Regierungsviertel.



Aus Berlin abrückende Kapp-Truppen schießen am Brandenburger Tor

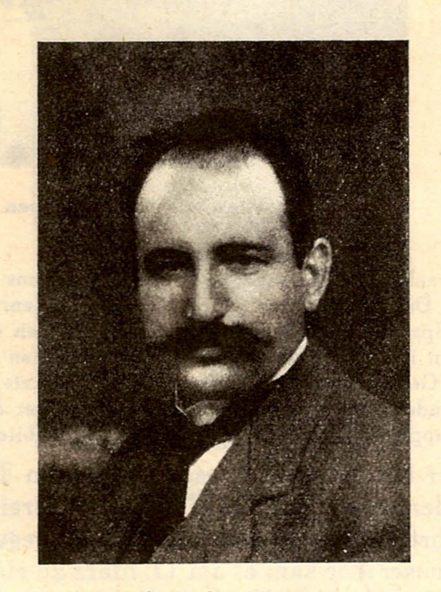
„Als der Hauptteil der Brigade aus dem Wilhelmsviertel abmarschierte, spielte voran die Musik ‚Deutschland, Deutschland über alles' — hinten aber krachten die Gewehre . . . Trotz des Regens waren alle Bürgersteige mit sich drängenden Menschen überfüllt. Die Masse brach in die Marschzwischenräume der Regimenter ein. Aber meine Leute verstanden keinen Spaß, auf die Schimpfenden, Spuckenden schlugen sie mit Kolben ein . . . Wie es zur Schießerei gekommen ist, kann nur schwer ermittelt werden . . . meine Leute gaben zunächst Schreckschüsse ab, um Platz im Gedränge zu gewinnen. Irgendwo platzte eine Handgranate: meine Leute glaubten sich angegriffen und handelten gemäß ihrer Erziehung . . . hinter dem Tiergarten allerdings mußte sich die Truppe durch kurzes Gruppenfeuer noch einmal Luft gegen Moabiter Gesindel machen." *(Ehrhardt.)*

Nach Darstellungen der bürgerlichen Presse aus diesen Tagen gab es allein bei den Zusammenstößen am Brandenburger Tor zwölf Tote und dreißig Schwerverletzte. Auch in anderen Stadtteilen wehrte sich die empörte Menge gegen die Provokationen der Ehrhardt-Banden. Am Kottbuser Tor kam es am 17. März zu einem heftigen Kampf, in dem die Arbeiter eine Barrikade bauten und sie gegen die eingreifende Sicherheitswehr hielten, bis Reichswehr erschien und Minen gegen die Barrikade schleuderte. Das Wolffsche Telegraphenbüro, das während der Kapp-Tage im Dienste der Kapp-Regierung stand, verbreitete die Tendenznachricht, daß am 18. März zwölf Offiziere in Schöneberg „vom Pöbel mit Messern, Dolchen und Gummiknüppeln niedergemetzelt" worden seien. Ins Krankenhaus wurden etwa zehn bis fünfzehn leicht verwundete Offiziere eingeliefert und kein Toter. Mit dieser Greuelmeldung war beabsichtigt, die Schandtaten der Ehrhardt-Truppen, Baltikumer und Zeitfreiwilligen zu rechtfertigen. Zusammenstöße am 17. März meldete das WTB noch aus der Veteranenstraße, Brunnenstraße, Neukölln und Frankfurter Allee, wobei es mehrere Verwundete gab. In Steglitz feuerte am Montag eine Offizierspatrouille ohne Warnung in die Menge. Sieben Tote und eine Anzahl Verwundeter blieben auf dem Platze. Bei den Zusammenstößen in diesen Tagen waren Ehrhardt-Truppen in Lichtenberg eingesetzt worden. Die Ehrhardt-Truppen marschierten am Sonntag, dem 21. März, nach Döberitz zurück. Am 18. März hatte ihnen *Seeckt* noch ausdrücklich seinen Dank ausgesprochen. Seeckt ließ es bei dieser Anerkennung für die Kapp-Truppen nicht bewenden. Die Ebert-Regierung bezahlte den Ehrhardt-Truppen sogar die von Lüttwitz eingeführte Kapp-Zulage, sieben Mark pro Mann und Tag, weiter. Ferner wurde zur Verstärkung der Ehrhardt-Brigade ein Regiment Baltikumer, das 3. Kurländische Infanterieregiment, eingereiht.

Inzwischen war es auch in den Vororten Berlins zu Kämpfen gekommen. Am 17. März wurde das Artillerieregiment *Krossen* a. d. Oder auf Berlin in Marsch gesetzt.

In *Müncheberg* stieß eine Schwadron Fürstenwalder Husaren zu dieser Truppe. In Klein-Schönebeck bei Friedrichshagen bezogen sie Quartier. Dr. *Peters*, der Führer der Alldeutschen und Organisator der Zeitfreiwilligentruppen in Friedrichshagen, marschierte an der Spitze der Truppen und leitete das Unternehmen auf Friedrichshagen, dessen Ortskommandant der aus dem Mord an Karl Liebknecht bekannte Hauptmann *von Pflugk-Harttung* war. Mit Geschützen und Minenwerfern wurde Friedrichshagen „erobert". In der Umgebung *Köpenicks* waren starke Truppenmassen zusammengezogen worden.

„Der unabhängige Stadtverordnete *Futran* und der Bürgermeister von Köpenick knüpften Verhandlungen mit den Berliner Kommandostellen an, um festzustellen, ob die Arbeiterschaft Regierungstruppen oder konterrevolutionäre Truppen vor sich habe. Von Berlin aus lehnte man Verhandlungen ab, es wurde erklärt, daß die Aktion rücksichtslos durchgeführt werde. Der Bürgermeister von Köpenick und die militärischen Stellen behaupteten, daß man regierungstreue Truppen vor sich habe. Auch Futran war dieser Meinung. Er bestand deshalb den Führern der Arbeitertruppen gegenüber darauf, daß man die Waffen niederlegen solle. Er benachrichtigte sofort alle Formationen, daß der Kampf eingestellt werden müsse. Die bewaffneten Arbeiter legten darauf noch in der Nacht die Waffen nieder. Als am Sonntagmorgen die Truppen in Köpenick eindrangen, waren die Formationen der Arbeiter bereits aufgelöst. Nach ihrem Einzug bildeten die Truppen sofort ein Standgericht. Jeder, der im Besitze von Waffen oder Munition war, wurde sofort erschossen. Auf diese Weise wurden *Futran, Heiland, Eckert, Kegel, Dürre, Wienecke* und *Kaßner* am Nachmittage erschossen* . . ." („Berliner Volkszeitung", 28. März.)



Alexander Futran

Stadtverordneter in Köpenick, von Reichswehr „standrechtlich" erschossen.

Gerade auf Futrans Drängen hatten die Arbeiter die Waffen niedergelegt. Die Leiche Futrans wurde von seinen Mördern völlig ausgeraubt. Die Frau des Ermordeten wurde von ihnen noch um 200 Mark betrogen. Man schwindelte sie ihr ab unter dem Vorwand, Futran käme in das Moabiter Gefängnis. Unter den Mördertruppen, dem Potsdamer Jägerbataillon, wurde ein Gedicht verbreitet, das u. a. den Vers enthielt: „Und neben Futran auf dem Mist lag leblos mancher Bolschewist."—Die konterrevolutionären Truppen und ihre Führer fühlten sich als Herren der Situation. Wie zügellose Banden mittelalterlicher Landsknechte führten sie Krieg auf eigene Faust. Baltikumer vom 3. Kurländischen Infanterieregiment unternahmen am 21. März einen Angriff auf *Velten* und *Hennigsdorf*, nordwestlich von Berlin. Sie wurden von den Arbeitern dieser Orte zurückgeschlagen. Am 22. wurde der Angriff mit 200 Gewehren, 15 Maschinengewehren und mit einer halben Batterie von Spandau wiederholt. Nach langem Kampf, wobei die Baltikumer einige Tote und Verwundete zu verzeichnen hatten, besetzten sie das Dorf. Aus den etwa hundert gefangenen Arbeitern wurden mit Hilfe eines Angestellten der AEG Berlin, *Grison*, vier herausgesucht, die zunächst mit Stricken an die Räder der Bagagewagen gefesselt wurden. Die übrigen Gefangenen wurden nach allerlei Mißhandlungen entlassen. Später gelang es auch den vier zu entkommen. Ein Todesopfer hatten die Hennigsdorfer Arbeiter zu beklagen. Die Erbitterung der Berliner klassenbewußten Arbeiterschaft über diesen Überfall der Baltikumer auf die Arbeiterdörfer Velten und Hennigsdorf kam in einem schlecht bewaffneten und mangelhaft organisierten Zug Berliner Arbeiter zum Ausdruck, die zur Unterstützung der Hennigsdorfer Arbeiter ausgezogen waren. Der Zug kam zu spät an den Kampfort. Die Baltikumer waren bereits wieder nach dem Döberitzer Lager abmarschiert. In der Nacht von Sonnabend, dem 20., zum Sonntag kam es auch mit von Döberitz gegen *Spandau* vorstoßenden Truppen zu einem kleinen Gefecht. Eine schwache Verteidigungskette von

* Bei E. J. Gumbel: „Vier Jahre politischer Mord" werden außer Futran als ermordet erwähnt die Arbeiter Dürre, Kegel, Gratzke und Wienecke.

Arbeitern in der Richtung Staaken-Falkensee stellte sich entgegen. Zwei Arbeiter fielen im Kampf. Am Montag, dem 22. März, formierte sich in Spandau ein Demonstrationszug von Arbeitern nach vorausgegangener Versammlung. Der Zug der Demonstranten stieß bald auf Reichswehr. Die Arbeiterin Martha *Lind,* die mit an der Spitze des Zuges marschierte, forderte die Soldaten auf, nicht zu schießen. Die Antwort gab ein Offizier durch einen Pistolenschuß. Der Schuß war das Signal für die Maschinengewehrbedienung, das Feuer auf die wehrlose Masse zu eröffnen. Zehn Tote blieben auf dem Platz. Als „schwarzer Montag" ist dieser Tag den Spandauer Arbeitern noch heute im Gedächtnis. — Ein besonders krasses Beispiel für die Mordwut der Offiziere und Zeitfreiwilligen war die Ermordung des geisteskranken Lokomotivführers W e i g e l t am 24. März 1920 in der Kadettenanstalt Lichterfelde. Er wollte sich dort „für den Schützengraben" melden. Nach schweren Mißhandlungen wurde er in ein Zimmer geschleppt, in dem Offiziere waren. Obwohl er schrie: „Meine Herren Offiziere, lassen Sie mich doch laufen, ich bin doch krank" wurde er durch einen Schuß des Leutnants *Jansen* und drei Schüsse des Leutnants *Schulz* (Regierungskommissar) getötet. Schulz wurde später freigesprochen, da er angeblich in Notwehr gehandelt habe.

Bei den Berliner Kämpfen mit den Ehrhardt-Truppen, den Baltikumern, den Zeitfreiwilligen und der Reichswehr zeigte sich mit aller Klarheit, daß eine zentrale militärische Leitung auf seiten der Arbeiterschaft nicht einmal in den primitivsten Ansätzen vorhanden war. Die Gegenwehr der Berliner Arbeiter, soweit sie sich in militärischen Aktionen äußerte, waren spontane Aktionen ohne zentralen Plan, ohne zentrale Führung. Die militärische Organisation der KPD war ebenso wie die der USPD ohne jede Bedeutung. Die Arbeiter waren unbewaffnet. Der revolutionäre Einfluß auf die Truppen war gleich Null. Die KAPD faselte von einer „Roten Armee", die aber nirgends in Erscheinung trat. Ihre öffentlichen Werbebüros wurden von den Kappisten prompt ausgehoben. Diese Spielereien waren nur geeignet, die Arbeiter irrezuführen und die Position der Arbeiter zu schwächen, da sie des Glaubens sein mußten, daß bereits feste Formationen existierten. An diesem ungeheuren Fehler in der Führung des Kampfes in Berlin, an der Tatsache, daß nicht der geringste Versuch unternommen wurde, den Generalstreik zu bewaffneten Aktionen der Arbeiterschaft zu steigern, mußte der Generalstreik allmählich zusammenbrechen.

Die Kämpfe im Osten, Norden und Nordwesten

Die agrarischen Gebiete im Osten und Nordosten Deutschlands waren die Hauptbasis der militärischen Konterrevolution und ihrer bewaffneten Erhebung vom 13. März 1920. Aber selbst in diesen Gebieten stießen die Kappisten teilweise auf harten Widerstand. Am stärksten war er natürlich auch hier in den eingesprengten Industriegebieten. Das trifft insbesondere auf die Niederlausitz zu. Dort war der Generalstreik fast einheitlich durchgeführt. In *Kottbus,* wo Major *Buchrucker,* später einer der Hauptorganisatoren der Schwarzen Reichswehr und Führer des Küstriner Putsches im Jahre 1923, Kommandeur des Reichswehrbataillons war, kam es wiederholt zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen der mit Zeitfreiwilligen aufgefüllten Reichswehr und Arbeitern. Beim ersten Zusammenstoß in Kottbus am 15. März hatten die Arbeiter vier Tote und fünf Verwundete zu beklagen. Besonders südlich von Kottbus und im *Senftenberger Gebiet* entfalteten die Arbeiter starken Widerstand. Am 16. März kam es bei *Branitz,* drei Kilometer südlich von Kottbus, zu einem Gefecht mit Reichswehrtruppen. Buchrucker verhängte über Kottbus den Ausnahmezustand und befahl, „auf jeden Zivilisten zu schießen, der eine Waffe trug"*. Die Kottbuser Reichswehrtruppen suchten in den folgenden Tagen die weitere Umgebung von Kottbus in der Richtung auf das Senftenberger Gebiet heim. So kam es am 17. März bei *Drebkau* und *Sachsendorf* zu größeren Gefechten mit bewaffneten Arbeitern, wobei es auf beiden Seiten beträchtliche Verluste gab. Am 19. März gab es bei *Ströbitz* einen

* „Der Aufruhr in Kottbus im März 1920" von Buchrucker, Lausitzer Verlagsanstalt, Kottbus.

erneuten bewaffneten Zusammenstoß. Nach einer Zusammenstellung Buchruckers hatten dessen Truppen bei diesen Gefechten fünf Tote und 19 Verwundete. Aus der Bevölkerung war bis Ende Mai die Staatsanwaltschaft zu Nachforschungen nach 48 Toten aufgefordert worden. Die Parteien der SPD, USPD und KPD hatten in Kottbus einen gemeinsamen Aktionsausschuß gebildet und in *Forst* einen Vollzugsrat gewählt. Besondere Kommissionen waren für die Bewaffnung, Ernährung, Propaganda, das Verkehrswesen und den Kurierdienst gebildet. Eine bürgerliche Druckerei wurde besetzt. Bereits am Montag waren in sämtlichen Textil- und chemischen Betrieben Betriebsräte gewählt. Der Arbeiterrat in Stärke von 18 Mann übernahm die Führung des Kampfes. Eine *Propagandastelle* für die Landorte wurde eingerichtet. Zur Finanzierung des Vollzugsrats wurden in den Betrieben Sammlungen vorgenommen, die 10 000 Mark erbrachten. In *Senftenberg* lag die Führung des Kampfes in den Händen der Gewerkschaften. Sie beschränkten das Kampfziel auf die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände. Im allgemeinen war die Arbeiterschaft im Lausitzer Gebiet auf dem Posten. Sie unterstützte sich bei ihren Kämpfen gegenseitig und war in vielen Orten im Besitz von Waffen. — In *Schlesien* wurde der Generalstreik in den größeren Städten und besonders im Waldenburger Kohlenrevier allgemein durchgeführt. Von Widerstand auf dem Lande gegen die Kappisten war wenig zu verspüren. In *Breslau* forderten die Arbeiter am 13. März von dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten *Voigt* Waffen, die er mit dem Hinweis verweigerte, die Truppenführer ständen auf dem Boden der Verfassung. Am Abend desselben Tages besetzten die Freikorps *Aulock* und *Paulson* und die Marinebrigade Loewenfeld die öffentlichen Gebäude und nahmen eine Reihe Verhaftungen vor. Im Gebäude des Generalkommandos, in das die gefangenen Arbeiter gebracht wurden, spielten sich ähnliche Szenen ab wie in den Januartagen 1919 im Mörderhotel „Eden“ in Berlin. Die Offiziere, darunter auch *Aulock*, beteiligten sich an den bestialischen Mißhandlungen der Gefangenen. Der Redakteur der USPD-Zeitung, *Schottländer*, der mit vielen anderen ins Generalkommando als Gefangener eingeliefert war, wurde dort schändlich mißhandelt und erschlagen. Seine Leiche wurde später mit einer anderen in der Oder gefunden. Außer Schottländer wurden durch Soldaten der Kapp-Truppen unter Führung eines Offiziers in der Nacht zum 14. März die Arbeiter *Schramm*, *Romane* und der Bankbeamte *Boronow* verhaftet und ermordet. Ihre Leichen konnten nicht gefunden werden. Am 15. März wurden der Schlosser *Hoffmann* wegen Verbreitung sozialdemokratischer Flugblätter, der Schlosser *Bölme* wegen Streikpostenstehens und der Koch *Herkenroth* von Kappisten verhaftet und „auf der Flucht erschossen“. Bestrafung der Mörder ist in keinem Fall erfolgt. Die wegen Gefangenenfolterung verurteilten Soldaten wurden amnestiert und als Hilfsaufseher im Schweidnitzer Gefängnis angestellt*. In Breslau kam es wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Truppen. Bei einem solchen wurden den Truppen zwei Panzerwagen abgenommen. Endlich gelang es den Arbeitern, die Truppen zum Abzug zu zwingen. *Oberschlesien* war zur Zeit des Kapp-Putsches von Ententetruppen besetzt. Trotz Aufforderung der drei sozialistischen Parteien kam es zu keinem Streik. Auf den Arbeitern lastete nach den voraufgegangenen Kämpfen eine allgemeine Depression.



Bernhard Schottländer

* Gumbel: „Vier Jahre politischer Mord.“

In *Ost-* und *Westpreußen* hatten die Kappisten ihren stärksten Rückhalt. Außer in *Königsberg* und *Elbing* hat die Streikbewegung keinen nennenswerten Boden gehabt. Das Gebiet war mit konterrevolutionären Truppen überreichlich belegt. Die Behörden waren fast ausschließlich in den Händen der Kappisten. Hier stand sogar der sozialdemokratische Oberpräsident August *Winnig* in einer Front mit ihnen. Er rief zusammen mit dem Reichswehrkreiskommandeur *von Estorff* am 13. März zur Unterstützung der Kapp-Regierung auf. In *Danzig* kam es am 19. März auf Betreiben der Kommunisten zu einer riesigen Demonstration der Arbeiter gegen das Kapp-Regime in Deutschland. In *Stettin* bildete sich nach Bekanntwerden der Vorgänge in Berlin ein Aktionsausschuß aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien. SPD und USPD weigerten sich, in den Losungen für den Kampf über die ihrer Zentralleitungen hinauszugehen, worauf die Kommunisten nach zwei Tagen aus dem Aktionsausschuß zurücktraten. Der Streik wurde bis Dienstag, den 16. März, geschlossen durchgeführt, zerbröckelte jedoch, nachdem die Eisenbahner als erste aus der Front ausgebrochen waren. Unter den Truppen in Stettin bestanden starke Gegensätze, die nicht zuletzt auf erfolgreiche revolutionäre Propaganda unter ihnen zurückzuführen waren. Ein Teil der nicht ganz zuverlässigen Truppen wurde interniert. Im übrigen *Pommern* kam es in verschiedenen Orten zu heftigen Kämpfen. In *Greifswald* kämpften die Arbeiter erbittert gegen die Studenten- und Zeitfreiwilligen-Formationen. In *Swinemünde* und *Anklam* hatten die Arbeiter anfangs die Macht in den Händen. Reichswehrtruppen und Studentenformationen wurden gegen diese beiden Städte angesetzt, nahmen die Orte ein und entwaffneten die Arbeiter. In zahlreichen Orten war die Arbeiterschaft bewaffnet und wehrte sich ihrer Haut gegen die Konterrevolution. Besonders die Landarbeiter haben sich in den ländlichen Orten und auf den Gutshöfen teilweise hervorragend an dem Abwehrkampf gegen die Kappisten, aber auch gegen ihre Bedrücker, die Junker, beteiligt. — Am aktivsten griffen die Landarbeiter in *Mecklenburg* in den Kampf gegen die militärische Konterrevolution ein. Die bewaffnete Erhebung der Landarbeiter während des Kapp-Putsches ist eines der Ruhmesblätter der deutschen Revolutionskämpfe. Der Reifeprozeß dieser gedrücktesten Schicht des deutschen Proletariats hatte seit 1918 Riesenfortschritte gemacht. Ihre bewaffnete Erhebung ist ein wichtiges Symptom für die allgemeine revolutionäre Reife des deutschen Proletariats. In Mecklenburg, das bis zum Ausbruch und während des Kapp-Putsches unter der Militärdiktatur *Lettow-Vorbecks* stand, konterrevolutionäre Truppen in Massen auf den großen Gütern barg, war neben Ost- und Westpreußen und Pommern der Hauptstützpunkt der militärischen Konterrevolution. Aber die Güter, die Waffenkammern der Konterrevolution, wurden in vielen Fällen die Waffenkammern der Landarbeiter. Sie holten sich die Waffen aus den Verstecken auf den Gütern und versorgten sich und teilweise auch die Arbeiter in den Städten damit. Ein Situationsbericht aus den Kapp-Tagen in Mecklenburg besagt:



August Winnig

„Es wird aus *Dassow* berichtet: Die Landarbeiter holten von den umliegenden Gütern die Waffen ab. Es fanden heftige Kämpfe mit den Truppen statt. In *Eutin* bildete sich ein Aktionsausschuß der SPD, USPD und KPD. Die Kasernen, in denen sich die Zeitfreiwilligen befanden, wurden gestürmt. Die Arbeiter sind gut bewaffnet und haben die Macht übernommen. In *Wismar* haben die Arbeiter aller drei Parteien die Räterepublik ausgerufen. 250 Mann waren gut bewaffnet. Am 20. März rückte die Kapp-Wehr ein. In *Rostock* vereinigten sich die Arbeiter aller drei Parteien und nahmen den Kampf mit 2000 bewaffneten Studenten auf. 1000 wurden entwaffnet. Am 18. zogen sich die übrigen in die Stadt zurück. Es fand ein regelrechtes Gefecht mit den Studenten statt, bei dem die Arbeiter siegreich waren. In *Grevesmühlen*

bewaffneten sich die Arbeiter planlos. Beim Einrücken der Truppen kam es zu heftigen Schießereien. Einige Arbeiter wurden verhaftet. In *Teterow* kam es zu heftigen Kämpfen, 14 Kommunisten wurden verhaftet. In *Lübeck* hatte sich ein Aktionsausschuß der drei sozialistischen Parteien gebildet. Zu einer Aktion ist es nicht gekommen. Nur die Eisenbahner hatten gestreikt. Nach dem Rücktritt Kapps schloß die SPD einen Pakt mit Lettow-Vorbeck zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus. In *Gadebusch* hatten sich 250 Landarbeiter bewaffnet. In *Schwerin* lagen 10 000 Mann Kapp-Truppen unter Befehl Lettow-Vorbecks. Dort war eine Gegenaktion der Arbeiter nicht zustande gekommen. SPD und USPD verhandelten mit den Militärs. In *Güstrow* fand eine Vollversammlung aller mecklenburgischen Aktionsausschüsse statt. 76 stimmberechtigte Delegierte waren anwesend. Eine Reihe von Anträgen im Sinne der zentralen Losungen der Kommunistischen Partei fanden besonders bei den Landarbeitern lebhafte Zustimmung."

Der „Volkswille" (Neubrandenburg) berichtet:

„Aus *Waren* hören wir: Hier versuchten ebenfalls Reichswehrtruppen einzumarschieren, die mit Maschinengewehren und einer Revolverkanone ausgerüstet waren. Der bewaffneten Arbeiterschaft gelang es, die Reichswehrtruppen aus der Stadt zurückzudrängen."

Die Landarbeiter in der Gegend von Waren hatten es in der Hauptsache mit Baltikumern zu tun. Heute noch berichten die sonst wortkargen, älteren Landarbeiter dieser Gegend mit Stolz von ihren Kämpfen gegen die Baltikumer und gegen die Gutsbesitzer, die in diesen Tagen verschiedentlich vor das Tribunal der Arbeiter gefordert wurden und hohe Geldstrafen auferlegt bekamen, wenn ihnen nachgewiesen war, daß sie Waffen verbargen oder mit den Truppen in Verbindung gestanden hatten. Die Erhebung der Landarbeiter erstreckte sich bis in die *Priegnitz*. In *Maulbeerwalde* wurden Landarbeiter mit vorgehaltener Pistole zur Arbeit angehalten. Die Arbeiter setzten sich zur Wehr und entwaffneten die Einwohnerwehr. Etwa 50 Gewehre wurden der Streikleitung in *Wittstock* übergeben. Diese Entwaffnungsaktion brachte die Bauern auf die Beine. Am 19. März rückten etwa 1500 Bauern bewaffnet und mit insgesamt 15 Maschinengewehren zur Belagerung Wittstocks an. Die Streikleitung war nach längeren Verhandlungen gezwungen, die Waffen wieder abzugeben.



Lettow-Vorbeck

Die Gutsbesitzer haben sich während des Kapp-Putsches mit Unterstützung der Soldateska durch bestialische Morde an Landarbeitern dafür gerächt, daß ihre Arbeitssklaven gewagt hatten, an ihren Ketten zu rütteln. In der Nacht vom 17. zum 18. März wurden in *Niendorf* bei *Wismar* die Arbeiter *Wittken* und *Steinfurt* von Roßbach-Truppen verhaftet und erschossen. Dasselbe Schicksal ereilte am 18. März den Arbeiter *Slomski* aus *Karow*, der von Roßbachern nach seiner Verhaftung in der Nähe seiner Wohnung erschossen wurde. Der Frau brachte man den Leicham ins Haus. In beiden Fällen entschieden Rittergutsbesitzer über Leben und Tod der verhafteten Arbeiter. Am gleichen Tage wurde in *Gnoien* der Maurer *Gräbler* hundert Meter von seiner Wohnung entfernt unter den Augen seiner Frau und seiner sechs Kinder von Demminer Ulanen auf offener Straße erschossen. 96 Arbeiter wurden verhaftet, ein 63jähriger Arbeiter zu Tode gequält. Kurz vor dem Bestimmungsort schossen die Soldaten in den Gefangenentransport und töteten vier Arbeiter und verletzten viele. Am 19. wurde beim Einrücken der Reichswehr in *Stavenhagen* der 60jährige Stadtrat *Seidel*, der den Truppen mit erhobenen Händen entgegenlief, erschossen. Auf Befehl des Rittergutsbesitzers *Simon* wurde am 19. März der Arbeiter *Litzendorf* aus Bahrendorf bei Grevesmühlen festgenommen und andern Tags „auf der Flucht erschossen". In einer Sandgrube bei *Hungersdorf* wurde am 20. März der Arbeiter *Jahnke* durch Reichswehr erschossen. Auch hier entschied die

Angabe eines Gutsherrn, *v. Puttkamer*, über ein Arbeiterleben. In allen Fällen wurde das Verfahren gegen die Mörder eingestellt.

In *Kiel* hatten die Kappisten einen festen militärischen Stützpunkt. Der Chef der Admiralität und die Garnison Kiel erklärten sich für Kapp. In den ersten Tagen beherrschten die Kappisten die Lage und richteten ihr Regiment des weißen Terrors auf. Nach heftigen Kämpfen gelang es den Arbeitern, die Truppen nach dem Norden abzudrängen. Die Bewaffnung der Arbeiter war teilweise durch Einreihung organisierter Arbeiter in die Einwohnerwehr durchgeführt. Die Position der Kieler Arbeiterschaft war nach dem Kapp-Putsch wesentlich gestärkt. Die Aktion der Arbeiter wurde von einer Zehnerkommission, bestehend aus Vertretern der drei sozialistischen Parteien und der Gewerkschaften, geleitet. Bei Wiederaufnahme der Arbeit am 25. März war die Bezahlung der Streiktage, die zu 50 Prozent die Unternehmer und zu 50 Prozent die in Frage kommenden Gemeinden zu tragen hatten, die Zahlung der Differenz zwischen Krankengeld und Lohn an die Verwundeten bis zu ihrer völligen Genesung den Arbeitern garantiert. Auch militärisch hatte sich die Arbeiterschaft gewisse Sicherungen geschaffen.

Ein trübes Bild bot die Bewegung in *Hamburg*. In dem bei Ausbruch des Kapp-Putsches gebildeten Aktionsausschuß saßen SPD- und USPD-Vertreter mit den Demokraten zusammen. Etwa 1000 bis 1500 Arbeiter wurden in die Einwohnerwehr eingereiht. Eine Verordnung des sozialdemokratischen Polizeisenators *Hense* vom 14. März teilte mit, daß zur Verstärkung der Sicherheitspolizei Sonderabteilungen gebildet werden, die sich aus Freiwilligen der Einwohnerwehr und aus Mitgliedern der Demokratischen, Sozialdemokratischen und Unabhängigen Partei zusammensetzten. Der Garnisonälteste, Oberst Freiherr *von Wangenheim*, hatte sich für Kapp erklärt und entsprechende Verordnungen erlassen. Der zu seinem Nachfolger von der Ebert-Regierung bestimmte Kommandeur der Sicherheitspolizei, Oberst *Meyn*, hatte seinen Posten gleichfalls verlassen. Sein Nachfolger wurde Major *Danner* und der frühere Stadtkommandant *Lampl*. Die einrückenden Baltikumer mußten bald wieder abrücken, ohne daß es zu Zusammenstößen kam. Der Generalstreik wurde ohne besonderen Elan durchgeführt und sehr bald wieder abgebrochen. Die Kommunistische Partei hatte eben heftige innere Kämpfe und eine Spaltung hinter sich. Die Richtung *Wolffheim-Laufenberg* mit der Allgemeinen Arbeiter-Union hatte noch starken Einfluß auf die revolutionären Arbeiter. Sie veröffentlichten einen großen Aufruf: Generalstreik ist Generalunsinn. Die kleine Gruppe des Spartakus-Bundes entfaltete eine lebhafte Propaganda. Neben zahlreichen Flugblättern gab sie zwei Nummern der „Roten Fahne" heraus. In Altona kam es außer der Entwaffnung der reaktionären Truppen zu keiner nennenswerten Bewegung. Dasselbe trifft zu für das Landgebiet. Nur in *Harburg* kam es zu bewaffneten Zusammenstößen mit Baltikumern unter Führung des Hauptmanns *Berchthold*, der nach dem Siege der Arbeiter gelyncht wurde. Die Kosten für den dreitägigen Generalstreik in Harburg trugen die Unternehmer.

In *Bremen* traten nur die Eisenbahner in den Streik. Kurze Streiks waren in *Emden* und *Bremerhaven*. Ein Aktionsausschuß der drei sozialistischen Parteien in Bremen kam über ergebnislose Beratungen nicht hinaus. In *Wilhelmshaven* hatten sich alle Seeoffiziere auf seiten Kapps gestellt. Der Stationschef und Gouverneur, Konteradmiral *Zenker*, erließ bereits am 13. März einen entsprechenden Aufruf. Der Kappist *Zenker* diente noch lange Jahre in der Marine der Republik. Noskes Vertrauensmann, Admiral *von Trotha*, telegraphierte am 13. März an Zenker: „Ich habe mich mit der Marine der neuen Regierung zur Verfügung gestellt und erwarte, daß die Marine, wie bisher, geschlossen meinen Befehlen folgt. gez. v. Trotha." Am 16. März wurden die konterrevolutionären Marineoffiziere von Patrouillen in Haft gesetzt. In *Cuxhaven* und *Emden* spielten sich die Vorgänge ähnlich ab. In *Hannover*, wo anfänglich ein sozialdemokratischer Aktionsausschuß gebildet war, mußten auf Drängen der Arbeiter Unabhängige und Kommunisten aufgenommen werden. Eine große Kundgebung der Kommunisten und Unabhängigen forderte die Bewaffnung der Arbeiter. Die Vertreter der Demonstranten wurden im Generalkommando verhaftet. Am Waterlooplatz wurde Maschinengewehrfeuer auf die Demonstranten eröffnet. Die Menge

stürmte darauf das Gewerkschaftshaus, wo 2000 Gewehre lagerten. Als gegen Abend Truppen von Celle anrückten, kam es zu Kämpfen am Nicolaifriedhof, wo sich die Arbeiter verschanzt hatten. Elf Tote und etwa 60 Verwundete hatten die Arbeiter zu beklagen. Tags darauf wurde der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Am 19. März wurde der Streik beendet. Am Dienstag, 16. März, war ein kleines Zwischenspiel zu verzeichnen. Die *Welfen* hatten einen kleinen Separatistenputsch geplant, der aber in den Anfängen stecken blieb.

Die Bewegung im Süden und Südwesten Deutschlands

Die Vorgänge in Bayern sind von besonderem Interesse, weil sich hier die Konterrevolution während der Kapp-Tage durchsetzte, wie es im zentralen Aktionsplan der Putschisten vorgesehen war. Bis zum 13. März war in Bayern die sozialdemokratisch-demokratische Koalitionsregierung *Hoffmann* am Ruder. Folgende, der „Freiheit" entnommene Darstellung zeigt die von der Konterrevolution in Bayern angewandte Taktik, mit der sie sich in den Sattel setzte:

„General Moehl, der Befehlshaber der bayrischen Reichswehr, erschien am 13. März im Ministerrat und erklärte, er übernehme alle Garantien für das Militär. Mannschaften und Offiziere seien unbedingt zuverlässig. Die Zeitfreiwilligen seien zwar politisch nicht ganz rein, aber ihre Zahl sei zu gering, um auf den Gesamtkörper der Truppen maßgebenden Einfluß auszuüben. Am 14. März, früh 6 Uhr, trat der Ministerrat erneut zusammen. General Moehl war wiederum zur Stelle; diesmal begleitet von dem jetzigen Polizeipräsidenten *Pöhner* und dem Orgesch-Hauptmann *Escherich*. Beide Herren verlangten wegen der Stimmung der Truppen die sofortige Übertragung außerordentlicher Vollmachten im ganzen Lande an General *v. Moehl*. Auch der Führer der Zeitfreiwilligen, Obmann des Alldeutschen Schutz- und Trutzbundes und Hauptthetzer der deutschnationalen Studentenschaft, Herr *Hemmeter*, erschien in Uniform. Er machte den demokratischen Justizminister *Müller*, der zum Koalitionskabinett Hoffmann gehörte, aus persönlicher Freundschaft darauf aufmerksam, daß er sich unverzüglich entfernen müsse, denn in der nächsten Viertelstunde könnte für die Sicherheit des Ministerrats nicht mehr garantiert werden. Etwas später kam noch im offiziellen Auftrage der politischen Abteilung der Münchener Polizeidirektion ein Beamter und erklärte dem Ministerrat offiziös, daß die Polizeidirektion es ablehne, angesichts der Stimmung der Truppen dem Ministerrat Schutz zu garantieren. Die Regierung Hoffmann stand also unter dem Druck des konterrevolutionären Militärs. *Escherich* hatte inzwischen die Einwohnerwehr mobilisiert; auch diese war Gegner der verfassungsmäßigen Regierung. Hätte sich diese widersetzt, dann wäre sie gewaltsam hinweggefegt worden. Die Regierung scheute Blutvergießen und dankte deshalb, durch die Machtverhältnisse gezwungen, ab. Ein anderer Ausweg schien ihr nicht gangbar."

Mit dem Rücktritt der Hoffmann-Regierung begann die Ära *Kahr*, der am 16. März vom Bayrischen Landtag mit 92 von 134 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt wurde. General *von Moehl*, der Befehlshaber der Reichswehr, erkannte die Ebert-Regierung nicht an und ernannte sich zum „höchsten Befehlshaber der bayrischen Reichswehr bis zu einer gesetzmäßigen Ordnung der Reichsregierung". Die Arbeiterschaft in Bayern reagierte nur schwach auf den Staatsstreich der Putschisten. Die Nachwirkungen der Niederlage im Jahre 1919 waren noch zu tief, der Einfluß der Kommunistischen Partei schwach. Die Sozialdemokratie trieb ein hinterhältiges Doppelspiel. Während sie in einem Aufruf des Aktionsausschusses von München mit den Unabhängigen und Kommunisten zum Generalstreik aufrief, unterzeichnete sie mit allen bürgerlichen Parteien, dem Ministerium Hoffmann und dem General von Moehl einen Aufruf, in dem es heißt: „Zur Arbeitsniederlegung besteht in Bayern kein Anlaß." Am 16. März kam es zu einem Zusammenstoß der Arbeiter mit der Polizei, wobei einige Arbeiter verletzt wurden. Am 17. März wurde bereits der Abbruch des Generalstreiks bekanntgegeben. Aber am gleichen Tage sahen sich Sozialdemokraten und Unabhängige in *Nürnberg* genötigt, zur Verschärfung des Generalstreiks aufzurufen. In Nürnberg wurde an diesem Tage von Reichswehr in eine Arbeiterdemonstration geschossen. Das Nachrichtenblatt der Einwohnerwehren meldete 23 Tote und über 50 Schwerverletzte. Die erregten Massen forderten Waffen und versuchten, Polizeiwachen zu stürmen. Am folgenden Tag beschlossen SPD und USPD dennoch, den Generalstreik abzubrechen. Auch in *Fürth* kam es zu Unruhen. In *Hof* wurde die Einwohnerwehr entwaffnet und eine Volkswehr gebildet, die Bahnhof und Zeitungsdruckereien besetzte. Am Münsterberg in Richtung Bayreuth wurden gegen etwa anrückende Reichswehr Schützengräben ausgehoben. In der Umgebung von Hof

wurde vielerorts gleichfalls die Entwaffnung der Einwohnerwehren und die Bewaffnung der Arbeiter durchgeführt. In *Selb* stellten die Arbeiter 14 Kompanien mit je 150 Mann auf. — In *Württemberg* kam es während des Kapp-Putsches lediglich zu einem befristeten Generalstreik von 48 Stunden, der am Dienstag, dem 16. März, einsetzte und am Donnerstag bereits wieder beendet war. In 47 Betrieben des Stuttgarter Industriegebiets wurden Arbeiterräte gewählt. Die USPD trieb dabei ein elendes Doppelspiel. Ihr linker Flügel gab vor, für die Wahl von Arbeiterräten zu sein, und *Dißmann* sabotierte. Dißmann, der den überragenden Einfluß in der USPD hatte, spielte die Führung der Bewegung den Gewerkschaften in die Hände. Seinem Einfluß ist das Versanden der Aktion vor allen Dingen mit zuzuschreiben. Aus Württemberg wurde einer der ersten Truppentransporte gegen die Ruhrarbeiter gesandt.



Gruppenaufnahme der Spitzel des Reichswehr-Infanterie-Regiments 29

Auf dem Original befindet sich folgende Inschrift: „Zur Erinnerung an treu geleistete Aufklärungsdienste in der Zeit vom 13.—25. März 1920; gezeichnet: von Lesser, Hauptmann und Kompagnieführer."

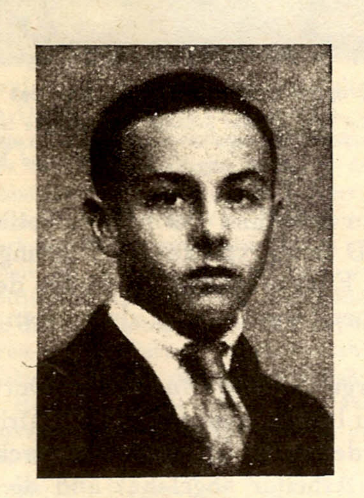
Eine kuriose Bewegung ergab sich in *Mannheim*. Dort forderten Kommunisten auf, der Streikparole nicht Folge zu leisten, sondern in die Betriebe zu gehen und Betriebsräte zu wählen. Am Mittwoch wurde das in 43 Betrieben durchgeführt. Nachdem die Unternehmer die Forderungen der Arbeiter abgelehnt und die Betriebe geschlossen hatten, gingen die Arbeiter trotzdem in die Betriebe und arbeiteten weiter. Die Angestellten und ein Teil der Arbeiter blieben den Betrieben fern. Die Arbeiter waren im Besitz der Betriebe, hatten aber keine politische Macht, um die nötigen Geldmittel zur Auszahlung der Löhne flüssig zu machen. Diese Aktion hatte stark syndikalistische Tendenzen. Sie brach sehr bald zusammen, nachdem Versuche, diese Bewegung auf Württemberg und Hessen auszudehnen, gescheitert waren. Auch in *Baden* war die Bewegung sehr schwach. Von einem Generalstreik war keine Rede. In *Hessen* wurde der Generalstreik in *Frankfurt, Offenbach, Hanau* und anderen Orten von den drei sozialistischen Parteien, teilweise unter sehr verwaschenen Parolen, durchgeführt. Lediglich in Hanau hatten die Kommunisten den überragenden Einfluß und führten den Streik mit aller Schärfe durch. Selbst Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung wurde eingestellt. Den Hanauer Arbeitern gelang es auch, Truppentransporte, die für das Ruhrgebiet bestimmt waren, aufzuhalten und zurückzuschicken.

Die Kämpfe in Thüringen

Thüringen war neben dem Ruhrgebiet das heißumstrittenste Gebiet. Aus den Revolutionskämpfen 1918-1919 hatte sich das Thüringer Proletariat noch tatsächliche Machtpositionen erhalten. Der Einfluß der Unabhängigen war ziemlich stark. Der Einfluß der Kommunisten wuchs stetig. Die Zentralisation der thüringischen Zwergstaaten war noch nicht durchgeführt. In *Gotha* dominierte noch eine Regierung der Unabhängigen. Unter dem Druck der revolutionären thüringischen Arbeiter hatten die Regierungen dieser

Zwergstaaten teilweise mit Erfolg den von den Berliner Zentralstellen der militärischen Konterrevolution mit Billigung Noskes seit Monaten betriebenen militärischen Vorbereitungen Hindernisse in den Weg gelegt. Das trifft besonders auf die hartnäckige Weigerung einiger Städte zu, Garnisonen aufzunehmen, und auf die Sabotage der Organisation von Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligenformationen durch verschiedene Behörden. In den Munitions- und Gewehrfabriken von *Suhl, Zella-Mehlis, Erfurt* und *Sömmerda* hatte die Arbeiterschaft reiche Waffenkammern zur Verfügung.

Am 13. März wurden durch die Reichswehrbefehlshaber in *Weimar, Gera* (Reuß) und *Gotha* die Regierungen für abgesetzt erklärt. Die Gothaer Regierung rief zum Generalstreik und zur Bildung von Verteidigungsausschüssen aus Vertretern der Arbeiter- und Betriebsräte auf. In einer weiteren Verordnung wurde zur Bildung von Volkswehren aufgefordert. Dem dafür eingesetzten Oberbefehlshaber unterstanden auch alle Polizeibehörden. Alle der Volkswehr nicht angehörenden Personen wurden zur Abgabe von Waffen und Munition verpflichtet. Der Abwehrstreik der Arbeiter gegen die Kappisten setzte in Gotha bereits am Sonnabend ein. Die Truppen waren unsicher. Aus den Beständen der Polizeifliegerabteilung wurden deshalb an die Arbeiter einige hundert Gewehre abgegeben. Arbeiter und Polizei besetzten gemeinsam Post, Rathaus, Bahnhof und Regierungsgebäude. In der Nacht stellten sich die Zeitfreiwilligen in der Kaserne. Am Sonntag früh drangen schwer bewaffnete Reichswehrtruppen von *Erfurt* in Gotha ein und besetzten Post, Bahnhof und Volkshaus und nahmen etwa 40 Verhaftungen vor. Ein Arbeiter wurde tödlich verletzt, ein anderer schwer verwundet. Die Landesregierung wurde durch Befehl des Majors *von Heims* aufgehoben, das Parlament aufgelöst. Flugzeuge warfen Flugblätter des Reichswehrkommandeurs von Weimar, Generalmajor *von Hagenberg*, ab, wonach die Weisungen „der jetzigen Reichsregierung befolgt werden" mußten. — Inzwischen hatten die Suhler Arbeiter durch Kampf die in *Suhl* stationierten Truppen zur Kapitulation gezwungen. Die Arbeiter in den Dörfern des Thüringer Waldes hatten sich bewaffnet und zu militärischen Formationen zusammengeschlossen. Am Mittwoch, dem 17. März, besetzten sie den Truppenübungsplatz *Ohrdruf*. Dort lagerten große Mengen Waffen und Munition, die so in den Besitz der Arbeitertruppen kamen. Ohrdruf wurde in der Folge der Hauptstützpunkt der Operationsbasis der kämpfenden Arbeiter. Für die dort stationierten Arbeiterwehren wurde ein eigenes Mitteilungsblatt herausgegeben. Von Ohrdruf erfolgte der Hauptangriff zur Entsetzung Gothas von Reichswehrtruppen. Nach schweren Kämpfen gelang es den Gothaer Arbeitern, mit Unterstützung von Arbeitern aus den Walddörfern, die Reichswehr aus Gotha zu werfen und zu zersprengen. Das „Mitteilungsblatt für die Republik Gotha" veröffentlichte am 22. März eine namentliche Verlustliste, wonach 46 Tote und 49 Verwundete auf seiten der Arbeiter zu verzeichnen waren. Die Dörfer des Thüringer Waldes, *Gotha* und *Ohrdruf* als vorgelagerte Hauptstützpunkte, waren die Hauptbasis des bewaffneten Widerstandes der Thüringer Arbeiter. Die Arbeiter aus den Walddörfern zogen in die Dörfer und entwaffneten die Einwohner- und Bauernwehren.



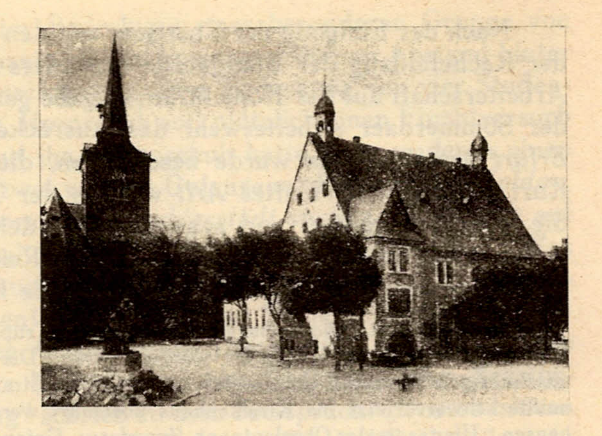
Albert Cramer

Jungarbeiter aus Gräfenroda, einer der Gefallenen bei den Kämpfen um Gotha.

In *Erfurt* waren sehr starke militärische Kräfte der Kappisten konzentriert. Es kam wiederholt zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Truppen. Der Generalstreik der Arbeiter wurde bereits am Sonnabend durchgeführt. Die Streikleitung setzte sich in der Hauptsache aus Unabhängigen und zwei Kommunisten zusammen. Die Erfurter Arbeiter waren durch Militär von jeder Verbindung mit auswärts abgesperrt. Versuche der in Gotha siegreichen Arbeiter, gegen Erfurt vorzugehen, scheiterten teils an dem Unver-

ständnis und der Sabotage der USPD der einzelnen Orte, teils an der Lage im Reich, wo die Bewegung bereits zurückflutete. Nur die Eisenbahner erklärten noch in der zweiten Streikwoche, bis zum vollen Sieg der Arbeiterklasse im Streik verharren zu wollen. Die Arbeiter *Geras* setzten mit dem Generalstreik am Montag, dem 15. März, ein. Der Militärbefehlshaber, Major Freiherr *von Coburg*, hatte die Regierung von Reuß abgesetzt und eine neue eingesetzt. Am Montag kam es zu Zusammenstößen zwischen Militär und Zeitfreiwilligen einerseits und den Arbeitern anderseits. Nachmittags wurden das Rathaus und etwas später die Gebäude der Landesregierung von der Arbeiterschaft gestürmt, die Besatzung gefangen und entwaffnet. Später wurden anrückende Verstärkungen nach heftigem Kampf entwaffnet und die Kaserne gestürmt. Die alte Regierung übernahm wieder die Geschäfte. Die Arbeiter hatten 13, die Gegenseite nur 3 Tote, wovon der eine, ein Hauptmann, Selbstmord begangen hatte. Zwei von 35 Verwundeten starben an ihren Verletzungen. Auch die *Greizer* Arbeiterschaft hatte kleine Gefechte mit Reichswehrtruppen zu bestehen, die von Plauen her anmarschierten. In *Weimar* hatte sich die Reichswehr für Kapp entschieden. Truppen sprengten die Arbeiterversammlungen. Die Arbeiter waren zu schwach, um die Reichswehr zu entwaffnen. Jenaer Arbeiter, die sich durch Entwaffnung der Bauern Waffen verschafften, kamen ihren Weimarer Genossen zu Hilfe, doch war die Reichswehr inzwischen abgezogen.

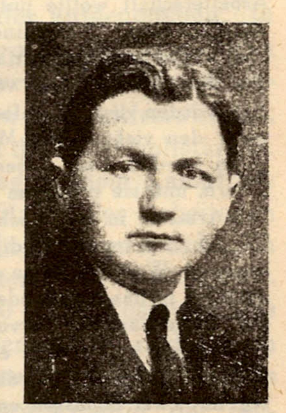
Die Arbeiterschaft von *Sömmerda*, 25 km nördlich von Erfurt, Waffen- und Munitionsfabrikstadt, hatte in allen revolutionären Kämpfen seit 1918 ihren Mann gestanden. Am 13. März traten die Sömmerdaer Arbeiter sofort in den Generalstreik. Umgeben von Orten mit gutbewaffneten Einwohnerwehren, die gegen Sömmerda vorzugehen planten, wurde am 18. März die Bewaffnung der Arbeiter durchgeführt. Durch den Aktionsausschuß wurden zunächst die Bürger von Sömmerda entwaffnet. Danach zogen die Arbeiter von Dorf zu Dorf und führten die Entwaffnung der Bürger- und Einwohnerwehren durch. In wenigen Tagen hatten die Arbeiter über 2000 Gewehre, Maschinengewehre, Handgranaten und Munition in großen Mengen beschlagnahmt. Eine Arbeiterwehr wurde gebildet.

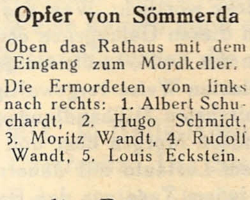












Opfer von Sömmerda

Oben das Rathaus mit dem Eingang zum Mordkeller. Die Ermordeten von links nach rechts: 1. Albert Schuchardt, 2. Hugo Schmidt, 3. Moritz Wandt, 4. Rudolf Wandt, 5. Louis Eckstein.



Nach der Einigung der Ebertiner mit den Kappisten, nach dem 17. März, richtete sich der Rachefeldzug der Bourgeoisie besonders gegen die Orte und Gegenden, wo sich die Arbeiterschaft auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hatte. Am 24. März wurde der Leitung der Sömmerdaer Arbeiterwehr das Ausrücken von Reichswehr und Zeitfreiwilligen aus *Erfurt* gemeldet. Es wurde beschlossen, die Truppen nicht anzugreifen. Der Tierarzt Kurt *Neubert* und Walter *Arlt* wurden der Truppe als Unterhändler entgegengeschickt. Sie wurden verhaftet und schwer mißhandelt, obwohl sie als Parlamentäre erkenntlich waren. Die Truppen unter Führung des Reichswehrmajors von *Hünecke* hatten bereits unterwegs ihr Mordhandwerk ausgeübt. Die Frau eines der Gemordeten schrieb darüber:

„Vor dem Ort *Schallenburg* begegneten der Truppe zwei Männer, die den Soldaten von einem Landwirt als Spartakisten denunziert worden waren. Die Soldaten schlugen nun mit Gewehrkolben auf die unschuldigen Menschen ein, so daß ein Mann im Straßengraben sein Leben bald aushauchte. Der andere mußte schwerverletzt ins Krankenhaus überführt werden. Die Truppe marschierte weiter nach Tungenhausen. Hier sagte der Oberleutnant *Hagedorn:* ‚Gefangene werden nicht gemacht.' Eine Gruppe Arbeiter, die sich zur Arbeit aufs Feld begeben wollten oder von dort zurückkamen, wurde wie das Vieh unter schweren Mißhandlungen in das Dorf getrieben. Hagedorn sagte: Die werden erschossen!' Als sich eine Gruppe Soldaten weigerte, zu schießen, sagte Hagedorn: ‚Wer meinem Befehl nicht gehorcht, wird von meiner Hand niedergestreckt.' Am Straßengraben, am Eingang des Dorfes, wurden die Leute erschossen. Der Vater *Schönfeld* bat auf den Knien um sein Leben, damit er sich um die Kinder seiner beiden eben erschossenen Söhne kümmern könne. Auch er wurde niedergeschossen. Im Dorfe wurde den Mordbuben ein Mann auf der Straße als Spartakist denunziert. Er wurde an der Friedhofsmauer erschossen. Ebenso erging es einem vorbeifahrenden Radfahrer . . ."

Über die Einnahme von *Sömmerda* und die bestialischen Morde unter der Bevölkerung berichtet ein Augenzeuge:

„Die Mörder hatten schon Blut gerochen, als sie auf Sömmerda anmarschierten. Sie ermordeten rücklings auch den Unterhändler der Sömmerdaer Arbeiterschaft, den Tierarzt Kurt *Neubert.* Um 8 Uhr früh gingen sie, ohne sich in Unterhandlungen eingelassen zu haben, zum Angriff auf die Stadt Sömmerda über. Geschützdonner zerriß die Luft. Die Maschinengewehre ratterten. Salve auf Salve schlug in den Straßen der Stadt ein. Flieger überkreisten die Stadt. Und alles ohne Grund und Ursache, denn die Arbeiterschaft wollte unterhandeln, sie hatte auf Beschluß der Funktionäre die Waffen gestreckt. Die Truppen konnten ungehindert in die Stadt einziehen, ohne daß ein Schuß aus derselben gefallen war. Aber nun folgten erst die bestialischsten und viehischsten Taten. Jeder Mensch, der nur im Verdacht stand, ein Sozialist zu sein, wurde verhaftet und viehisch mißhandelt. Gamaschen, Uhren, Geld und Wertsachen jeder Art wurden den Verhafteten abgenommen, vom Leibe gerissen oder aus den Taschen gestohlen, immer unter den viehischsten Mißhandlungen. Nicht einem Bürger von Sömmerda war bisher etwas zu Leide getan worden, aber dieses feige Gesindel denunzierte und suchte jetzt alle Arbeiter den Truppen auszuliefern, und sie erfreuten sich an den Qualen, denen die Verhafteten ausgesetzt wurden. So wurden über 200 Arbeiter in der Nacht vom 24. zum 25. März in den Rathauskeller eingesperrt. Mit hocherhobenen Händen und unter ständigen Mißhandlungen mußten sie mit dem Gesicht gegen die Wand stehend verbringen. Wer die Arme sinken ließ oder sich an die Wand anzulehnen versuchte, wurde mit Kolbenschlägen in das Kreuz oder in die Beine traktiert. Nach Mitternacht wurde Albert *Schuchardt* von einigen der Noske-Banditen hervorgerufen. Ein Offizier fragte ihn, ob er den Major Hünecke, das war der Leiter der Aktion, kenne. Als er dies bejahte, wurde er weiter nach vorn gezogen, und mit Gewehrkolben schlugen einige der Mordbuben erbarmungslos auf ihn ein, um ihn dann noch, als er regungslos am Boden lag, mit zwei Schüssen endgültig zu meucheln. Kurz nach der Verübung dieses Meuchelmordes kam der Gutsbesitzer Otto *Fricke* in den Rathauskeller und fragte nach Hugo *Schmidt.* Als dieser von dem Posten vorgerufen wurde, sagte Fricke wörtlich: ‚Was, das Schwein lebt noch? Schlagt ihn tot!' Und so hat denn die blutdürstige Meute auch diesen Gefangenen erschlagen. Am Nachmittag des 24. März wurde die Frau des erschossenen Neubert in der Zelle, in die sie gebracht worden war, von mehreren der Angehörigen der Zeitfreiwilligen in der gemeinsten Weise vergewaltigt. Sie mußte in der Nacht, wie die übrigen Gefangenen, die bestialischsten und viehischsten Mißhandlungen über sich ergehen lassen, so daß sie, wie die meisten anderen Gefangenen, am andern Morgen über und über blutbesudelt war. In diesem Zustand wurden die Gefangenen stehend in einem Lastauto mit dauernd hochgehobenen Händen nach Erfurt gebracht. Acht brave Genossen wurden an jenem Tage von den Henkersknechten Noskes gemeuchelt."

Im nordwestlichen Teil des Thüringer Waldes führte eine Zeitfreiwilligenformation von Marburger Studenten, unter Führung des Fregattenkapitäns von *Selchow,* die Racheaktion gegen die Arbeiter durch. In Bad *Thal* wurden fünfzehn Arbeiter auf Grund von Denunziationen von den Zeitfreiwilligen verhaftet. Fünf davon waren Mitglieder der Demokratischen Partei. Am 25. März, morgens 7 Uhr, trat das Bataillon den Vormarsch

auf Gotha an. Die Verhafteten wurden unter Bedeckung einer besonderen Gruppe von Studenten unter Führung des früheren Leutnants *Goebel* in einem größeren Abstand hinter der Truppe hergeführt. Der Gefangene *Hornschuh* war unter Bedeckung von vier Studenten von den übrigen Gefangenen abgesondert. Hornschuh soll plötzlich einen Fluchtversuch gemacht haben. Fünf Studenten schossen auf ihn. Hornschuh hatte unter anderen einen Brustschuß von vorn. Bald darauf wurden zwei weitere Gefangene, *Füldner* und *Soldau*, unter den gleichen Begleitumständen erschossen. In *Mechterstädt* stießen die Mörder auf einen anderen Gefangenentransport. Goebel sagte zu den Begleitmannschaften: „Was habt ihr denn da für Leute? Die werden auch nicht mehr bis zur nächsten Ecke mitkommen." „Unsere Anatomie braucht Leichen!" rief ein anderer Student. Hinter Mechterstädt wurden die übrigen Gefangenen des Goebelschen Transportes erschossen. Die Mörderstudenten wurden im Juli 1920 vom Kriegsgericht, im Dezember vom Schwurgericht freigesprochen. Die „Deutsche Zeitung" schrieb zu dem Freispruch: „Unsere braven Jungens sind freigesprochen worden. Es gibt eben noch Richter in Deutschland . . ."

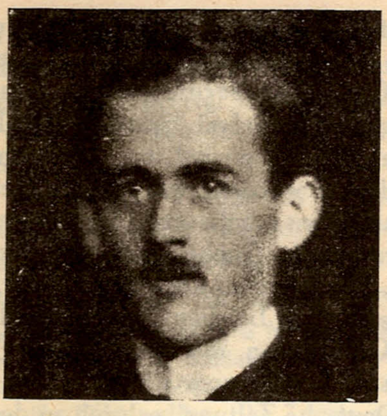
Die Kämpfe in Mitteldeutschland

Die drei sozialistischen Parteien *Magdeburgs* bildeten einen gemeinsamen Aktionsausschuß. Der Reichswehrkommandeur, General von *Griddeck*, erklärte sich nach anfänglichem Lavieren für Kapp. Die Stadtverordneten beschlossen, die Einwohnerwehr durch Einbeziehung der Arbeiter auf 15 000 Mann zu verstärken. Als der General eine für Sonntag einberufene Demonstration durch die Besetzung des Domplatzes mit Maschinengewehren verhindert hatte, forderten die Arbeiter stürmisch Waffen. Die Fußartillerie-Kaserne wurde von den Arbeitern eingenommen. Diese Truppe stand nicht zu Kapp. Zugleich rückte die Sicherheitswehr gegen die Zeitfreiwilligen vor und entwaffnete sie. SPD und USPD sabotierten die Bewaffnung der Arbeiter. In Magdeburg wurde der Generalstreik durch Beschluß des Vollzugsrats mit 6 zu 6 Stimmen am Donnerstag, dem 18., für beendet erklärt. Am Montag war die Arbeit restlos wieder aufgenommen. In *Burg* wurden die Offiziere in Schutzhaft genommen. Die Stadtverordneten bewilligten 50 000 Mark für den Aktionsausschuß und für die durch Arbeiter verstärkte Einwohnerwehr. In *Neuhaldensleben* kam es zu Schießereien zwischen Arbeitern und Zeitfreiwilligen, wobei letztere Verluste hatten. Die *Staßfurter* Arbeiter beherrschten die Stadt vollständig. Die einrückenden Truppen aus Magdeburg streckten nach vorausgegangenem Kampf die Waffen. Bewaffnete Trupps Staßfurter Arbeiter zogen zur Unterstützung der Arbeiter in Halle aus, wurden aber vor Halle von Reichswehr zurückgeworfen. In *Aschersleben* hatten die Arbeiter gleichfalls bewaffnete Formationen gebildet. Sie rückten nach *Quedlinburg*. Dort kam es zu heftigen Kämpfen, die nach einem Bericht etwa 100 Opfer kosteten. Die Landarbeiter hatten vielerorts den Gutsbesitzern die Waffen abgenommen und waren Herren der Lage. In *Bitterfeld* beherrschten die konterrevolutionären Truppen anfänglich die Stadt. Die Arbeiterschaft war unbewaffnet. Die gut bewaffneten Arbeiter der umliegenden Orte bereiteten den Truppen bei Bitterfeld eine Niederlage. Die Reichswehr räumte darauf Bitterfeld fluchtartig. Auf diese Weise kamen auch die Bitterfelder Arbeiter noch in den Besitz von viel Waffen. Auch in *Hettstädt* waren die Arbeiter mit Hilfe ihres alten Arbeiterrats gut bewaffnet worden.

Zu schweren Kämpfen kam es in und bei *Halle*. In Halle lagen Teile des „Freiwilligen Landesjägerkorps" unter Führung des Oberst *Czetteritz*. Die Stadt wimmelte außerdem von Zeitfreiwilligen. Ihnen fielen schon während der ersten Streiktage harmlose Passanten zum Opfer. Am Donnerstag, dem 18. März, wurde in zehn großen Versammlungen der Sieg über Lüttwitz gefeiert. Es wurde eine Militärkommission gebildet und die Bildung einer Einwohnerwehr beschlossen. Die Zeitfreiwilligen behaupteten jedoch ihre Positionen. Die Offiziere weigerten sich, das Militär zurückzuziehen. Am Nachmittag versuchten die Truppen die Einreihung von Arbeitern in die Einwohnerwehr im Volkspark gewaltsam zu



Rettig



Heinecke



Zschammer

Tapfere jugendliche Arbeiter, gefallen in den schweren Kämpfen um Halle

verhindern. Über den weiteren Verlauf berichtet das „Mitteilungsblatt" aus Halle vom 26. März 1920:

„Sobald erst die Gewehre losgegangen waren, vollzogen sich die Ereignisse mit der ihnen innewohnenden Konsequenz. Die Arbeiterschaft bemächtigte sich in allen Orten um Halle der Waffen und zog einen Ring um die Stadt, der nach und nach sich zu einer richtigen Frontlinie entwickelte. Die Linie hatte in *Ammendorf* einen Hauptstützpunkt, zog sich dann über *Beesen, Wörmlitz*, durch die *Südstadt* bis an den *Hallmarkt*. Der *Hettstädter* Bahnhof war ebenfalls in den Händen der Freischaren. Am Sonnabend marschierten dann verschiedene Trupps von Norden her gegen die Stadt und besetzten *Trotha*. Am Sonnabendabend war auch hier die Front hergestellt, die sich vom Klausberg über den Krähen- und Galgenberg bis zum Flugplatz zog. Die Kräfte der Arbeiter sind schwer abschätzbar. Ihre Aktion litt sehr unter dem Mangel an Munition und schweren Waffen. Das Militär wäre verloren gewesen, wenn am Sonntagmorgen in Trotha und Ammendorf Artillerie der Arbeiterschaft zur Verfügung gestanden hätte. Aber trotz dieses Mangels hielten sich die Freischaren sehr tapfer, in dem Bewußtsein, für eine gerechte Sache zu kämpfen Die Soldaten wagten auch nicht, einen direkten Sturmangriff auf die Stellungen der Arbeiter zu machen, sondern schickten Panzerautos hinaus, gegen welche mit Infanteriewaffen nichts auszurichten war. So kam es, daß Trotha am Sonntagabend verloren ging, da zwei Panzerautos die Front durchbrachen, und dann durch ihre Besatzung von den Flanken her den Ort besetzen ließen. Um so heftiger wurde noch am Montag an den anderen Fronten gekämpft, zu denen inzwischen auch die Stellung hinter Kröllwitz sich gesellt hatte. Erst das Abkommen am Dienstag vermochte die tapferen Verteidiger dieser Stellungen, sich unbesiegt zurückzuziehen."

Von *Hettstädt* und *Merseburg*, vom *Leunawerk* und von *Leipzig* eilten bewaffnete Arbeiter zur Unterstützung der Hallenser Arbeiter heran. Ein Mitkämpfer gibt folgende Darstellung des heroischen Kampfes der Arbeiter:

„Die Einschließung der Stadt Halle mit ihrer Kapp-Rebellen-Reichswehrbesetzung durch die bewaffneten Arbeiter aus der Umgegend war mit überraschender Schnelligkeit vollzogen worden. Aber es waren doch noch Lücken offen geblieben, durch die die Weißen Verstärkungen erhielten. Am 20. März fühlten sie sich so stark, daß sie trotz der Abmachungen zwischen den Führungen auf Waffenstillstand zum Angriff auf die Stellungen der Arbeiterschaft übergingen. Ammendorf fiel, bei Gimritz mußte die rote Front zurückgenommen werden, was in vollkommener Ordnung gelang. Nun wollten die Weißen zum Schlage ausholen gegen die nördliche Front, die sich vom Flugplatz über den Galgenberg und Trotha nach Kröllwitz erstreckte. Die Lage war schwierig, denn die Konzentrierung aller roten Truppen an der Nordfront war nicht so schnell durchzuführen. Zudem drängten die Weißen ständig mit starken Panzerwagen-Kommandos auf den Straßen vorwärts. Ihre gesamten Kräfte, mindestens zwei Regimenter stark, waren in Sturmbereitschaft, währenddem schwere Minenwerfer und Haubitzen die Arbeiterstellungen am Galgenberg mit einem Hagel von Geschossen überschütteten. Es gab viele Tote, sehr schwere Verwundungen. Aber die jungen Kämpfer aus dem nördlichen Saalkreis und Anhalt hielten sich mit Zähigkeit in ihren Löchern, die sie während des Feuers mit dürftigem Gerät in das harte Gestein des Galgenberges getrieben hatten. Keiner von ihnen wankte. Sank einer getroffen um, sprang ein anderer in die Bresche.

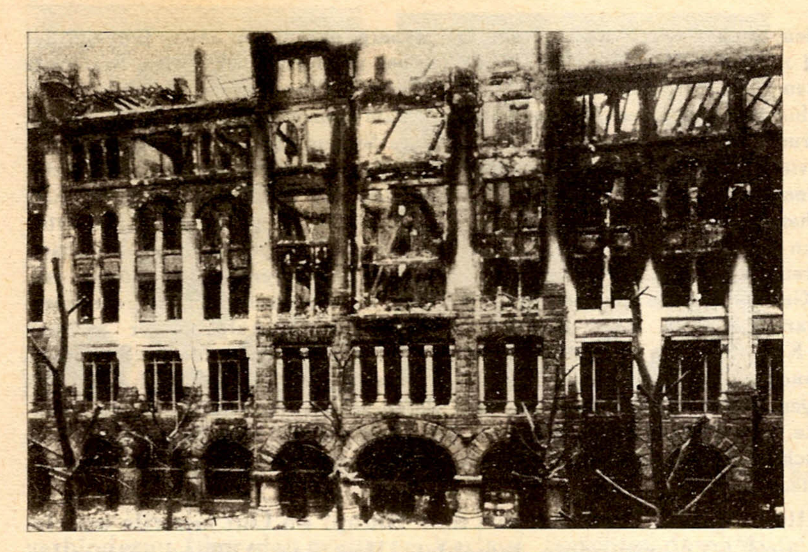
Eiserne Pflichterfüllung übten sie, dem Tode trotzend. Wußten sie doch, was auf dem Spiele stand mit ihrer Stellung. Wußten sie doch, weshalb die Kampfleitung den Befehl gegeben hatte zur Verteidigung des Berges bis zum äußersten. Ein großer Teil der proletarischen Kämpfer bewegte sich aus den geräumten Oststellungen in nördlicher Richtung von Halle fort. In der Nordstellung standen auch noch mindestens

zweitausend Arbeiter. Gelang den Weißen der Sturm auf den Galgenberg, ehe diesen roten Truppen der Abzug in genügende Entfernung nordwärts oder über die Saale hinweg nach Kröllwitz-Lettin-Brachwitz gesichert war — vielen Hunderten hätte der weiße Tod oder bestialische Mißhandlung in Gefangenschaft gedroht. ‚Der Galgenberg muß bis zum äußersten gehalten werden!' kam erneut das Kommando, gerade, als die Weißen ihr Feuer wiederum zu steigern begannen. ‚Die vordere Stellung ist zu schwach', ging die Meldung zurück, ‚wir hatten zu viele Verluste durch Minenwerfer.' Ein jugendlicher Gruppenführer hört's. ‚Nein, Genosse, nur das nicht. Noch sind wir da, noch können wir schießen. Ich werde mit meinen zwanzig Mann in die vorderste Linie gehen. Munition ist knapp, aber wir müssen den Berg halten, bis die alten Genossen und die Verwundeten in Sicherheit sind.' Und schon begibt sich die Gruppe auf die Höhe hinauf, nicht achtend auf den furchtbaren Kugelregen. Angekommen, finden sie völlig verschüttete Löcher vor. Graben sich neu ein, legen das Gewehr auf die Erdkante und schießen, schießen, schießen. Bis die letzte Patrone weg ist. Und weiter harren sie aus, denn noch war kein Befehl zur Aufgabe der Stellung gekommen. Bis schließlich die Kapp-Rebellen stürmend vorstoßen und die in den vorderen Stellungen allesamt niedermachen. Bis Handgranaten und Gewehrkolben Unversehrte, Verwundete und Tote zerfetzen ... Von den zwanzig jungen Helden blieben zehn tot, acht waren schwer verwundet. Junge Handwerker, Fabrikarbeiter, Bergleute, Bauernsöhne aus Dörfern an der Saale und um den Petersberg herum waren es. Jugendfreunde, die auch im Kampf wider die Reaktion wie Pech und Schwefel zusammenhielten, bis sie der Tod des Helden ereilte."

In dem erwähnten „Mitteilungsblatt" wurden aus dem Kampf im Gut Gimritz und im Glauchaer Viertel 20 Tote und 50 Verwundete gemeldet. Von den Außendienststellen wurden bis zum 26. März innerhalb des Stadtgebietes 86 Tote sowie 134 Verletzte festgestellt. Von Halle wurde auch ein Panzerzug gegen die Eislebener Arbeiterschaft entsandt. Es kam am 16. März am Bahnhof Eisleben zu einem etwa zehnstündigen Kampfe, der unentschieden verlief. In *Zeitz* hatten die Arbeiter die Truppen entwaffnet und verstärkten ihre Bewaffnung durch Entwaffnungsaktionen auf den Dörfern. Auch in *Borna* waren die Arbeiter bewaffnet. Aber immer wieder mußte festgestellt werden, daß die USPD-Vertreter eine Zentralisierung der bewaffneten Arbeiterkräfte und der militärischen Aktionen, oft aus purer Kirchturmspolitik heraus, zu vereiteln wußten. Bei den Sozialdemokraten war sowieso kein Entgegenkommen zu erwarten. Die politischen Arbeiterräte, zentralisiert, hätten auch den militärischen Kräften politischen Kurs und zentrale Führung geben können. So wurden kostbare revolutionäre Energien verzettelt, und die Arbeiter mußten unerhörte Opfer bringen.

Die Kämpfe in Sachsen

In Verhandlungen, die die USPD in *Leipzig* als stärkste der drei sozialistischen Parteien eingeleitet hatte, wurde eine fünfgliedrige Kommission zur Leitung des Generalstreiks gebildet. Die kommunistischen Forderungen: Entwaffnung der Zeitfreiwilligen, Bewaffnung des Proletariats, Wahl eines Arbeiterrats, Freilassung der politischen Gefangenen, wurden bis auf die Wahl von Arbeiterräten sanktioniert. Die Kommunisten lehnten aber die Unterzeichnung des gemeinsamen Aufrufes ab. In der Stadt waren neben den Reichswehrtruppen unter dem Generalmajor *Senfft von Pilsach* große Massen von Zeitfreiwilligen untergebracht. Am Sonntag demonstrierten die Arbeiter und beschlossen den Generalstreik. Auf dem Augustusplatz feuerten die Zeitfreiwilligen mit Maschinengewehren, die sie auf Dächern postiert hatten, und mit Handgranaten auf die Demonstranten. 22 Tote und zahlreiche Verwundete blieben auf dem Platze. Von dieser Stunde dauerten die Kämpfe in den Straßen Leipzigs die nächsten Tage an. Das Innere der Stadt war von Zeitfreiwilligen und Truppen besetzt. Von den Außenbezirken her führten etwa 600 bis 700 schlecht bewaffnete Arbeiter ihren Kampf. Auch hier verhinderte die USP eine einheitliche militärische Kampfleitung. Als der Kampf auf dem Höhepunkt war, leitete der sozialdemokratische Minister *Schwarz* am 17. Waffenstillstandsverhandlungen ein, an denen auch *Lipinski* (USPD) teilnahm. Reichswehr und Zeitfreiwillige hatten alle Vorteile, die Arbeiter nur leere Versprechungen. Am 18. forderten USP, SPD und Gewerkschaften auf, die Bedingungen anzuerkennen und den Generalstreik einzustellen. Am 19. stimmten neunzehn Versammlungen für diese Bedingungen, zehn dagegen. Inzwischen verhängte die sächsische Regierung den Ausnahmezustand über Leipzig. Damit ging die



Das Volkshaus in Leipzig nach dem Brand

vollziehende Gewalt auf *Senfft v. Pilsach* über, der erklärte, daß er sich durch das Verhalten der über den faulen Frieden empörten Arbeiter nicht mehr an den Vertrag gebunden fühle. Er stellte Bedingungen, die die Forderungen der restlosen Kapitulation der Arbeiter und Waffen- und Gefangenenauslieferung enthielten. Die Gewerkschaften und die zwei sozialdemokratischen Parteien forderten die Arbeiter auf, sich am 19. von den Truppen zu lösen und die Arbeit aufzunehmen. Während die Opfer des Kapp-Putsches beigesetzt wurden, rückten die Truppen gegen das Volkshaus vor. Ein Arbeiter schreibt darüber:

„Am Freitag, dem 19., fand der Hauptkampf statt, der zugleich der Endkampf war. Lipinski versuchte mit allen Mitteln, sein Verhandlungsergebnis zu realisieren, das von den Arbeitern die Waffenablieferung verlangte, die Zeitfreiwilligen aber sollten in die Orte der Umgebung Leipzigs gelegt werden. Während dieser Zeit wurde klar, daß die Reichswehr einen Angriff plante. Der Angriff konnte nur aut das Volkshaus geschehen, da die Reichswehr glaubte, hier sei das Hauptquartier der Arbeiter, was in Wirklichkeit nicht der Fall war. Wir stellten uns also auf einen Angriff ein, bauten kurz vor dem Angriff Barrikaden in der Harkortstraße und Münzgasse, die so unvollkommen waren, daß wir sie nicht benutzen konnten. Während des Baues setzte plötzlich ein wütendes Schießen aus allen Ecken und Enden ein. Die Reichswehr war bereits den Peterssteinweg heruntergekommen und eröffnete an dem unteren Ende der Münzgasse sofort ein rasendes Feuer nach dem Floßplatz, der von uns besetzt war. Unsere Genossen kamen, von Baum zu Baum Deckung nehmend, vor, um die Barrikaden in der Münzgasse und Hartkortstraße zu verteidigen. Von hier gelang es, einen ganzen Teil der Bedienungsmannschaften der Minenwerfer und Geschütze abzuschießen, da diese weiter keine Deckung hatten als ihre Panzerplatten, bis eine Granate kurz vor unserer Barrikade einschlug und sie zum Teil zertrümmerte. In der Zeitzer Straße hielten ganze sechs Mann in heldenhafter Weise die unter fortwährendem Maschinengewehrfeuer anrückende Reichswehr mindestens eine Stunde lang in Schach. Die Reichswehr drang dann hier durch, stürzte sich in das Volkshaus, raubte, plünderte und steckte es in Brand. Dann zogen sich diese Helden wieder zurück hinter ihre Stacheldrähte. Und obwohl die Schießereien bis in die Nacht fortdauerten, galt der Kampf als beendet."

Die Arbeiter hatten während der Kapp-Tage weit über hundert Tote und Verwundete. Im Gegensatz zu Leipzig, wo die USP-Führer durch ihre Verhandlungs- und Zauderpolitik die für die Arbeiterschaft günstigsten Momente ungenützt verstreichen ließen, beherrschten in *Chemnitz* die Arbeiter unter dem Einfluß der KPD von den ersten Stunden des Kapp-Putsches an völlig die Situation. Im Chemnitzer Bezirk hatte die KPD ihren stärksten organisatorischen Stützpunkt. Auch an politischer Reife stand dieser Bezirk in erster Reihe. Der Einfluß der USPD war gering. Die SPD konnte sich nur durch scheinradikales Auftreten Einfluß sichern. Über die Vorgänge vom 13. bis 15. März in Chemnitz meldete das Wolff-Büro:

„Die Arbeiterschaft herrscht in Chemnitz. Am Sonnabend hat sich ein vorläufiges Aktionskomitee gebildet, aus je drei Vertretern der Sozialdemokraten, der Unabhängigen und Kommunisten. Das Aktionskomitee hat sofort das Zeitfreiwilligenbataillon entwaffnet, die bürgerlichen Elemente aus der Einwohnerwehr entfernt, die Hauswehren entwaffnet und 3000 revolutionäre Arbeiter bewaffnet. Die Post, die Eisenbahn, das Rathaus sind von der Arbeiterwehr besetzt. Ernsthafte Versuche, Widerstand zu leisten, sind nicht vorgekommen. Versuche einzelner alter Machthaber, gegen den neuen Zustand zu operieren, sind gebrochen worden. Die bürgerlichen Zeitungen sind verboten, den Demokraten, die die Erklärung abgaben, sich mit der Herrschaft des Arbeiterrates abzufinden, ist die Herausgabe eines Mitteilungsblattes gestattet worden. Am Sonntag fand eine bewaffnete Demonstration statt. *Fellisch, Dr. Schwarz* von den

Sozialdemokraten, *Heckert, Brandler* von den Kommunisten, *Kuhn* von den Unabhängigen hielten Ansprachen. In den umliegenden Städten *Hohenstein-Ernsttal, Limbach, Stollberg* hat die Arbeiterschaft ebenfalls die Macht in den Händen. Die *Ölsnitz-Lugauer* Bergbezirke haben geschlossen den Generalstreik durchgeführt. Am Montag sammeln sich die Arbeiter in den Betrieben und nehmen die Wahl eines neuen Arbeiterrates vor. Das provisorische Aktionskomitee legt seine Mandate nieder, und um 3 Uhr treten die gewählten Betriebsräte zur Wahl eines Einundzwanziger-Ausschusses zusammen, der auf Grund der Verhältniswahl gebildet und dem alle politische und wirtschaftliche Macht im Industriebezirk übertragen wird."

Der von rund 78 000 Arbeitern und Arbeiterinnen am 15. März gewählte Arbeiterrat trat nachmittags zusammen und wählte geheim, nach Listen, einen Aktionsausschuß, in dem die KPD mit 10, die SPD mit 9, die USPD und die Demokraten mit je einem Mitglied vertreten waren. Zu Präsidenten wurden *Brandler* (KPD), *Friedel* (SPD) und *Buchhardt* (USPD) gewählt. Die Arbeit wurde aufgeteilt in Streikleitung, militärische Leitung, Wirtschaftsabteilung mit einem Sachverständigen, Verkehrsabteilung, Lebensmittelkontrolle, Polizeikontrolle. Von der zum 18. März einberufenen Landeskonferenz der Arbeiterräte, an der auch Delegierte aus den bayrischen und thüringischen Grenzgebieten teilnahmen, wurde gegen zwei Stimmen beschlossen:

„Entwaffnung und Auflösung der Reichswehr, der Sicherheitswehr und der Zeitfreiwilligen, Bildung von Arbeiterwehren unter Kontrolle der Arbeiterräte. Bildung von revolutionären Betriebs- und Arbeiterräten. Einberufung eines Zentralrätekongresses. Aufrichtung revolutionärer Gerichtshöfe zur Verurteilung der Kapp-Lüttwitz-Putschisten. Entlassung aller politischen Gefangenen aus den deutschen Gefängnissen. Bezahlung der Generalstreiktage und Anwendung von Pressionsmitteln auf solche Unternehmer, die die Streiktage nicht bezahlen wollen. Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands werden aufgefordert, sich diesen Forderungen anzuschließen. Der sächsischen Regierung werden diese Forderungen durch eine Deputation unterbreitet."



Max Hoelz

Am Freitag, 19. März, wurde die Arbeit aufgenommen. Die Lohnzahlung machte Schwierigkeiten. Der Vollzugsrat hatte während des Streiks die Banken schließen lassen, um den Geldabfluß abzuwehren und die Lohnzahlungen sicherzustellen. Nach Wiedereröffnung der Banken mußte der Vollzugsrat den Bankverkehr regeln. Es durften nur Lohngelder ausgezahlt werden. Jeder Unternehmer, der von der Bank Lohngeld brauchte, mußte sich die Höhe des Betrages von drei, in Kleinbetrieben von einem Betriebsrat gegenzeichnen lassen. In Betrieben, die sich weigerten, die Streiktage zu bezahlen (so bei *Reinecker)*, wurde weitergestreikt. Der Vollzugsrat beschloß, daß die Arbeiter am Montag den Betrieb gegen den Willen der Firmeninhaber aufzunehmen hätten. Als das nicht wirkte, drohte der Vollzugsrat mit Beschlagnahme des Bankguthabens der Firma und Abdruck ihrer Geheimbücher im „Kämpfer". Das half. Die Firma bezahlte die Streiktage und zwei Aussperrungstage. Am 22. März tagte eine zweite Landeskonferenz der Arbeiterräte, die sich im wesentlichen hinter die alten Forderungen stellte. Zusammenstöße mit der Konterrevolution gab es in *Plauen* und *Auerbach* im Vogtland und in *Borna* in Sachsen.

Im *Erzgebirge* und *Vogtland* hatten die Arbeiter fast durchweg die Bürger- und Bauernwehren entwaffnet und Aktionsausschüsse gebildet, die nach einigen Tagen nach den Richtlinien des Rätekongresses durch gewählte Arbeiterräte ersetzt wurden. Im *Vogtland* waren die Verhältnisse von denen im übrigen Bezirk verschieden. In *Falkenstein* und dessen weiterer Umgebung drückte *Max Hoelz* mit einer Schar Getreuer der Bewegung den Charakter auf. Durch die Revolution kam *Max Hoelz* mit der modernen Arbeiterbewegung in Berührung. Als Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates, umgeben von einer

Schar entschlossener Anhänger, begann er für die Interessen der verelendeten und ausgepowerten Gebirgsbevölkerung auf seine Weise zu kämpfen. Er beschlagnahmte Lebensmittel, bezahlte für das Requirierte die Höchstpreise und verteilte die Lebensmittel unter die arme Bevölkerung. Bald dehnte er diese Tätigkeit auf die Umgebung von *Falkenstein* aus. Widerstand der Behörden wußte er zu brechen. Oft ging das nicht ohne Festsetzung derselben ab. Die sozialistische Regierung Sachsens versuchte Hoelz durch ein großes Aufgebot von Reichswehr zur Strecke zu bringen. Er entzog sich trotz der ausgesetzten großen Kopfprämie mit seinen Getreuen den Häschern. Die Sympathie der armen Bevölkerung, die in Hoelz ihren Heilsbringer sah, schützte ihn. Hoelz führte diesen Kleinkrieg bis zum Ausbruch des Kapp-Putsches. Ebenso wie in den Orten des Erzgebirges bildeten sich beim Ausbruch desselben auch im Vogtland Aktionsausschüsse aus den Vertretern der Arbeiterparteien. Doch herrschte bei ihnen eine sehr starke Passivität. Gegen diese führte Hoelz einen heftigen Kampf. Die Maßnahmen und Aktionen, zu denen sich die Aktionsausschüsse nicht aufraffen konnten, führte Hoelz mit seinen Anhängern durch. Nach der Niederwerfung des Kapp-Putsches wandte sich auch in Sachsen die Bourgeoisie gegen die Kräfte, die am aktivsten bei der Niederwerfung der Konterrevolution hervorgetreten waren. Ein Reichswehraufgebot von 20 000 Mann zwang Hoelz zum Rückzug. Der Heroismus Max Hoelz' und seiner Schar wurde zwar anerkannt. Als jedoch das revolutionäre Proletariat nach Beendigung der Aktion die Bilanz dieses Kampfes zog, wurde auch das Verhalten von Hoelz kritisch gewertet. Eine im Anschluß an den Kapp-Putsch tagende Bezirkskonferenz der KPD lehnte den „primitiven Kommunismus" von Hoelz und seiner Gefolgschaft als überwunden, den gegenwärtigen Machtverhältnissen des Kapitalismus nicht entsprechend, ab.

„Das Wesen des Kommunismus ist nicht, wie ein Ölsnitzer Aufruf ausspricht, dort wegzunehmen, wo was ist, um es dort hinzutun, wo nichts ist. Kommunismus ist die zielklare Vorhutarbeit zur Sammlung der gesamten Arbeiterklasse, um in der gesamten Arbeiterklasse die revolutionäre Kraft zur Verwirklichung des Kommunismus, zur Umformung der Gesellschaftsordnung, zur Überführung des Privateigentums an den Produktionsmitteln in das Eigentum der ganzen Gesellschaft zu erwecken."

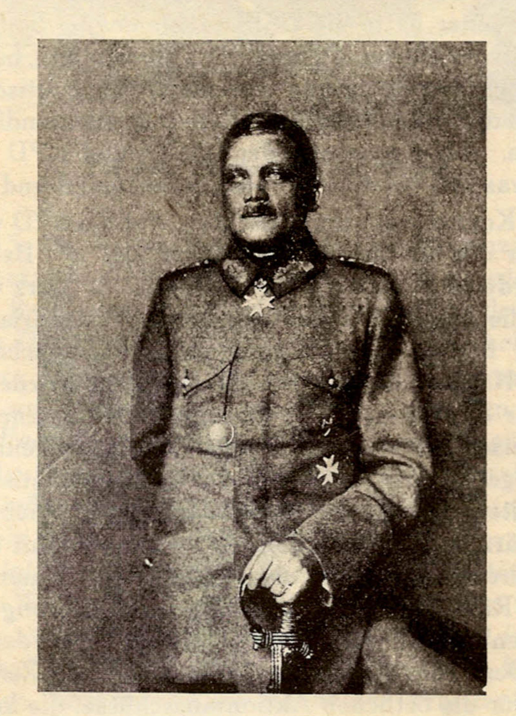
Dank dem politischen Einfluß des Spartakus-Bundes und seiner klaren, revolutionären Politik in Westsachsen hatte hier die Abwehraktion gegen den Kapp-Putsch und gegen die bürgerliche Klassenherrschaft überhaupt einen hohen Grad revolutionärer Reife gezeigt. Daß auch hier die Bewegung nicht weiter getrieben werden konnte, lag an dem Versagen der Kampfleitungen in *Leipzig* und *Dresden,* wo sich die USPD- und SPD-Führer dank dem starken Einfluß ihrer Partei in der Arbeiterschaft mit Erfolg jedem Versuch widersetzten, der eine Stärkung der revolutionären Machtfaktoren erstrebte. Es kam hinzu, daß im gesamten Reich die Bewegung durch das Abblasen der Aktion durch Gewerkschaften USPD und SPD den Genickfang erhielt.

Dresden war am 13. März der erste Zufluchtsort der Ebert-Regierung. Zu General *Maercker,* dem Reichswehrkommandeur dieses Wehrkreises, hatte Noske besonderes Vertrauen. Mit Maerckers Landsknechten hatte Noske 1919 die mitteldeutschen Städte „erobert" und den Bolschewismus gebannt. Maercker hatte das aber nicht aus Liebe zu Noske getan. Das erwies sich besonders jetzt, als Noske bei diesem monarchistischen General Schutz suchte. Noske und seine Regierungskollegen schüttelten also den Staub Dresdens bald wieder von ihren Füßen. In Dresden selber kam es während des Kapp-Putsches zu keinen nennenswerten Aktionen der Arbeiter. Aktiver waren die Arbeiter in den umliegenden Industriezentren. In *Sebnitz, Schandau,* bis fast zur tschechischen Grenze, in *Glashütte,* im *Plauenschen Grund, Pirna, Mügeln* und in anderen Orten entwaffneten die Arbeiter die Einwohnerwehren. Waffendepots, Kasernen und Rathäuser wurden vielerorts gestürmt. Aktionsausschüsse, an anderen Orten Betriebsräte, leiteten die Aktion. Die Arbeiter führten auch in den Dörfern Entwaffnungsaktionen durch. Zu größeren Kampfhandlungen kam es nicht. Es fehlte auch hier die Kraft, die der Bewegung ein klares, revolutionäres Ziel wies und sie politisch und organisatorisch zentralisierte. *Fleißner* und andere Führer der USPD legten eine klägliche politische Feigheit und Unentschlossenheit an den Tag. Die KPD hatte eben erst die Abspaltung der Opposition unter Führung des

politischen Wirrkopfes *Rühle* überstanden und war im Bezirk sehr schwach. So wurden die vorhandenen revolutionären Energien nicht genützt und neue nicht geweckt. Die Bewegung brach bald in sich zusammen.

Die Erhebung an der Ruhr

Im dichtbevölkerten rheinisch-westfälischen Industriebecken, wo Bergbau und Schwerindustrie am stärksten konzentriert sind, wo die kapitalistische Ausbeutung ganze Heere von Arbeitssklaven täglich neu mit ihren Fangarmen greift und gleichzeitig ausgepreßte Opfer ausspeit, wo im Proletariat tiefe religiöse Gegensätze bestehen, obwohl die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat nirgends in Deutschland so kraß sind wie hier, wo der Kampf um die Sozialisierung am unerbittlichsten geführt wurde — dort schlug auch beim Kapp-Putsch das Feuer der proletarischen Revolution, das durch den Belagerungszustand wohl gedämpft, aber nie erloschen war, zu loderndem Brand empor. Die Unterdrückungsmaßnahmen gegen das Proletariat in Rheinland-Westfalen steigerten sich Anfang 1920. Im Februar wurden das „Ruhr-Echo" in Essen und die „Bergische Volksstimme", zwei der einflußreichsten Zeitungen der USPD im Industriegebiet, verboten. Am 24. Februar 1920 stellte *Ebert* die Regierungsbezirke *Düsseldorf, Arnsberg, Münster* und *Minden* unter verschärften Kriegsausnahmezustand. Die wichtigste der Ausnahmebestimmungen lautete:



General von Watter

„Die in dem § 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung) und 315 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen) des StGB mit lebenslänglichem Zuchthaus bedrohten Verbrechen sind mit dem Tode zu bestrafen, wenn sie nach der Verkündung dieser Verordnung in den gefährdeten Bezirken begangen worden sind. Unter den gleichen Voraussetzungen kann in den Fällen des § 115,2) Rädelsführer und Widerstand bei Aufruhr) und 125,2 (Rädelsführer und Gewalttätigkeiten bei Zusammenrottungen) des Strafgesetzbuches auf Todesstrafe erkannt werden, wenn der Täter den Widerstand mit Waffen oder im bewußten und gewollten Zusammenwirken mit Bewaffneten begangen hat.

Durch Anordnung des Reichswehrministers können in dem gefährdeten Bezirk außerordentliche Kriegsgerichte gebildet werden; im Falle eines Aufruhrs oder Landfriedensbruches kann der Reichswehrminister zur Aburteilung der obenbezeichneten Verbrechen die Bildung von Standgerichten anordnen. Das Standgericht hat innerhalb 24 Stunden nach der Ergreifung des Angeklagten zu entscheiden. Das Urteil kann nur auf Todesstrafe lauten. Es bedarf der Bestätigung durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt und wird nach der Bestätigung durch Erschießung vollstreckt."

Diese Maßnahmen Severings und der Reichsregierung entsprachen ganz den Wünschen der Konterrevolution. Diese hatte übrigens auch nicht unterlassen, ihre militärischen Vorbereitungen im Industriegebiet seit langem zu treffen*. Die militärische Zentrale der Konterrevolution für das Industriegebiet war das Wehrkreiskommando VI in *Münster* unter Führung des Generals *von Watter*. Von den verschiedenen Freikorps war das Freikorps Lichtschlag durch seine Brutalität aus den Kämpfen im Jahre 1919 am meisten bekannt und verhaßt.

In *Remscheid* war das Freikorps *Lützow*, in *Mülheim* das Korps *Schulz* stationiert. In *Elberfeld, Düsseldorf, Hamborn* und anderen Orten lagen kleine Verbände der Reichs-

* Die beste Darstellung der militärischen Kräfteverteilung und der militärischen Kämpfe im Ruhrgebiet gibt Gerhard Colm in seinem „Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes". Verlag Baedecker, Essen.

wehr. In der Festung *Wesel* hatte die Reichswehr einen besonders gut ausgebauten militärischen Stützpunkt. Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren verstärkten die bewaffneten Kräfte der Bourgeoisie. In einigen Städten waren diese Formationen ziemlich stark mit Arbeitern durchsetzt. In *Dortmund* war die „Sicherheitswehr" zu 90 Prozent, die Polizei zu 50 Prozent aus sozialdemokratischen Arbeitern rekrutiert. In *Essen* bestand die Sicherheitswehr aus 450 sozialdemokratischen und 150 christlichen Arbeitern. In vielen Orten waren auch Unabhängige in den Sicherheits- und Einwohnerwehren. Jede militärische Organisation der Arbeiterklasse, oder auch nur Ansatzpunkte dazu, fehlte. Auch sonst war die Lage in der Arbeiterschaft nicht besonders günstig. Die wirtschaftlichen Kampforganisationen, freie, christliche, Hirsch-Dunckersche, polnische und gelbe Gewerkschaften waren nach dem Kriege durch die Abspaltung der Opposition aus den freien Gewerkschaften und durch die Gründung der Unionen noch weiter zersplittert worden. Von den Parteien der Arbeiter hatte die USPD zahlenmäßig und politisch den stärksten Einfluß. Die Kommunistische Partei litt in ihrer Entwicklung besonders hart durch die Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung und durch die politischen Differenzen in den eigenen Reihen, die durch die Abspaltung KAPdistischer und syndikalistischer Strömungen kaum überwunden waren. Der Gegensatz der USPD und KPD zur SPD war teilweise außerordentlich scharf, was sich bei den Kämpfen in Dortmund und Essen schwer auswirkte.

Als die militärische Konterrevolution losschlug, rief die SPD wie im Reich zum Generalstreik und zur Abwehr der militärischen Reaktion auf. Die Bezirksleitung des Spartakus-Bundes in *Essen* forderte in einem Flugblatt vom 13. März die Wahl von Arbeiterräten in den Betrieben, die „zuerst die Bewaffnung des Proletariats, die Entwaffnung der Bourgeoisie auszuführen" hätten. Das Flugblatt enthielt eine scharfe Absage an die SPD und die Regierung Ebert-Noske. „Jetzt gilt es die Macht zu übernehmen." „. . . Alle Macht den Arbeiterräten . . . für die Diktatur des Proletariats." In einem anderen Aufruf wird ausdrücklich jede Gemeinschaft mit der SPD abgelehnt. Entscheidend für die Entwicklung der Kämpfe im Industriegebiet war der Aufruf der drei sozialistischen Parteien im Bezirk Niederrhein an die Arbeiter, Angestellten und Beamten von Rheinland-Westfalen mit der Aufforderung, am 15. März in den Generalstreik zu treten, „mit dem Ziele: 1. Erringung der politischen Macht durch die Diktatur des Proletariats bis zum Siege des Sozialismus, auf der Grundlage des Rätesystems; 2. sofortige Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige." Die Eisenbahner wurden aufgefordert, Beförderung von Truppen und Munition abzulehnen. Dem zuletzt erwähnten Aufruf des „Zentralaktionsausschusses" folgten bald Richtlinien für die örtlichen Aktionsausschüsse, die konkrete Maßnahmen anordneten. Danach sollten die Aktionsausschüsse verhandeln.

„Zweck und Grundlage der Verhandlung ist:

1. Wie stellen sich die Behörden zu der in Berlin gebildeten Kapp-Regierung?

2. Wie stellen sich die Behörden zu den Forderungen und Zielen des Generalstreiks?

3. Welche Garantien bieten die Behörden, nichts gegen den Generalstreik des Proletariats zu unternehmen?

4. Die Behörden haben ihre Erklärung sofort öffentlich abzugeben. Die Forderungen an die Behörden sind: Vorhandene Waffen und Munition sind der örtlichen Zentralstreikleitung sofort auszuliefern und deren Kontrolle und Verwaltung zu unterstellen. Kommunalverwaltung, Polizeiverwaltung, Verkehr, Lebensmittelversorgung wird unter die Kontrolle der örtlichen Zentralstreikleitung gestellt. Behörden, die sich weigern, den Forderungen der Streikleitungen zu entsprechen, sind unverzüglich zu entfernen. Als Kontroll- und Verwaltungsorgan sind nur Leute zu bestimmen, welche die erforderlichen Fähigkeiten, Kenntnisse und den Überblick über ihr Ressort besitzen und im vollen Maße das Vertrauen des revolutionären Proletariats und der Zentralstreikleitung genießen.

Allerorts ist eine aus organisierten Arbeitern, Angestellten und Beamten bestehende republikanische Sicherheitswehr zu bilden. Dieselbe hat den örtlichen Sicherheitsdienst zu übernehmen, die Lebensmitteldepots, Schlachthöfe und alle öffentlichen Gebäude und Einrichtungen zu schützen. Plünderungen, Räubereien und Zerstörungen sind in rücksichtsloser Weise zu unterdrücken. Verbrecher dieser Art sind sofort in Haft zu setzen.

Die Behörden haben sofort eine allgemeines Alkoholverbot zu erlassen. Für ausreichende Beleuchtung der Straßen und Plätze ist zu sorgen."



Vor dem Abmarsch in den Kampf

Am Montag, dem 15. März, war der Generalstreik im ganzen Industriegebiet durchgeführt. Bereits am Sonntag und Montag steigerte sich die Erregung in den Städten. Verschiedentlich kam es zu Reibereien und blutigen Zusammenstößen mit Polizei, Einwohner- und Sicherheitswehr. In *Dortmund* erschoß Polizei und Sicherheitswehr in der Nacht vom 13. zum 14. März mehrere Arbeiter. Am 14. März erfolgte ein erneuter Überfall der Sicherheitswehr auf Arbeiter, wobei wiederum ein Arbeiter erschossen wurde. Am Montag versuchte Hauptmann von *Heeringen*, Sohn des früheren kaiserlichen Kriegsministers, Polizeichef und Stadtkommandant von Dortmund, den Marktplatz mit seiner Polizei zu „säubern". Auf kurze Entfernung ließ er in die Masse feuern. Sechs Tote und 20 bis 30 zum Teil Schwerverletzte fielen als Opfer. In *Düsseldorf* provozierte das Militär ebenfalls. Es gab dort viele Tote und Verletzte. 18 Tote und 54 Verletzte brachten der 15. und 16. März in *Duisburg*. Der Ruf nach Waffen wurde immer lauter. In einigen Orten waren die Arbeiter bereits zur Entwaffnung der Einwohnerwehren übergegangen. In *Bochum* fiel ein Eisenbahnwaggon, dessen Inhalt als Milch deklariert war, mit 2000 für Einwohnerwehren und Zeitfreiwillige bestimmten Gewehren in die Hände der Arbeiter. In *Hagen* wurde bereits am ersten Tage des Kapp-Putsches die Abwehr der Reaktion mit allen Mitteln, auch mit den Mitteln bewaffneter Gewalt, ernsthaft erörtert. Auch die christlichen Gewerkschaftsvertreter waren dafür. Am Sonntag setzten die Arbeiter in Hagen nach langen Verhandlungen die Abgabe von 160 Gewehren aus den Beständen der Polizei an organisierte Arbeiter durch.

Die militärische Zentrale der Konterrevolution in *Münster* blieb nicht müßig. *Watter* nahm eine zweideutige Haltung ein. Aber seine Weigerung, den Aufruf für die Ebert-Regierung zu unterschreiben und die Haltung seiner Truppen waren für die Arbeiter klar genug. Das Freikorps *Schulz* hißte am 14. März auf der Mülheimer Kaserne die schwarzweißrote Fahne. Der Kommandeur feierte in einer Ansprache an seine Truppe „die neue Regierung der Tat". *Lützow* veranstaltete in *Remscheid* mit seinem Freikorps am 13. März einen Umzug durch die Stadt. Bei der anschließenden Paradeaufstellung vor dem Rathaus schloß er seine Ansprache mit einem Kaiserhoch. Am Sonntag ließ er die schwarzweißrote Fahne auf dem Rathaus hissen und die „Bergische Volksstimme" und das „Volkshaus" militärisch besetzen. Von *Münster* aus wurde die Schaffung weiterer militärischer Stützpunkte angeordnet. Hagen, die Zentrale der USPD für das Industriegebiet, hatte bisher noch keine militärische Besatzung. Ein Befehl Watters vom 14. März ordnete die militärische Besetzung von *Wetter*, *Hagen* und anderen Orten an, angeblich um die „Ordnung"

wiederherzustellen. Auch *Severing* und *Mehlich* stimmten dem Einmarsch der Truppen zu. In Wetter begann der Kampf:

„Am 15. März 1920, 10 Uhr vormittags, erschien die Batterie des Hauptmanns *Hasenclever* auf dem Bahnhof in *Wetter a. d. Ruhr.* Der örtliche Aktionsausschuß — zusammengesetzt aus Sozialdemokraten und Unabhängigen — interpellierte den Hauptmann: ‚Auf welchem Boden steht das Militär?' Und da fiel das folgenschwere Wort, an dem der ganze Ausgang der Abwehraktion im Ruhrkohlengebiet hing: ‚Wir kommen im Auftrage des Generalleutnants von Watter, und der steht auf dem Boden des Generalleutnants von Lüttwitz!' Da begann ein Kampf, der in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung nie erreicht war. Mit wenigen Gewehren griffen die Arbeiter an. Das gebirgige Gelände war ihnen günstig. Hinter jedem Stein und Baum, in jedem Strauch und Versteck knallte der rote Tod. Da kamen die Arbeitsbrüder von *Bommern, Volmarstein, Wengern, Hagen, Witten,* aus nah und fern, in den Händen die gerade erbeutete Waffe. Und als der mörderische Kampf vorüber war, da lag auf dem Bahnhof die Hoffnung der Kapp-Lüttwitz-Watter, erschlagen, geschlagen von wildauflodernder proletarischer Begeisterung. 64 Tote, darunter 4 Offiziere — auch der Hauptmann *Hasenclever* — hundert Gefangene! Aber auch die Arbeiter trugen sieben ihrer Besten zu Grabe." (*Meinberg,* im „Ruhr-Echo", November 1927.)

Das war der erste entscheidende Schlag gegen die Lichtschlag-Truppe, er brachte die Lawine ins Rollen. Einige Stunden nach diesem Kampf wurde eine Kompanie der Lichtschlag-Truppen unter Hauptmann *Lange,* der Befehl hatte, sich mit Hasenclever zu vereinigen und ins Hagener Gebiet vorzurücken, in *Herdecke* nach kurzem Kampf entwaffnet. Fast gleichzeitig mit dem Kampf in Wetter beschloß der Hagener Aktionsausschuß die *Schaffung einer zentralen militärischen Leitung* für das Industriegebiet mit dem Sitz in *Hagen.* Der Unabhängige *Josef Ernst* wurde mit der Ausarbeitung von Richtlinien beauftragt. Der Kampf in Wetter beschleunigte die Bewaffnung und militärische Organisation. In Hagen wurden Waffen und Munition aus dem Rathaus requiriert. „Um den Wetterschen Genossen restlos zu Hilfe eilen zu können, beschlagnahmten wir alle auf den Straßen befindlichen Autos und ließen die elektrischen Bahnen ausfahren, um die Transporte der bewaffneten Arbeiter schnell nach Wetter zu bringen. In einigen Stunden hatten wir etwa 2000 Mann bei Wetter konzentriert*. *Watter* drohte mit dem Einmarsch von Reichswehr. Die Arbeiter fingen an, planmäßig ihre militärische Organisation aufzubauen. Im Hagener Bezirk wurden feldmarschmäßig ausgerüstete Kompanien aufgestellt. Die allerorts durchgeführte Entwaffnung der Einwohnerwehren, die Niederlage der Lichtschlag-Truppen hatten der Arbeiterschaft reichlich Waffen, Munition und Bagage eingebracht. Schnellfeuergeschütze, Maschinengewehre, Minenwerfer waren im Besitz der Arbeiter. Auch in anderen Orten rüsteten sich die Arbeiter in der gleichen Weise. Eine feste militärische Leitung, in der Lehrer *Stemmer* (USPD) maßgeblichen Einfluß hatte, bildete sich heraus. Nach der Niederlage der Lichtschlag-Truppen in Wetter und Herdecke wurde zum Schlag auf *Dortmund* ausgeholt. In Dortmund war das Gros der Lichtschlag-Truppen am 16. März mit „Deutschland, Deutschland über alles" und schwarzweißroten Fahnen eingerückt. *Lichtschlag* hatte, wie aus Befehlen ersichtlich war, die sich in seiner von den Arbeitern beschlagnahmten Kriegskiste befanden, Befehl von *Watter,* nach *Schwerte* zu marschieren, und die Abteilungen Hasenclever und Lange zu entsetzen und aufzunehmen. Die erwähnte Kriegskiste enthielt in großen Mengen Aufrufe, gezeichnet Kapp-Lüttwitz. Charakter und Absichten der Truppe waren klar. *Severing* proklamierte dennoch am 16. März: „Truppendurchzüge müssen im Interesse der alten Regierung unbehelligt bleiben." Lichtschlag versuchte dem Watterschen Befehl entsprechend über Dortmund in Richtung Schwerte weiterzumarschieren. Der sozialdemokratische Regierungspräsident *König* und der sozialdemokratische Landrat *Hansemann* fuhren an der Spitze der Truppen und versuchten die Arbeiter zu überreden, die Truppen passieren zu lassen. Bewaffnete Arbeiter griffen die Truppen an. Bei *Berghofen* und *Aplerbeck* kam es zum Kampf. Lichtschlag wurde unter Zurücklassung von Kriegsmaterial nach Dortmund zurückgetrieben. Versuche, die Truppen mit der Bahn zu transportieren, scheiterten an der Sabotage der Eisenbahner. Außerdem waren die Schienen aufgerissen worden. Die Arbeitertruppen hatten inzwischen ihren Aufmarsch gegen *Dortmund* vollendet. Am 17. März erfolgte der Angriff. Geschütze und

* Josef Ernst: „Kapp-Tage im Industriegebiet." Hagen 1921.



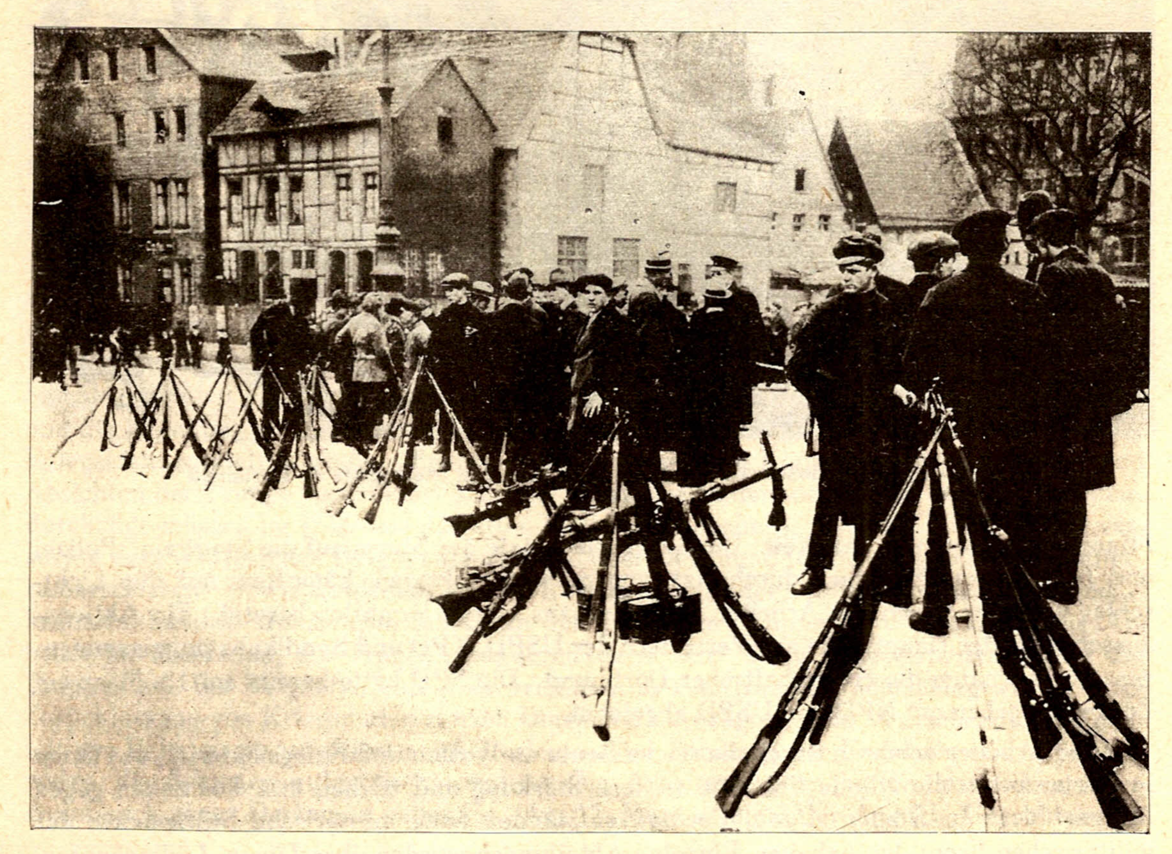
Arbeitertruppen ziehen am 25. März 1920 über den Marktplatz in Dortmund

Minenwerfer traten in Tätigkeit. Um 6 Uhr früh setzte der Sturm auf die Stadt ein. Polizei und Einwohnerwehr, stark durchsetzt von Sozialdemokraten, kämpften mit den Lichtschlag-Truppen gegen die Arbeiter. Das Rathaus wurde kampflos besetzt. Ein Aktionsausschuß, in der Hauptsache aus Vertretern der USPD, KPD und Syndikalisten zusammengesetzt, übernahm die Herrschaft über Dortmund. Die SPD hatte bereits am 13. März ein Zusammengehen mit KPD und USPD abgelehnt.

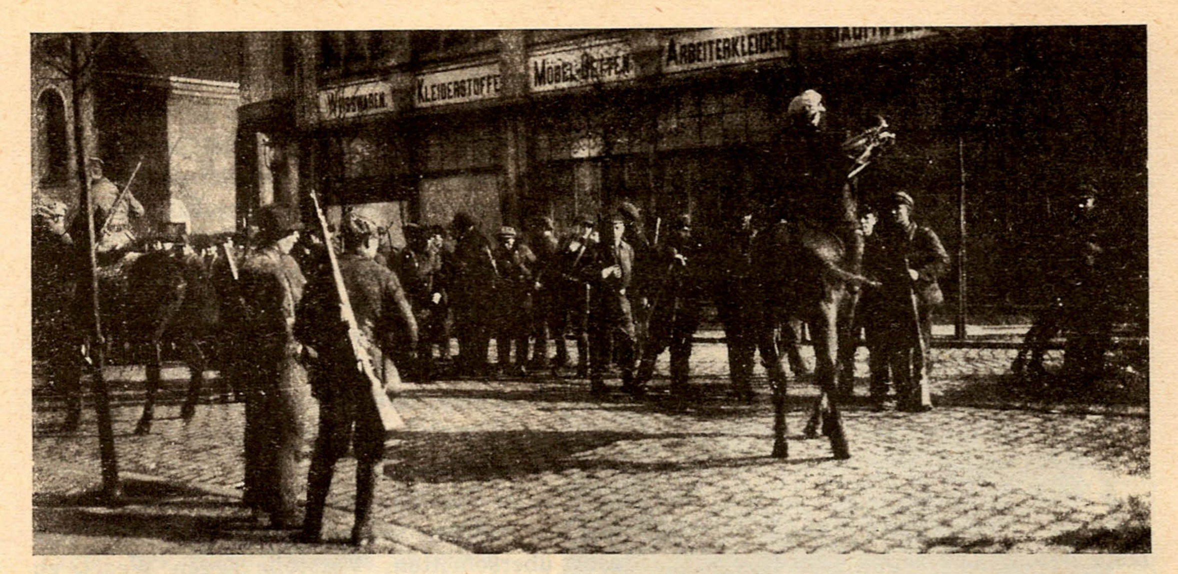
Die Arbeiter erfuhren durch die reiche Beute an Waffen und Kriegsmaterial, das ihnen in Dortmund in die Hände fiel, eine weitere Stärkung und trieben ihre Positionen gegen Münster vor. In *Hamm, Ahlen, Bochum* entstanden feste militärische Stützpunkte der militärischen Front der Arbeiter. Einzelne Abteilungen wurden über *Lünen, Lüdinghausen,*

Haltern, Dülmen und *Bultern* vorgeschoben. In *Unna, Kamen, Lünen* und *Lüdinghausen* wurden Gefechtsstellen errichtet. Aber im Rücken der entstehenden Arbeiterfront befanden sich noch Stützpunkte der Reichswehr. In einzelnen Orten kam es zu Kämpfen zwischen Polizei und Truppen einerseits und Arbeitern anderseits. In *Barmen* rückte zur Unterstützung der Polizei Reichswehr aus Elberfeld ein. Die Arbeiter trieben sie hinaus. Auch aus *Elberfeld* wurde die Reichswehr nach teilweise heftigen Kämpfen vertrieben. Alle öffentlichen Gebäude wurden von den Arbeitern besetzt, die politischen Gefangenen befreit.

Die Reichswehr zog sich fluchtartig auf *Remscheid* zurück, das jetzt zum Sammelpunkt der militärischen Kräfte der Konterrevolution des Bergischen Landes wurde. Remscheid war, wie bereits erwähnt, vom Freikorps Lützow besetzt. Es herrschte Generalstreik. Die Kampfleitung gab illegal „Revolutions-Nachrichten" heraus. Am 17. März schoß die Einwohnerwehr in eine Straßendemonstration. Ein Arbeiter war tot, ein anderer verwundet. Das Militär verbarrikadierte sich in der Stadt. Arbeiter aus *Hattingen, Gevelsberg, Schrelm, Witten* und *Hagen* hielten die Stadt von allen Seiten eingekreist. In der Stadt selber hatten die Arbeiter mit etwa 50 Gewehren den Kampf am Donnerstag, dem 18. März, abends, aufgenommen. Verhandlungen am Abend verliefen ergebnislos. Am 19. März setzte der Generalangriff der Arbeiter ein. Eine Batterie nahm von Goldenberg aus den Kaiserplatz unter Feuer. In hartem Kampf wurden Schlachthof und Telegraphenamt genommen. Lützow trat den Rückzug an. Westlich der Stadt, im *Morsbachtal*, wurden die zurückflutenden Truppen nochmals von den Cronenberger Arbeitern angegriffen, die den Lützowern die schwersten Verluste beibrachten. Der größte Teil der Lützower rettete sich in regelloser Flucht ins besetzte Gebiet und wurde dort entwaffnet. Die Arbeiter hatten 33 Tote, darunter 22 Remscheider Arbeiter; unter diesen zwei Frauen und zwei Jugendliche.



Ruhe zwischen den Kämpfen



Auf dem Marsch an die Front

Inzwischen war von den Arbeitertruppen auch der Angriff auf *Essen* eingeleitet worden, das auf Befehl aus Münster unter allen Umständen gehalten werden sollte. Die „grüne Polizei", verstärkt durch auswärtige Polizeiformationen und durch Einwohnerwehr, unterdrückte anfänglich jede Aktion der Arbeiter. Der Aktionsausschuß tagte illegal. Am 18. März kam es bereits zu Schießereien in der Stadt. Ein Augenzeuge schreibt über den Verlauf des Kampfes:

„Am 18. März hatte sich die rote Front schon bis an die Grenze der Stadt Essen vorgeschoben. Die Grünen verteidigten mit großer Zähigkeit jedes Haus. Besonders erbitterte Kämpfe wurden um den Besitz von *Stoppenberg* geführt. Die Erregung der Essener revolutionären Arbeiter war auf das höchste gestiegen. Ein großer Teil der Genossen eilte den bewaffneten Klassengenossen entgegen, um sich ebenfalls zu bewaffnen. In der Nacht vom 18. zum 19. März hatte die Rote Armee die nordöstliche Grenze der Stadt überschritten. Die Besatzung der Stadt Essen traf hastig alle Vorbereitungen, um den roten Vormarsch zum Stehen zu bringen. In den frühen Morgenstunden des 19. März entspannen sich heftige Kämpfe um den Schlachthof. Die ersten roten Truppen stießen an der Ziegelei am Freistein auf starken Widerstand. Die Verluste waren auf beiden Seiten groß. In der richtigen Erkenntnis, daß ein frontaler Angriff auf den stark befestigten Schlachthof zu große Opfer bringen mußte, ging eine starke Abteilung roter Truppen, ohne viel Widerstand zu finden, im Südosten um den Schlachthof herum, um die Umkreisung vollständig zu machen. Zwischen 9 und 10 Uhr erschienen die ersten Rotgardisten, durch den Salkenbergsweg kommend, in der Beuststraße. Mit ungeheurem Jubel wurden sie empfangen. Von der Söllingstraße aus wurde der Haupteingang zum Schlachthof unter Feuer genommen. Jetzt erkannte die grüne Besatzung des Schlachthofes, daß jeder Widerstand vergeblich war. Fluchtartig strömte sie in die Stadt zurück und überließ die großen Waffen- und Munitionsvorräte den Arbeitern. Jetzt erst konnte die Essener Arbeiterschaft in den Kampf eingreifen. Tausende bewaffneten sich und reihten sich in die rote Front ein. Lange dauerte es jedoch, bis die Stadt Essen in Händen der Arbeiter war. Am Viehoferplatz und am Pferdemarkt leisteten die Grünen den heftigsten Widerstand, und um jeden Fußbreit Boden mußte erbittert gekämpft werden. Unaufhaltsam drang die kämpfende Arbeiterschaft bis in den Mittelpunkt der Stadt vor. Um die Mittagszeit wehte vom Essener Rathaus die rote Fahne. Noch war der Widerstand der sich zurückziehenden Grünen nicht gebrochen. Um den Hauptbahnhof und das Postamt entspannen sich heftige Kämpfe. In Essen-West überrumpelten wenige Genossen die dortige Wache und setzten sich in den Besitz von Waffen. Der größte Teil der Stadt war erobert. Die blutigsten Kämpfe bei der Erstürmung der Stadt Essen spielten sich am Wasserturm an der Steelerstraße ab. Nachdem schon fast die ganze Stadt in dem Besitz der Arbeiter war, verteidigte dort eine Abteilung der Einwohnerwehr den Wasserturm gegen die Rote Armee. Der Übermacht konnte auch sie nicht standhalten. Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr kam auch der Wasserturm nach schweren, für die Besatzung äußerst verlustreichen Kämpfen in die Hände der Angreifer. Somit war der letzte Stützpunkt gefallen. Mit großer Schnelligkeit wurde der Rest der Stadt Essen von der grünen Polizei gesäubert. Fluchtartig verließen die letzten Reste die Stadt, um in *Mülheim* sich erneut festzusetzen. Nachdem die Stadt Essen in die Hände der Revolutionäre gefallen war, beschleunigte sich der Vormarsch der Roten Armee."

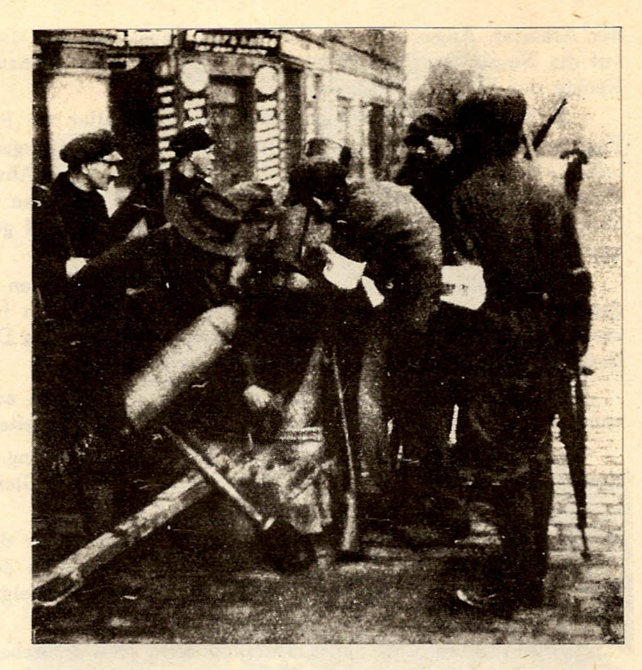
Am 19. März ordnete *Münster* den Rückzug der restlichen Truppen aus *Düsseldorf, Mülheim, Duisburg, Hamborn* und *Dinslaken* auf Wesel an. Die Düsseldorfer Reichswehr

räumte fluchtartig die Stadt unter Zurücklassung von über 4000 Gewehren, 100 Maschinengewehren, Geschützen, Minenwerfern, Flammenwerfern und Munition. Willkommene Beute für die „Rote Armee" und die sofort gebildete Arbeiterwehr. Auch in *Mülheim* bewaffneten sich die Arbeiter aus den zurückgelassenen Beständen der Reichswehr. Das Mülheimer Korps wurde nördlich von Duisburg in schwere Kämpfe verwickelt. In *Hamborn* stauten sich am Sonnabend, dem 20. März, die von Essen auf den Rückzug nach Wesel begriffenen Polizeitruppen sowie das über Duisburg abgezogene Freikorps Schulz. Es kam zu einer erbitterten Schlacht, an der sich die in Hamborn stationierte Reichswehr beteiligte. Trotz des Einsatzes von Artillerie und Minenwerfern mußten sich die Truppen am Abend unter Zurücklassung vielen Kriegsmaterials nach *Walsum* zurückziehen. Auf Lastautos rückten von anderen Städten Arbeitertruppen zur Verstärkung an. Nach erneuten schweren Kämpfen um Walsum und Dinslaken (21. März) zogen nachts die Truppen auf *Wesel* ab. Die Kämpfe bei *Hamborn-Marxloh* und bei *Walsum* wurden auf beiden Seiten mit besonderer Erbitterung geführt.

Nach diesen Erfolgen — die Massengräber jener Gegend zeugen von der Schwere der Kämpfe und vom unvergleichlichen Opfermut der Arbeiter — entstand gegen *Wesel* eine feste Front. Die Lippe wurde östlich Wesel überschritten. Vorstöße gegen Wesel, zu schwach und verspätet angesetzt, wurden abgeschlagen. Die Bahn Wesel—Münster wurde gesprengt. Es kam weder zur Umfassung Wesels noch zu dem geplanten Angriff auf Münster. Verbindung zwischen dem rheinischen und dem westfälischen Kampfabschnitt bestand nicht. Hier wirkte sich die Dezentralisation in der militärischen Führung und die mangelnde Verbindung verhängnisvoll aus. Die über die Lippe vorgeschobenen Posten mußten sehr bald zurückgenommen werden. Von Wesel aus unternahmen die Truppen fortgesetzt Vorstöße längs des Rheins gegen die Front der Arbeitertruppen. Das gesamte Industriegebiet war von arbeiterfeindlichen Truppen gesäubert. Mit ungestümem Elan hatten die Arbeiter des rheinisch-westfälischen Industriegebiets eine Großtat vollbracht, die in die Geschichte der revolutionären Kämpfe unaustilgbar eingetragen ist.

Nach dem Fall von Essen ging das Zentrum des Kampfes nach *Essen* über. Die Hagener Kampfzentrale, die sich aus USPD und SPD zusammensetzte (zwei Kommunisten, *Charpentier* und *Triebel*, hatten sich entgegen dem Willen der Partei daran beteiligt), sah mit der Vertreibung der Reichswehr aus dem Industriegebiet und der Wiedereinsetzung der Ebert-Regierung ihre Kampfziele als erreicht an. Sie beschloß am 18. März Abbruch des Generalstreiks für alle nicht unter Waffen stehenden Arbeiter. Eine von der Hagener Leitung einberufene Konferenz am 20. März schickte ein Telegramm an *Ebert* und *Bauer* und bat um gut Wetter. *Bauer* antwortete, General *Watter* gehöre nicht zu den reaktionären Offizieren und im übrigen verlangte er, daß die Hagener weiterhin brav bleiben sollten. Er kündigte die Ankunft zweier Minister an. Nach der Wiedereinsetzung der Ebert-Regierung und dem Abbruch des Streiks im Reich sprangen die bürgerlichen Parteien im Industriegebiet, soweit sie sich an der Abwehraktion beteiligt hatten, gleichfalls ab. Teile der freien Gewerkschaften taten das gleiche. Die Lage im Reich, wo der Streik teilweise nur zwei bis drei Tage gedauert hatte, wirkte ebenfalls zersetzend auf die Lage im Industriegebiet. Alle Bemühungen der Essener Leitung, die Bewegung zu zentralisieren und alle Kräfte zusammenzuschweißen, scheiterten. Eine einheitliche militärische Leitung fehlte. Fünf oder sechs Abschnittskommandeure führten den Kampf nach rein militärischen Gesichtspunkten, ohne besondere Rücksicht auf die politische Gesamtsituation und ohne engere Fühlung mit der politischen Führung. Während sich die Führung des westlichen Abschnittes mit dem Plan eines Vorgehens gegen Wesel trug, spielte die Hagener Leitung unter Führung von *Ernst* mit dem Plan des Marsches auf Münster. Diese Zwiespältigkeit in der militärischen Führung spiegelte aber mehr als die Rivalität militärischer Führer wider. In ihr drückte sich vielmehr auch die politische Gegensätzlichkeit aus. Desorganisierend auf die Front der Arbeiter wirkte auch das Vorgehen Mülheimer und Duisburger Syndikalisten. Die Mülheimer erklärten sich als zentrale Leitung und versprachen hohe Löhnung.

Entscheidend wurde der weitere Verlauf der Dinge vom Abbruch des Generalstreiks durch die Berliner Gewerkschaftsinstanzen am 20. März, dem sich die USPD am 22. anschloß, beeinflußt. Die neun Punkte der Gewerkschaften, die als Vereinbarung zwischen ihnen und der Ebert-Regierung festgelegt waren, dienten auch *Severing* als Basis für sein Vorgehen im Industriegebiet. Severing ebnete schon bei den ersten Kämpfen durch Einwirkung auf die örtlichen Gewerkschaftsinstanzen den Truppentransporten den Weg. „Ich habe die größten Anstrengungen in den ersten Tagen des Kapp-Putsches unternehmen müssen, um die Eisenbahner-Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zu bewegen, ihren Widerstand gegen den Antransport von Truppen aufzugeben*." Am 16. März erklärte sich *Watter* für die Ebert-Regierung. Am gleichen Tage hatte Severing in Essen eine Konferenz der Gewerkschaftsvertreter und Vertreter des Zechenverbandes. Severings größte Sorge war, die Bande zwischen Unternehmertum, Generalen und den Gewerkschaften nicht zerreißen zu lassen. Solches erschien ihm vonnöten für Demokratie und „wirtschaftlichen Wiederaufstieg". Diesem Bestreben Severings entsprang auch die witzige Verordnung von ihm und Watter vom 17. März, die bestimmt: „Arbeiterräte haben sich aus Angehörigen der Regierungsparteien zusammenzusetzen. Gewünschte Abweichungen sind zu beantragen." Die Zusammenarbeit Severings mit Watter wurde eine so enge, daß er zurückzutreten drohte, wenn Watter auf Verlangen der Arbeiter abberufen werden sollte. Er war Watter eifrig behilflich beim Antransport von Truppen aus allen Teilen des Reiches. Nach dem Bekanntwerden des Abbruchs des Generalstreiks für das Reich berief Severing für den 23. März eine Konferenz aller Arbeiterparteien nach *Bielefeld* ein. Die Essener Leitung wurde zu spät und nur indirekt benachrichtigt.



Arbeiter am Minenwerfer

„Sie (die Konferenz) hatte die Aufgabe, durch Aufklärung den gutgesinnten Teil der Arbeiterschaft von denen zu trennen, denen es nicht auf die Abwehr des Kapp-Putsches ankam, sondern die mindestens die Absicht gehabt hatten, mit kommunistischen Wirtschaftstheorien zu experimentieren ... Diese Aufgabe ist durch das Bielefelder Abkommen erreicht ... *Wenn darin den Arbeitern größere Konzessionen gemacht worden sind, so war das nach den außergewöhnlichen Ereignissen der Putschtage das einzige Mittel, um das tiefe, begründete Mißtrauen der Arbeiterschaft zu dämpfen* ... Die Regierung hat alles getan, um den Truppentransport zu beschleunigen, und ich bin Tag und Nacht bemüht gewesen, gerade darin der Militärverwaltung behilflich zu sein ... Die angewandten politischen Mittel haben, wie gesagt, den beabsichtigten Erfolg vollständig erreicht. Die Bielefelder Abmachungen haben in der roten Armee wie Sprengpulver gewirkt." (Severings Rede am 3. April.)

Das Bielefelder Abkommen

Verhandelt Bielefeld, den 23. März 1920.

Die Vertreter aller beteiligten Parteien und Erwerbsgruppen erklären, daß sie ihre Forderungen zur Entwirrung der aus dem Kapp-Putsch entstandenen Lage mit der Verfassung und der Regierung auf Grund folgender Vereinbarung in Einklang bringen wollen:

1. Die anwesenden Vertreter der Regierungsparteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten, daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierung im Reich und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Verständigung mit den am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen

---

* Rede Severings am 3. April 1920 vor Pressevertretern. Herausgegeben von der Zentralstelle für Heimatdienst.

der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen ein entscheidender Einfluß auf die Neuregelung der Wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetze eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung.

2. Sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putsch oder am Sturze der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen, sowie der Beamten, die sich ungesetzlichen Regierungen zur Verfügung gestellt haben. Es wird Straffreiheit denen gewährt, die in der Abwehr des gegenrevolutionären Anschlages gegen Gesetze verstoßen haben, wenn die Verstöße und Vergehen vor Abschluß dieser Vereinbarungen, spätestens aber bis zum 25. März, vormittags 8 Uhr, erfolgten. Auf gemeine Verbrechen gegen Personen und Eigentum findet diese Bestimmung keine Anwendung.

3. Gründliche Reinigung der gesamten öffentlichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, besonders solchen in leitenden Stellungen, und Ersatz durch zuverlässige Kräfte. Wiedereinstellung aller in öffentlichen Diensten aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen gemaßregelten Organisationsvertreter.

4. Schnellste Durchführung der Verwaltungsreform auf demokratischer Grundlage unter Mitbestimmung auch der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten.

5. Sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaffung neuer Sozialgesetze, die den Arbeitern, Angestellten und Beamten volle soziale und wirtschaftliche Gleichberechtigung gewährleisten. Schleunige Einführung eines freiheitlichen Beamtenrechtes.

6. Sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrundelegung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der Vertreter der Berufsverbände hinzuzuziehen sind. Die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort. Übernahme des Kohlen- und des Kalisyndikats durch das Reich.

7. Auflösung aller der Verfassung nicht treu gebliebenen konterrevolutionären militärischen Formationen und ihre Ersetzung durch Formationen aus den Kreisen der zuverlässigen, republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgendeines Standes. Bei der Reorganisation bleiben erworbene Rechtsansprüche treu gebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet. Unter die danach aufzulösenden Truppen fallen nach der Ansicht der Kommission die Korps Lützow, Lichtschlag und Schulz.

8. Wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteignung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Stadt und Land. Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen.

9. Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüsse haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dies muß spätestens innerhalb zehn Tagen geschehen. Danach tritt an die Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt.

10. Zur Unterstützung der ordentlichen Sicherheitsorgane wird, soweit erforderlich, eine Ortswehr in Stärke bis zu 3 auf 1000 Einwohner aus den Kreisen der republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten gebildet. Für die Zeit, während welcher sie zum Dienst eingezogen sind, werden sie, soweit nicht der Staat die Kosten übernimmt, von der Gemeinde bezahlt. Durch die Bildung der Ortswehren sind die Einwohnerwehren aufgehoben.

11. Die sämtlichen Beteiligten verpflichten sich, ihren ganzen Einfluß dahin auszuüben, daß die Arbeiterschaft restlos zur gewohnten Arbeit sofort zurückkehrt. Die Arbeitgeber sind gehalten, die rückkehrenden Arbeiter wieder einzustellen.

12. Es erfolgt sofortige Abgabe der Waffen und Munition sowie die Rückgabe requirierten und erbeuteten Heeresgerätes an die Gemeindebehörden.

13. Alle Gefangenen sind sofort, spätestens bis zum 27. März, mittags 12 Uhr, zu entlassen.

14. Bei loyaler Einhaltung dieser Vereinbarungen wird ein Einmarsch der Reichswehr in das rheinisch-westfälische Industriegebiet nicht erfolgen. Nach der Erklärung des Bevollmächtigten des Wehrkreiskommandos 6 und des Reichskommissars wird das Wehrkreiskommando in politisch-militärischen Angelegenheiten nur auf schriftliche Anweisung des gesamten Reichswehrministeriums handeln. Ferner erklärt der Reichskommissar, daß er einen Vertrauensmann der Arbeiterschaft berufen werde, der bei allen politisch-militärischen Handlungen, über die der Reichskommissar mit zu befinden hat, gehört werden soll.

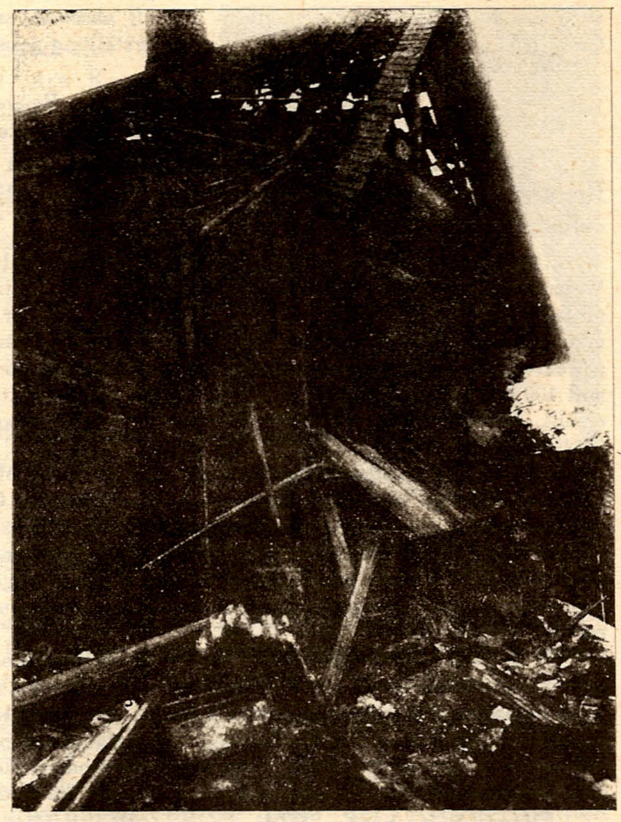
15. Der verschärfte Ausnahmezustand soll sofort aufgehoben werden, der allgemeine Ausnahmezustand dann, wenn die unter Ziffer 9 bis 12 festgesetzte Regelung erfolgt ist.

16. Herr Reichspostminister *Giesberts* wird die Frage der Versorgung der Hinterbliebenen und Verletzten im Reichskabinett vortragen, mit dem Bestreben, daß die Kosten vom Reiche übernommen werden. Die Kommission spricht die Erwartung aus, daß das Reich die Kommunalverbände für alle ihnen aus den Unruhen erwachsenen Kosten und Schäden schadlos hält.

17. Weder den Arbeitern, die an den Kämpfen teilgenommen haben, noch den Mitgliedern der Polizei und der Einwohnerwehren und den Mannschaften der Reichswehr dürfen Nachteile und Belästigungen wegen ihrer Teilnahme erwachsen.

Unterschriften:

Giesberts, Reichspostminister, *Severing*, *Thielemann*, *Meyer*, *Klupsch*, *Sasse*, *Cuno*, *Stentz*, *Imbusch*, *Kloft*, *Hamm*, *Dr. Jarres*, *Herbrich*, *Paul*, *Oettinghaus*, *Braß*, *Enz*, *Charpentier*, *Triebel*, *Mehlich*, Protokollführer.



Durch Reichswehrgeschütze zerstörtes Haus in Altenessen

In der Tat, dieses hinterhältige Machwerk Severings wirkte wie Sprengpulver. Die Hagener militärische Leitung ordnete ohne Rücksicht auf die Gesamtlage im Kampfgebiet den Abbau des östlichen Frontabschnittes an. Damit war die militärische, aber auch die politische Front der Arbeiter endgültig zerrissen, bevor die Arbeiter im westlichen Kampfabschnitt überhaupt von dem Bielefelder Abkommen Kenntnis hatten. Sie konnten Abmachungen nicht halten, die sie nicht kannten. Das war für die Militärs ein geeigneter Vorwand, ihrerseits die Abmachungen zu durchbrechen, auf die sie ohnedies pfiffen. In den Städten machten sich dunkle Elemente die Situation zunutze. Unter Teilen der Arbeiterschaft machte sich Verzweiflungsstimmung bemerkbar. Der größte Teil blieb jedoch kampfentschlossen. Abgerissen, ohne Geld, die Familien in bitterer Not, von der Rache der Noskiden bedroht, erwuchs der Wille zum äußersten Widerstand.

Bei den Bielefelder Verhandlungen war noch vereinbart worden, daß die Arbeitertruppen südlich der Lippe zurückzunehmen seien und dort ungestört von Reichswehrtruppen bleiben sollten. Für diese Abmachung galt 24stündige Kündigungsfrist. *Ernst*, der Leiter der Hagener Kampfleitung, wurde als militärischer Vertrauensmann neben *Watter* bestimmt. Die Konzentration der Truppen im Industriegebiet wurde trotz Abmachungen fortgesetzt. Besonders in und um Wesel war das der Fall. Am Donnerstag, dem 25. März, traten in *Essen* die Vertreter der Vollzugsräte von Rheinland-Westfalen zusammen. Etwa 200 Vertreter aus 70 Orten waren erschienen. Das Bielefelder Abkommen bildete den Hauptberatungsstoff. Ein *Zentralrat* wurde gebildet und ermächtigt, im Einvernehmen mit der militärischen Führung nochmals Verhandlungen mit der Regierung aufzunehmen. Am 27. März kam der Zentralrat zu dem Entschluß, daß die Einstellung des Kampfes selbst gegen den Willen einzelner militärischer Kampfleiter erzwungen werden müsse. Ein Waffenstillstandsangebot an die Regierung wurde abgesandt. 24 Stunden später erfolgte als Antwort ein Ultimatum, das forderte:

1. Uneingeschränkte Anerkennung der verfassungsmäßigen Staatsautorität. 2. Wiedereinsetzung der staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsorgane, soweit sie nicht durch Eintreten für die Kapp-Lüttwitz-Regierung belastet sind. 3. Sofortige Auflösung der roten Armee. 4. Völlige Entwaffnung der gesamten Bevölkerung einschließlich der Einwohnerwehren, unter Aufsicht der rechtmäßigen staatlichen Organe. Die Art und Zeit der Durchführung der Entwaffnung wird durch den Inhaber der vollziehenden Gewalt näher bestimmt werden. 5. Sofortige Freigabe der Gefangenen. Falls diese Bedingungen angenommen werden,

wird die Reichsregierung von einem Angriff absehen, andernfalls erhält der Inhaber der vollziehenden Gewalt Freiheit des Handelns zur Wiederherstellung gesetzmäßiger Zustände.

Berlin, den 28. März 1920.

Die Reichsregierung. Der Reichskanzler (gez.) *Müller*.
Der Reichswehrminister *Dr. Geßler*.

Der Zentralrat akzeptierte die Forderungen am 29. März mit dem Vorbehalt, daß die Bielefelder Abmachungen Gültigkeit haben. Die Regierung antwortete nicht. Dagegen erließ *Watter* folgende Anordnungen:

„1. Waffen und Munition sind an die Polizeiverwaltungen abzugeben und von diesen per Bahn dem Wehrkreiskommando nach Münster zuzuführen. Die Polizeiverwaltungen haben bis 30. März, 11 Uhr vormittags, dem Wehrkreiskommando die Zahl und Art der zur Abgabe gelangten Waffen und Munition zu melden. Sind bis 30. März, 11 Uhr vormittags, nicht schon 4 schwere, 10 leichte Geschütze, 200 Maschinengewehre, 16 Minenwerfer, 20 000 Gewehre, 400 Schuß Artilleriemunition, 600 Schuß Minenwerfermunition und 100 000 Schuß Infanteriemunition abgeliefert, so gelten die Bedingungen der Waffenabgabe als nicht erfüllt. Werden die geforderten Mengen abgeliefert, so wird weitere Bestimmung über die restliche Waffenabgabe erfolgen.

2. Die Regierungspräsidenten werden bis zum 30. März, 11 Uhr vormittags, um Meldung ersucht, ob in ihren Bezirken noch Vollzugsräte bestehen oder die Ortsbehörden wieder restlos in ihre Rechte eingesetzt sind. Bestehen noch Vollzugsräte am 30. März, 11 Uhr vormittags, so gilt die Bedingung der Anerkennung der Staatsautorität als nicht erfüllt. Stehen am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch Teile der roten Armee oder sonstige Wehren unter den Waffen, so gilt die Bedingung der Auflösung der roten Armee nicht als erfüllt. Die gegnerische Kampfleitung wird zur Angabe hierüber bis 30. März, 11 Uhr vormittags, aufgefordert.

3. Befindet sich am 30. März, 11 Uhr vormittags, noch ein gefangener Reichswehrsoldat, Sicherheitspolizist, Anhänger der Einwohnerwehr oder der Essener und Dortmunder Sicherheitswehr als Gefangener in den Händen der Aufrührer, sind ferner bis 30. März, 11 Uhr vormittags, nicht alle Geiseln freigelassen, so gilt die Bedingung der Freilassung der Gefangenen nicht als erfüllt. Gefangene und Geiseln müssen bis 30. März, vormittags 11 Uhr, beim Wehrkreiskommando in Münster eingetroffen sein. Wird Gefangenen oder Geiseln auch nur ein Haar gekrümmt, so gilt die Bedingung ebenfalls nicht als erfüllt."

Dieses beim besten Willen unerfüllbare Ultimatum Watters, das Verhalten der Regierung und das Vorrücken der Truppen bewiesen zur Genüge, daß es weder der Regierung und noch viel weniger *Severing* und *Watter* darum zu tun war, ein grausames Blutbad der Soldateska zu vermeiden. Aus allen Teilen des Reiches waren Truppen herangeschafft worden, verstärkt durch Zeitfreiwillige und Studenten. Die berüchtigtsten Truppen: das Freikorps *Epp*, die Münchener Studenten, die *dritte Marinebrigade (Loewenfeld)*, die Freikorps *Pfeffer*, *Lützow*, *Lichtschlag*, *Roßbach*, die Reste des Freikorps *Schulz*, die *Ehrhardt-Brigade* in Reserve, waren dem Befehl Watters unterstellt zur Niederschlagung der Arbeiter im Ruhrgebiet. Diese Auslese hatte der neue Befehlshaber der Reichswehr, General *Seeckt*, im Einverständnis mit der Ebert-Regierung getroffen.

Der Zentralrat, der sich alle Mühe gegeben hatte, die gestellten Bedingungen zu erfüllen und den Kampf unter allen Umständen abzubrechen, der sich vergeblich an die Zentralinstanzen der Gewerkschaften wandte, den Generalstreik erneut auszurufen zur Rettung der bedrängten Arbeiter des Industriegebiets — nur die Kommunisten bemühten sich im ganzen Reich in diesem Sinne — erklärte am 29. März Watters Ultimatum für unausführbar und rief erneut zum Generalstreik auf. Es kam eine neue Konferenz zusammen, die am 31. März in *Münster* stattfand. *Severing* hatte den Zentralrat wiederum zu spät benachrichtigt. Außerdem wurden die Delegationen des Zentralrates von Reichswehr vorübergehend festgehalten und mißhandelt. Das Ergebnis der Konferenz war, daß die Fristen des Bielefelder Abkommens verlängert wurden für Ablieferung der Waffen und Abbau der Fronten bis 2. April, 12 Uhr mittags. In Orten, wo die Bedingungen bis dahin erfüllt wurden, sollten keine Standgerichte eingesetzt werden. Jede Vorwärtsbewegung der Reichswehr sollte mit dem 31. März aufhören.

Der Zentralrat setzte alles daran, den Kampf abzubrechen. Die Truppen verlegten den Arbeitern den Rückweg mit Sperrfeuer. Erneut verlangten die Kampfleiter, den Kampf unter diesen Umständen wieder aufzunehmen. Trotzdem erließ der Zentralrat einen neuen Aufruf zum Abbruch des Kampfes und zur loyalen Erfüllung der Abmachungen. Scharf wurde gegen die Störer dieser Abmachungen, gegen Plünderer und

undisziplinierte Elemente Stellung genommen und Einschreiten der Volkswehr gegen diese angedroht. Die Reichswehr setzte ihren Vormarsch und ihre Kampfhandlungen fort. Auf einer am 1. April in Essen stattgefundenen Vollversammlung der Vollzugsräte wurde allgemein die Notwendigkeit der Erfüllung der Vereinbarungen anerkannt. Auch die Kampfleitung verpflichtete sich dazu, obwohl sie auf die Schwierigkeiten und Widerstände aufmerksam machte. Selbst *Severing** schreibt: „Es hätten Wunder eintreten müssen, wenn bis zum 2. April die von der Regierung gestellten Bedingungen erfüllt worden wären. Alle Stellen waren deswegen entschlossen, nach Ablauf der letzten bewilligten Frist die Truppe in Bewegung zu setzen." Regierung und Reichswehr hatten alle Vorbereitungen bis ins kleinste für den Vormarsch der Truppen getroffen. „An die Reichsregierung richtete ich die telegraphische Bitte, die Entente zu bewegen, den Einmarsch von Truppen in die sogenannte neutrale Zone zu gestatten . . ." (Severing). Die Reichsregierung trat tatsächlich zu diesem Zweck an die Entente heran — wurde aber abgewiesen. Es war in der Geschichte der modernen Klassenkämpfe allerdings nicht der erste Fall, daß die Bourgeoisie des einen Landes die Hilfe des „Erbfeindes" zur blutigen Unterdrückung der eigenen Arbeiterklasse anruft. Bei dieser Entschlossenheit der Regierung, selbst unter Preisgabe ihres „nationalen Stolzes" unter dem Ruhrproletariat ein Exempel zu statuieren, ist es fade Demagogie, sich auf Plünderungen und Brechen der Vereinbarungen durch Teile der Arbeitertruppen hinauszureden. Gewiß gab es lokale Herde, wo die Arbeitertruppen zum Kampf bis zum äußersten entschlossen waren. Das waren aber die Gebiete, in denen sich die Reichswehr keinen Augenblick an irgendwelche Abmachungen gehalten und fortgesetzt offensive Kampfhandlungen unternommen hatte. Es gab auch Plünderungen. Gegen die schritt die Arbeiterschaft mit aller Strenge ein. Aber etwa Requisitionen von Schuhen, Kleidungsstücken und Lebensmitteln für die abgekämpften Arbeitertruppen als Plünderungen hinzustellen, das wagte nicht einmal die schwerindustrielle „Kölnische Zeitung".



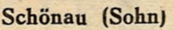
Maria Lippert

Der weiße Schrecken

Die Häufung bestialischer Morde und Schandtaten der gegen das Ruhrproletariat vorrückenden Truppen der Ebert-Regierung findet nur im Zug der Versailler gegen die Pariser Kommunarden eine Parallele. Über *Recklinghausen*, auf *Bottrop*, *Essen* stieß die Brigade *Loewenfeld* vor. Über *Hamm* rückte *Epp* mit seinen durch Studenten verstärkten Truppen an. Die weiße Bestie tobte sich aus. Unersättlich war sie in ihrer Gier nach Arbeiterblut. *Josef Ernst*, der Leiter der Hagener Kampfzentrale, schreibt über die Greueltaten der Regierungstruppen:

„Beim Einmarsch in Hamm wurden Arbeiter sofort verhaftet und ohne ordnungsmäßiges Verfahren erschossen. In dem Vorgehen der Truppen lag Methode. Wenn sie einen Ort besetzten, blieb am ersten Tage des Einmarsches alles ruhig. Ja selbst Militärkapellen ließ man auf den Marktplätzen musizieren. Am zweiten Tage begannen plötzlich die Verhaftungen und Erschießungen. Planmäßig war der Mord an der Arbeiterklasse organisiert. — Auch das feige Bürgertum beteiligte sich an diesem Vorgehen. Beim Einmarsch der Reichswehr in *Recklinghausen* überfielen Bürger den Kommunisten *Marcuse* und erschlugen ihn. Auch die Reichswehr hauste hier fürchterlich. Arbeiter wurden aus ihren Wohnungen geholt und sofort erschossen. Vernehmungen und Verhandlungen gab es nicht. Wie diese Bestien hausten, kann man daran ermessen, daß 65 Kanalarbeiter buchstäblich abgeschlachtet wurden. Dieselben waren bei *Haltern* beim Brückenbau beschäftigt und nicht am Kampfe beteiligt. Als die Reichswehr vorrückte, gerieten sie in das Maschinengewehrfeuer. Die Leute flüchteten in einen Schuppen. Die Reichswehr stürmte denselben

* Severing: „Im Wetter- und Watterwinkel."

Schönau (Sohn)



Schönau (Vater)



Schön



Dittes

Opfer des weißen Schreckens in Dinslaken-Lohberg

mit Handgranaten; kein Arbeiter kam lebend davon. Auch dort, wo in einwandfreier Weise von der gesamten Arbeiterschaft die Bedingungen von Münster erfüllt waren, wurden die Arbeiter beim Einmarsch der Reichswehr nicht geschont.

Auf der Gladbecker Straße (Bottrop) zog man zwei Mann gewaltsam in ein Panzerauto hinein und erschlug sie buchstäblich. Die Reichswehr brachte vier Gefangene von Kirchhellen mit; auch diese wurden bei der Apotheke buchstäblich erschlagen. Ein Mann, namens *Finke*, der nie an den Kämpfen beteiligt war, wurde erschossen. Ein gewisser Fritz *Oleink* wurde ohne Vernehmung, ohne Urteil an die Wand gestellt und erschossen. Ein Zentrumsanhänger namens *Rose* wurde irrtümlicherweise an Stelle eines *Baricke* ergriffen und erschossen. Nachdem man den Irrtum festgestellt, verhaftete man den richtigen *Baricke*, mißhandelte ihn schwer und erschoß ihn. Alles ohne Untersuchung und ohne Urteil. Die Denunziation eines Bürgers genügte, um einen Arbeiter vom Leben zum Tode zu befördern ... Ein Bergarbeiter namens *Stabla, der bei der Einführung der Zwangsüberschichten Differenzen mit dem Betriebsführer der Zeche ‚Arenberg Fortsetzung' hatte, aber am Kampf selbst nie beteiligt war, wurde verhaftet und ohne Verhör erschossen.*"

In *Bottrop* leisteten sich die Truppen ganz besondere Scheußlichkeiten. Unter der Führung des Sergeanten *Adler* von der 3. Marinebrigade Loewenfeld, Kommandant *Arnauld de la Perrière,* wurde die Arbeiterin Maria *Lippert* verhaftet. Es wurde ihr vorgeworfen, als Schwester in der roten Armee Dienste getan zu haben. Unter dieser Anschuldigung stand sie auch später vor dem Kriegsgericht, wurde aber freigesprochen. Im Gefängnis wurde die Verhaftete von *Adler* und anderen über einen Schemel gelegt und, nachdem ihr die Kleider vom Leibe gerissen waren, mit Gummiknüppeln und anderen Instrumenten solange geschlagen, bis sie bewußtlos liegen blieb. Hierauf wurde sie von dem Sergeanten *Adler* wiederholt genotzüchtigt, wobei ihm mehrere Soldaten durch Festhalten der sich Sträubenden Hilfe leisteten. Nach diesem Verbrechen wurde dem Mädchen von den Bestien ein Gummiknüppel in die Geschlechtsteile getrieben. Dieser Bestialität folgten andere schwere Mißhandlungen. Am anderen Tage erzwang sich Adler erneut den Geschlechtsverkehr mit der Verhafteten dadurch, daß er ihr einen Revolver, den er vor ihren Augen geladen hatte, auf die Brust hielt. *Josef Ernst* schildert:

„Bottrop ist nur ein Beispiel. So wie hier ging es fast überall zu. Selbst Parlamentäre schonte man nicht. Als die Waltroper Arbeiter den Kampf auf Grund der Münsterschen Abmachungen einstellten, sandten sie vier Parlamentäre mit weißer Flagge zu den Reichswehrtruppen, um sich über die Loslösung zu verständigen. Sie wurden mit Gewehrfeuer empfangen, einer von ihnen aus dem Auto gerissen und mit Erschießen bedroht. Ganze Familien wurden vernichtet. In *Lohberg* wurde der Kommunist *Schoen,* sein Sohn und sein Schwiegersohn nebst Frau erschossen ... In *Sterkrade* verging sich die Reichswehr in viehischer Weise an den Frauen. Eine Samariterin wurde von einem blutjungen Leutnant festgenommen und mit einem anderen Gefangenen in eine Scheune gebracht und dort nackt ausgezogen. Hier verweilte sie sieben Stunden. In Gegenwart des Mitgefangenen wurde sie von 11 Soldaten geschlechtlich mißbraucht."

Allein in Pelkum ruhen in einem Massengrab über 90 Opfer der auf die Arbeiter losgelassenen Bestien. Die 19jährige Bergmannstochter Margarete *Becker,* die während der Kämpfe als Samariterin tätig war, wurde in *Lünen* verhaftet. Vor ihrer Erschießung schickten ihr Arbeiterfrauen Kinder mit weißen Kleidern und roten Schärpen in den Gefängnishof. Als die Todeskandidatin den Hof betrat, sangen sie ein Kampflied. Mit dem



Franziska Eckert



Josefa Eckert



Aenne Pelikan



Hedwig Rabschinski

Von der Ordnungsbestie abgeschlachtete Mädchen und Frauen

Ruf: „Ich sterbe für die Freiheit!“ brach sie unter den Kugeln der Soldateska zusammen*. In *Essen* hausten *Loewenfeld, Aulock* und *Roßbach* mit ihren Banden. Die Arbeiter *Wischel* und *Rößner*, ersterer christlich organisiert, meldeten sich zur Reichswehr, wurden eingekleidet und den Truppen, die im Schlachthof lagen, zugeteilt. Dort wurden sie als angebliche Spartakisten denunziert, buchstäblich erschlagen und ganz oberflächlich verscharrt. Die gräßlich zugerichteten Leichen wurden nachträglich gefunden und auf dem Friedhof beigesetzt.

Der Arbeiter *Klüs* kam von der Arbeit, war nicht am Kampfe beteiligt, wurde mit einem *Schürmann, Meyer* und noch fünf anderen auf der Straße verhaftet, nach *Heissen* transportiert und dort buchstäblich bis zur Unkenntlichkeit zerschlagen. Die beiden Straßenbahner *Riek* und *Maurer*, die nie an der Bewegung teilgenommen hatten, wurden aus ihrer Wohnung geholt und einfach erschossen. Den Produktenhändler *Mans* holte man von seinem Wagen herunter, ließ ihn selbst sein Grab schaufeln und erschoß ihn. Dieselbe Bestialität verübte man in *Recklinghausen*. Dort zwang man sieben Arbeiter unter dem Gesang „Üb immer Treu und Redlichkeit“ ihr eigenes Grab zu schaufeln und erschoß sie. In *Borbeck* wurden am 6. April sieben Mann der neugebildeten Sicherheitswehr auf dem Marktplatz von Reichswehr erschossen. Und das ist nur ein Teil der an der Arbeiterschaft des Ruhrgebiets begangenen Scheußlichkeiten. Die Zahl der von Regierungstruppen im Kapp-Putsch Gemordeten ist nie festgestellt worden**.

Dem weißen Schrecken auf dem Fuß folgte die Justizmaschine. Mit lügnerischen Versprechungen wurden die Kämpfer der Roten Armee in die Netze der Klassenjustiz getrieben. Große Teile der am Kampf beteiligt gewesenen Arbeiter suchten Schutz im besetzten Gebiet. Aufrufe in der Presse und Flugblätter riefen die Arbeiter zurück. *Severing, Watter* und bürgerliche Behörden versprachen: „Gegen Verhaftungen durch Militär sind neue Garantien geschaffen. Verhaftungen dürfen nur nach Prüfung der

---

* Der Geist der Mordbuben wird durch folgenden Brief eines Studenten der Brigade Epp, die bei Hamm Mord auf Mord häufte, gekennzeichnet:

„Wischerhöfen, den 2. April 1920.

An das Reservelazarett I, Station A

DRESDEN

Liebe Schwestern und Kranke!

Bin nun endlich bei meiner Kompanie. Gestern vormittag kam ich zu meiner Kompanie, und nachmittags 1 Uhr machten wir den ersten Sturm. Wenn ich Euch alles schreiben würde, da würdet Ihr sagen, das sind Lügen. Pardon gibt es überhaupt nicht. Selbst die Verwundeten erschießen wir noch Die Begeisterung ist großartig, fast unglaublich. Unser Bataillon hat zwei Tote. Die Roten 200 bis 300. Alles, was uns in die Hände kommt, wird mit dem Gewehrkolben zuerst abgefertigt und dann noch mit der Kugel. Ich dachte während des ganzen Gefechts an Station A. Das kommt nämlich daher, daß wir auch zehn Rote-Kreuz-Schwestern sofort erschossen haben, von denen jede eine Pistole bei sich trug. Mit Freuden schossen wir auf diese Schandbilder, und wie sie geweint und gebeten haben, wir sollten ihnen das Leben lassen. Nichts! Wer mit einer Waffe getroffen wird, der ist unser Gegner und muß dran glauben. Gegen die Franzosen waren wir im Felde viel humaner. Wie geht es sonst im Lazarett? — Die Bevölkerung gibt uns alles. In den Wirtschaften werden wir oft 20 bis 30 Mann freigehalten. Meine Adresse ist: Oberjäger Max Ziller, Student, 11. Kompanie, Brigade Epp, Post Rokow in Westfalen.“

** „Aber wenn man bedenkt, daß in einem einzigen Gefecht bei Dinslaken 200 Rotgardisten gefallen sind, in Pelkum rund 100 begraben liegen, und wenn man die Anzahl der Toten, die die Kämpfe in Essen gefordert haben, auf 200 veranschlagt, die in Dortmund Gefallenen auf 70, den Verlust der Truppe Hasenclever auf 30 beziffert, dann ist es kaum übertrieben, wenn man die Zahl der Getöteten mit rund 1000 angibt. Hunderte von Verwundeten beklagen eine dauernde schwere Beeinträchtigung ihrer Gesundheit . . . Und doch empfinde ich trotz allem eine stille Genugtuung bei dieser traurigen Bilanz: die Schächte und Werksanlagen standen nach dem Kampf unversehrt! Und als noch im April mein Vertreter mir über die Wirtschaftslage im Bezirk Bericht erstattete, konnte er unter anderem melden: ‚Aus allen hier eingehenden Mitteilungen geht hervor, daß besonders die Zahl der Überschichten von Tag zu Tag größer wird.‘ Die Arbeit eines Jahres war also doch nicht ganz vergeblich gewesen.“ (Severing.)

Unterlagen und Anhörung der Gemeindebehörden erfolgen. Keinem Festgenommenen darf ein Haar gekrümmt werden." Und wie wurden diese Versprechungen gehalten? Der damalige unabhängige Abgeordnete *Ludwig* berichtete darüber am 29. Juli 1920 im Reichstag:

„Die Behörden hatten die flüchtigen Arbeiter in Extrazügen zurückbefördert. Und was ist dann geschehen? Diese Extrazüge hat man der Reichswehr in die Hände geleitet. Die Reichswehr hat sie umstellt und hat die Insassen geprügelt! Jeder, der einen Ausweis aus Remscheid oder einer anderen bergischen Stadt hatte, war ohne weiteres als Angehöriger der Roten Armee signalisiert, wurde mißhandelt, wurde geprügelt, und verschleppt nach dem Sennelager. Ich nenne die Stadt *Schwerte*, wo das am 15. April geschehen ist, wo 250 Flüchtlinge ausgeladen wurden, wo man den Zug Tag und Nacht auf dem Bahnhof stehen ließ, wo sie hungern mußten und dann noch verprügelt wurden. Trotz der Abmachung von Bielefeld!"

Im *Sennelager* wurden in Baracken hinter Stacheldraht 600 Ruhrkämpfer monatelang eingepfercht. Monatelang harrten tausende in überfüllten Gefängnissen wie das Vieh zusammengepferchte Arbeiter ihrer gerichtlichen Aburteilung, obwohl die Justizmaschine auf Massenbetrieb eingestellt war. Urteilsformulare waren zu Tausenden vorgedruckt, Nichtzutreffendes war zu durchstreichen. Für die einzelnen Vergehen existierte eine Art Tarif, nach dem abgeurteilt wurde. Gegen 822 Personen wurden von der Justizmaschine im Ruhrgebiet bis Mitte Juli 1920 1088 Jahre Freiheitsstrafen verhängt. Und diese Zahlen sind bei weitem nicht vollständig. Von den zahllosen Verurteilungen im ganzen Reiche nur dieses Beispiel: Das *Naumburger* Schwurgericht verurteilte im Juli 1920 40 Zeitzer Arbeiter zu 79 Jahren Zuchthaus und 53 Jahren 4 Monaten Gefängnis, weil während der Kapp-Tage ein Leutnant, der einen Matrosen erschossen hatte, von der Menge gelyncht worden war.

In der Geschichte des modernen Klassenkampfes war es noch immer so, daß die besitzenden Klassen ihre Interessenkämpfe mit Hilfe des Proletariats ausgefochten und daß sie ihren Frieden auf dem Rücken und auf Kosten der Arbeiterklasse geschlossen haben. Kapp entkam im Flugzeug nach Schweden, stellte sich später und starb nach einer Operation. Seine Frau erhielt nach Feststellungen des sozialdemokratischen Abgeordneten *Roßmann* im Reichstag am 27. Juni 1927 eine Rente. *Lüttwitz, Pabst, Bauer, Ehrhardt, Lincoln* flohen gleichfalls. Gegen zehn der Hauptführer wurde ein Verfahren eingeleitet. Davon wurde nur *v. Jagow* zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt. Die Verfahren gegen *Wangenheim* und *Schiele* wurden eingestellt. Gegen 540 Offiziere, die am Kapp-Putsch hervorragend beteiligt waren, wurde das Verfahren eingestellt, so daß v. Jagow der einzige bestrafte Kappist ist. Dagegen bezog v. Lüttwitz bis zu seinem Tode eine jährliche Pension von 18 000 Mark. *Ehrhardt, Pabst, Bauer, Lettow-Vorbeck, Roßbach,* die Hauptdrahtzieher des Kapp-Putsches bezogen nach den Feststellungen Roßmanns im Reichstag nach wie vor hohe Pensionen. Andere Kappisten bekleideten im Heer oder in der Marine hohe Ämter.

Tausende Tote und Verwundete, tausende Jahre Freiheitsstrafen, neue wirtschaftliche Lasten, Festigung der bürgerlichen Klassenherrschaft und ihres staatlichen Machtapparates — also nochmals eine Niederlage — das ist die Bilanz des Kapp-Putsches und der Aktion der Arbeiterklasse. Aber wenn in der Geschichte der deutschen Revolution auf einen Kampf der Arbeiter das Wort zutrifft, daß Niederlagen die Quellen künftiger Siege sein können, dann trifft das zu auf die Kämpfe des deutschen Proletariats während des Kapp-Putsches.

SCHLUSS

Die Entscheidung im Kapp-Putsch war eine Entscheidung gegen die Revolution. Die konsolidierte republikanische Staatsmacht in den Stiefeln derselben militärischen Konterrevolution, die gestern noch gegen die Republik den Staatsstreich führte, stand triumphierend auf dem Rücken des Riesen Proletariat. Und während die Maschine der militärischen Ausnahmejustiz im Namen der eben „geretteten Republik" unaufhörlich neue Opfer ergriff, wurden mit lautem Geklapper über Demokratie und republikanische Freiheit die Wahlen zum Reichstag eingeleitet. Das war der vorläufige Schlußpunkt hinter die Periode heroischer Kämpfe der deutschen Revolution, in der diese in offener Feldschlacht Brust an Brust gegen die Konterrevolution gekämpft hatte, und das war gleichzeitig die Einleitung einer neuen Etappe der kapitalistischen Klassenherrschaft in Deutschland unter republikanischem Vorzeichen.

Die Schaffung und Festigung der bürgerlichen Republik war also das vorläufige Ergebnis der deutschen Revolution. Was frühere bürgerliche Revolutionen im ersten kühnen Ansturm gegen den Absolutismus durchsetzten — die vollkommene Inbesitznahme und Beherrschung des Staatsapparates — erreichte das deutsche Bürgertum erst als Konterrevolution. In seiner eigenen Revolution 1848 verzichtete es darauf aus Furcht vor der Arbeiterklasse, die eben begann, sich als Klasse zu konstituieren und ihre eigenen Klassenforderungen anzumelden. Die Junkerkaste behielt auf diese Weise in Deutschland bis zur Novemberrevolution den beherrschenden Einfluß auf den Staatsapparat. Das Junkertum war in Deutschland regierende Macht geblieben, obwohl die ökonomische Basis des Feudalismus durch die stürmische Aufwärtsentwicklung des Kapitalismus längst zerstört war. Das Gottesgnadentum stand zwar einer ungehemmten kapitalistischen Entwicklung hinderlich im Wege. Die Bourgeoisie konnte aber seine Beseitigung nicht in Angriff nehmen, denn ihre eigene Existenz war durch das Proletariat stärker als ehedem bedroht. Für das Proletariat aber wurde das Gottesgnadentum zum Inbegriff des Unterdrückungsinstruments der besitzenden Klassen, gegen das sich sein ganzer Haß in erster Linie richtete. Und als unter den Schlägen der proletarischen Revolution die Monarchie gestürzt und jeder Restaurationsversuch vereitelt wurde, erschien das der Mehrheit der Arbeiterklasse als großer Erfolg — als Erreichung des Zieles der Revolution. Die entscheidenden Schichten des Proletariats und die breiten Volksschichten, die der Revolution bis hierher folgten, sahen nach diesem Anfangserfolg keinen zwingenden Grund mehr, über das Erreichte hinauszustoßen. Der Kampf um die Sozialisierung, um die Enteignung der Kapitalistenklasse, um die Rätediktatur stand vor den großen Massen noch nicht als die Alternative, bei der es eben nur den einen Weg des Weiterkämpfens gegeben hätte; nicht als der große Zwang, der die russische Revolution so schnell und entschieden zur sozialistischen Revolution vorantrieb, weil nur die siegreiche proletarische Revolution den Frieden verbürgte.

So wurde das deutsche Proletariat, indem es seine eigene Revolution einleitete, zunächst Vollstreckerin der bürgerlichen Revolution. Damit schloß die erste Etappe der proletarischen Revolution in Deutschland ab. Und dieser Abschluß war bedingt durch die mangelhaften Voraussetzungen im Proletariat. Es war sich in seiner entscheidenden Mehrheit weder über die Aufgaben der Revolution noch über ihren Charakter klar. Das ist ein Mangel, der der proletarischen Revolution immer und überall anhaften wird, wo sie zum ersten Male ihr Haupt erhebt. Wieviel leichter und schneller vollzogen sich die bürgerlichen Revolutionen, als die des Proletariats! Das aufstrebende Bürgertum war schon vor seinen großen politischen Revolutionen eine herrschgewohnte Klasse. Die alten Mächte

waren vom Bürgertum ökonomisch bereits so stark abhängig, die neue Wirtschaftsform war bereits so weit herangereift, daß die politische Revolution nur die erstarrten politischen Herrschaftsformen zu sprengen, nur ein Prinzip zu verallgemeinern hatte, das schon neben dem alten verwurzelt war.

Unter ganz anderen, viel schwierigeren Voraussetzungen vollzieht sich die proletarische Revolution. Sie schürft tiefer als alle bisherigen gesellschaftlichen Revolutionen. Ihr Ziel ist die Aufhebung des zur Fessel der gesamten Menschheit gewordenen Privateigentums an den Produktionsmitteln und deren Vergesellschaftung, während alle bisherigen Revolutionen dieses für heilig und unantastbar erklärt hatten. Das sozialistische Wirtschaftsprinzip ist in der kapitalistischen Gesellschaft erst für den fortgeschrittensten Teil des Proletariats und nur in seinen allgemeinen, gedanklichen Umrissen erkennbar. Der Sieg der proletarischen Revolution schafft erst die Voraussetzung für die Inangriffnahme der neuen Wirtschaftsweise, die in der Geschichte kein Vorbild hat. Und diese Aufgabe muß gelöst werden mit einer Klasse, die belastet ist mit einer Denkweise, die den seit Jahrtausenden überlieferten gesellschaftlichen Eigentumsverhältnissen entspricht; einer Klasse, die heute noch in ihrer übergroßen Mehrheit belastet ist mit dem Fluch der Knechtseligkeit. Das Hörigkeitsgefühl des Fronbauern, die Resignation des von seinen Produktionsmitteln getrennten Handwerkers, das sklavische Ducken der Söldner unter den prügelnden Korporal, die religiöse Verehrung der von Gott gewollten Obrigkeit, die dumpfe Verzweiflung des durch die Maschine geknechteten Proletariats, das doppelte Sklavenjoch der Frau — das hat sich in der besitzlosen Klasse zu der Anschauung verdichtet: So war es immer — wer Knecht ist, muß Knecht bleiben. Es ist die den Interessen der besitzenden Klasse entsprechende Denkweise, die im Proletariat noch fortlebt und aus der auch der Reformismus seine Kraft saugt. Und doch wird die Revolution diesen Wall durchbrechen, denn unter den harten Schlägen der Klassengegner des Proletariats reift in ihm das Klassenbewußtsein, das eben seinen eigenen Klasseninteressen entspricht.

Der erste Anlauf der proletarischen Revolution in Deutschland wurde zum Stehen gebracht, nachdem das Proletariat vorübergehend die politische Macht in seinen Händen gehalten hatte. Noch wußte es mit dieser Macht nichts zu beginnen. Mit dem scharf ausgeprägten Klassenbewußtsein einer herrschgewohnten und in ihrer Herrschaft bedrohten Klasse spürte die Bourgeoisie die Achillesferse der proletarischen Revolution aus. Das nächste strategische Ziel, das sich die Konterrevolution steckte, war die Entwaffnung der Revolution. Auf anderen Gebieten machte sie dem Proletariat Konzessionen; in der Frage der Entwaffnung aber verstand sie keinen Spaß. Das ist übrigens eine Erscheinung, die allen gesellschaftlichen Revolutionen eigen war. Und wo es der Konterrevolution gelang, die Revolution zu entwaffnen, war die Revolution erschlagen. Die deutsche Konterrevolution erreichte ihr Ziel mit Hilfe des Reformismus um so leichter, weil gerade jene, derer die Revolution am dringendsten bedurfte, nicht beseelt waren von dem Drange nach Waffen, sondern von dem entgegengesetzten Drang, so schnell wie möglich loszukommen von den Waffen. Wer verfügte in den Novembertagen 1918 über die Waffen? Die Proletarier im Waffenrock, die sich in den Soldatenräten ihre Machtorgane nach dem Beispiel der russischen Revolution geschaffen hatten. Ihre schnellste Beseitigung war die Hauptvoraussetzung für die Entwaffnung der Revolution. Auch hier kam die Arbeiterklasse den Absichten der Konterrevolution auf halbem Wege entgegen. Sie ließ es, von wenigen Ausnahmen abgesehen, ruhig geschehen, daß Offiziere, aktive Unteroffiziere und Militärbeamte in die Soldatenräte gewählt wurden.

Die ersten Revolutionsregierungen stellten die Kommandogewalt der Offiziere wieder her. Sie verfügten die Waffenablieferung der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Sie verboten die Bildung besonderer Roter Garden. Sie bildeten weiße Garden gegen die Revolution. Sozialdemokratische Führer und monarchistische Generale, Tücke und Gewalt würgten die Revolution und ihre Machtorgane.

Nicht viel besser stand es um die Arbeiterräte. Sie wurden in den meisten Fällen nicht einmal gewählt, sondern nach den Absichten der reformistischen Führer zusammen-

geflickt. Diese Räte fühlten sich infolgedessen durchweg auch nicht als Beauftragte der arbeitenden Massen, sie unterstanden nicht deren Kontrolle. Die Arbeiterräte, anfänglich die politischen Machtorgane der Revolution, ließen sich durch den Einfluß der Reformisten zu geduldeten „Kontrollorganen" des noch nicht zerstörten alten staatlichen Macht- und Verwaltungsapparates degradieren und gaben sehr bald auch formell die politische Macht wieder an den sich erneut festigenden bürgerlichen Staatsapparat zurück. Dennoch werden mit jeder neuen Welle der proletarischen Revolution auch die politischen Arbeiterräte gereifter wiederkehren.

Alle Voraussetzungen für den Sieg der proletarischen Revolution waren im November 1918 gegeben, bis auf eine — bis auf die in den Massen verwurzelte revolutionäre Partei und die eigene revolutionäre Erfahrung der Massen. Die Sozialdemokratie hatte so gut wie alles unterlassen, was sie schon in der Vorkriegszeit an revolutionärer Erziehungsarbeit zu leisten gehabt hätte. Die in der Revolution fehlende revolutionäre Massenpartei unter dem eisernen Druck des Kriegsausnahmezustandes zu schaffen, war nicht möglich. In der USPD sammelten sich wohl wertvolle revolutionäre Arbeitermassen, aber die Führung dieser Partei war vom ersten Tage ihrer Existenz nur in der einen Frage der Kriegsgegnerschaft einig. Der kleine Kern derer, die sich um Spartakus und um die Bremer Linksradikalen gesammelt hatte, war der an revolutionärer Erfahrung und Entschlossenheit reifste Teil des deutschen Proletariats. Sein Einfluß während des Krieges wuchs mit der zunehmenden Unzufriedenheit und Empörung der Massen. Sein Einfluß in den ersten Wochen der Revolution war größer als seine organisatorische Kraft, um die durch die Revolution ausgelösten Massenenergien in die Hauptstoßrichtung der Revolution zu leiten. Der Einfluß der Avantgarde der Revolution schwand schnell, als er auf die Schranke der demokratischen Illusionen stieß, die noch entscheidende Teile der Arbeiterklasse beherrschten und die von der Sozialdemokratie bewußt genährt wurden.

Der im Feuer der Revolution werdenden revolutionären Partei versetzte die vereinigte Konterrevolution einen Schlag, der die Entwicklung der deutschen Revolution und ihrer führenden Partei entscheidend beeinflußte. Die Konterrevolution führte einen wohl berechneten und tückischen Streich gegen das geistige Haupt der Revolution. Wir wissen im Gegensatz zur bürgerlich idealistischen Geschichtsauffassung, daß das Rad der Geschichte in erster Linie durch die Entwicklung der Produktivkräfte vorangetrieben wird und nicht durch einzelne Personen, die durch Überlieferung oder kraft ihrer wirtschaftlichen Macht oder durch andere Umstände aus dem Rahmen der übrigen Gesellschaft herausgehoben werden. Und dennoch wirkt auch die Persönlichkeit hemmend oder vorantreibend in der Geschichte, nicht als Ding an sich, losgelöst von den ökonomischen, politischen und kulturellen Zuständen ihrer Zeit, sondern auf ihnen fußend, durch sie bedingt. Und nichts mehr als der Vergleich der Rolle, die Lenin in der russischen Revolution spielte und Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in der deutschen Revolution zu spielen berufen waren, macht uns klar, daß auch in der proletarischen Revolution die Persönlichkeit ihre besondere Rolle als treibende Kraft zu erfüllen hat.

So schwer die Schläge der Konterrevolution auf den Nacken der Revolution niedersausten, das Proletariat wird sie verwinden. Die bisherigen Kämpfe der deutschen Revolutionen waren ein blutiger und grausamer Anschauungsunterricht darüber, wie das Proletariat seine Revolutionen führen muß, wenn sie siegreich sein sollen. Und die deutsche Arbeiterklasse bietet ein ganz anderes Bild als die der Vorkriegszeit. Vorbei ist es mit der Ruhe und satten Selbstzufriedenheit. Eine große Gärung geht im Proletariat vor sich. Seine Spaltung und Zerrissenheit, so schmerzlich sie sind, sind doch unvermeidliche Begleiterscheinungen eines Prozesses, bei dem im Schmelztiegel der Revolution die Klasse des Proletariats die Reinheit und Härte und Elastizität erhält, die es zur Erfüllung seiner geschichtlichen Mission benötigt. Immer neue Schichten der Besitzlosen werden in den Strudel dieses größten gesellschaftlichen Ringens hineingezogen. Beamte, Angestellte, Landarbeiter, Frauen, kurz alles, was bis zur Revolution zu den sicheren Reserven des Kapitalismus im Proletariat gehörte, wurde vom Kampf des Proletariats ergriffen. Für den

Augenblick hat die Konterrevolution von der politischen Gleichberechtigung, die die Revolution der Frau brachte, noch den Gewinn. Und doch ist diese politische Schule, die die Frau durchmacht, eine unerläßliche Voraussetzung für den Sieg der proletarischen Revolution.

Er reift heran. Schon die Kämpfe im Kapp-Putsch zeigten, daß anderthalb Jahre geschichtlicher Anschauungsunterricht, bei denen mit Minen und Granaten Klassenversöhnung gepredigt, bei dem mit Proletarierblut das Lied und Leid der Revolution auf die Tafeln der Geschichte geschrieben wurde, nicht spurlos an den deutschen Arbeitern vorübergegangen waren. Was ihnen die Erfahrung aller Klassenkämpfe, was den deutschen Arbeitern nicht einmal die so nahe russische Revolution beibringen konnte, das hatten sie jetzt begriffen, und ihre aus eigenem Erleben gewonnene Erkenntnis faßten sie zusammen in dem Schrei nach Waffen. Sie warteten nicht, bis sie ihnen gegeben wurden, sie holten sich die Waffen. Sie trugen die Waffen nicht müßig, sondern schlugen die Konterrevolution damit aufs Haupt. Sie kämpften gegen die Konterrevolution nicht der bürgerlichen Republik wegen. Sie schufen sich ihre eigenen Machtorgane und kämpften für ihre eigenen Klassenziele. Arbeiterräte wurden die Zentren des proletarischen Widerstandes. An Tiefe und Ausmaß, an revolutionärem Elan und politischer Reife, an militärischer Ausdehnung waren die Kämpfe des Kapp-Putsches das gewaltigste Ereignis der deutschen Revolution. Eben das schweißte aber auch die Reihen der Konterrevolution erneut zusammen. Diesem Ansturm war die Revolution noch nicht gewachsen. Und dennoch war die Revolution nicht geschlagen. Die Kämpfe der folgenden Jahre waren Zuckungen, die eine Klassengesellschaft befallen, wenn die ihr innewohnenden Widersprüche einen Grad der Zuspitzung erfahren haben, daß sie alle althergebrachten Bande zu sprengen drohen.

Was sind in diesem grandiosesten gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft Monate, Jahre, ja selbst Jahrzehnte? Wir gehören zu der glücklichen Generation, deren Geburt erhellt wurde vom Anbruch des Morgenrots der sozialistischen Gesellschaft. Wir gehören zu der glücklichen Generation, die täglich und stündlich vom Pulsschlag der Revolution mit neuen Energien erfüllt wird und die selber mitgestaltet am Werk der Revolution. Das deutsche Proletariat hat im bisherigen Verlauf seiner Revolution eine unverwüstliche Widerstandskraft entwickelt. In keinem Lande bisher hat die Arbeiterklasse vor der Eroberung der Macht solche Beweise des Mutes, der Kraft und der Opferfähigkeit erbracht wie in Deutschland. Darin liegt trotz aller Rückschläge die Gewähr für den Sieg der deutschen Revolution. Mit Ungeduld hämmern die Besten des Proletariats immer wieder an die Tore der Geschichte. Erfüllt von dem Beruf, das Rad der Geschichte vorwärts zu treiben, durchglüht vom Feuer der Revolution, geleitet von der geschichtlichen Erfahrung aller Klassenkämpfe, geleitet von der klaren Erkenntnis der Bewegungsgesetze der Menschheitsgeschichte, bereitet sich das Proletariat auf seine menschheitserlösende Mission vor.
